

Detlef Kühn

**Das Gesamtdeutsche Institut
im Visier der Staatssicherheit**

Berlin 2011

3. Auflage

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Band 13

Copyright 2001 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

3., ergänzte Auflage, 2011

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-11-4

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 - 99

Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Inhalt

Vorwort	4
Einleitung	6
Ein klares Feindbild	7
Die Juristische Hochschule	9
Die BfgA – ein Geheimdienst?	10
Politisch-Ideologische Diversion (PID)	13
„Polittouristische“ Reisen in die DDR	15
Die Methoden der Bearbeitung der BfgA	19
Inoffizielle Mitarbeiter	20
Rekrutierungsversuche	23
Freie Mitarbeiter und andere IMs	26
Politische Vorleistungen Inoffizieller Mitarbeiter	29
Telefon-Kontrolle	32
Auch das Telefon-Abhören hat seine Tücken	37
Informationsbedarf	38
Zuwendungsempfänger	40
Reisen in die DDR	42
Zersetzung	45
Der Streik der Honorar-Referenten	46
Besuche im Haus des Lehrers am Alexanderplatz	50
Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW)	52
Eine MfS-Handreichung zum Umgang mit der BfgA	56
Versuch einer Schadensbilanz	57
Der Fall Dr. Götz Schlicht	59
Versuch einer politischen Bewertung	61
Exkurs I: Die Bearbeitung meiner Person durch das MfS	64
Exkurs II: Der Fall Walther Rosenthal	73
Exkurs III: Der Fall Lothar Weirauch	78
Exkurs IV: Der Fall des „IM Konrad“	88
Vom MfS geführte Inoffizielle Mitarbeiter (IM), die (auch) gegen die BfgA eingesetzt wurden	95

Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit

Vorwort

Der Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen – seit 1969: Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (BMB) – hat in der zeitgeschichtlichen Forschung bislang keine wenig Aufmerksamkeit gefunden. Die wichtigste Monografie ist die Habilitationsschrift von Stefan Kreuzberger, die jedoch nur die ersten 20 Jahre des Ministeriums bis 1969 behandelt, allerdings einschließlich der Gründung des Gesamtdeutschen Instituts.¹ Ansonsten beschäftigen sich Monografien meist mit Spezialfragen wie der Verwaltungsstruktur oder einzelnen Tätigkeitsfeldern wie dem Häftlingsfreikauf. Die einzige nachgeordnete Behörde, das Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA), fand noch keine eigene Darstellung. Dies ist insofern verständlich, als die BfgA als nicht rechtsfähige Bundesanstalt, die den Weisungen des BMB unterworfen war, natürlich keine eigene Politik betreiben konnte und wollte.

Als Gegenstand der Beobachtung und Bearbeitung durch Organe der DDR wurde die BfgA zwar ebenfalls als unselbstständiger Teil des Geschäftsbereichs BMB wahrgenommen, aber doch durchaus selbstständig bekämpft. Dies rechtfertigt es, dem Kampf des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegen die BfgA eine eigene Darstellung zu widmen.

Der Autor hat die BfgA während der längsten Zeit ihrer Existenz, von 1972 bis Ende 1991, als Präsident geleitet. Sein (einziger) Vorgänger war Ludwig Rehlinger (1969-1971). Der Autor betrachtet seine Studie auch als Beitrag zu einer noch zu schreibenden Gesamt-Geschichte des BMB und seiner nachgeordneten Behörde, für die der frühere Vizepräsident und langjährige Abteilungsleiter III der BfgA, Ernst Eichengrün, inzwischen

¹ Stefan Kreuzberger, Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969, Düsseldorf 2008, Bd. 69 der Schriften des Bundesarchivs; s. dazu die Besprechung von Detlef Kühn in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.11.2008, S. L 19.

im Bundesarchiv umfangreiche Vorarbeiten geleistet hat.² Vor allem aber soll damit ein Beitrag zu einem wesentlichen Kapitel des „Kalten Kriegs“, der seit 1945 auf dem Boden Deutschlands ausgetragen wurde und erst mit der Wiedervereinigung endete, erbracht werden. Diese Auseinandersetzungen wurden im Osten in erster Linie vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) geführt, für das die BfGA ein in seiner Gefährlichkeit sehr hoch eingeschätzter Feind war. Welche Mittel und Methoden in diesem „verdeckten“ Kampf angewandt wurden und inwieweit sie erfolgreich waren, ist von allgemeinem Interesse, zumal sie sicherlich auch gegen andere Behörden und Organisationen in der alten Bundesrepublik zum Tragen kamen. Die Studie ist daher auch ein Beitrag zu der inzwischen immer stärker in das öffentliche Interesse gerückten Frage nach dem Ausmaß und den Folgen der Westarbeit des MfS.

Zu danken habe ich für manche Hilfe und Unterstützung, vor allem Vera Lemke, Hannelore Pernet, Wolfgang Borkmann, Konrad Felber und Christel Tinz von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), aber auch Kollegen im Bundesarchiv, insbesondere dem früheren Präsidenten Prof. Dr. Friedrich Kahlenberg, dem ehemaligen Abteilungsleiter IV der BfGA, LtD. Regierungsdirektor Dr. Gunter Holzweißig, der, ebenso wie der inzwischen verstorbene einstige BfGA-Referent Prof. Dr. Siegfried Mampel, wertvolle Vorarbeiten geleistet hat und mich an ihren Ergebnissen teilhaben ließ, sowie dem Leitenden Archivdirektor Dr. Wilhelm Lenz und dem Archivoberrat Dr. Heinz-Ludger Borgert. Kollegen und Freunde, darunter Oberstudiendirektor Willi Eisele, Dr. Günter Förster, Hans-Joachim Griephan, Joachim Haß und Irene Müller, haben mir wichtige Unterlagen zur Verfügung gestellt. Obwohl seit der Zeit der Drucklegung der ersten Auflage dieser Schrift im Jahre 2001 viel zusätzliches Material, sogar zur Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), erschlossen wurde und wertvolle Literatur erschienen ist, beansprucht meine Ausarbeitung immer noch nicht, die Thematik abschließend zu behandeln. Ich hoffe weiterhin, dass sie als wertvoll für weitere notwendige Untersuchungen empfunden wird.

² Ernst Eichengrün, Hinweise und Anmerkungen zur Tätigkeit des Gesamtdeutschen Instituts, Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Fragen 1969-1991 (unveröffentlicht, Stand: 30. November 1993), Bundesarchiv Berlin.

Einleitung

Dem Gesamtdeutschen Institut — Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA) war es in den etwas mehr als 22 Jahren seiner Existenz nur selten vergönnt, Schlagzeilen zu machen. Allenfalls wenn der von der Behörde herausgegebene DDR-Kalender aus diesem oder jenem Grunde in dem einen oder anderen Bundesland nicht zur Verteilung an Schulen freigegeben wurde oder wenn einige freie Mitarbeiter glaubten, mit dem Mittel des Streiks höhere Honorare erzielen zu können, war der einzigen Bundesanstalt aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (seit 1969: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, BMB) eine größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit sicher. Obwohl – oder weil – die BfgA sich insbesondere mit der Wirklichkeit in der DDR, dem „anderen Teil Deutschlands“, wie man damals gern sagte, beschäftigte und sicherlich auch auf manche Weise in die DDR hinein wirkte, war dies bei den Massenmedien der DDR nicht viel anders. Die „Spionage- und Diversionszentrale“ (so das Neue Deutschland am 28.2.1969) wurde in den 20 Jahren bis zum Ende der DDR dort nicht allzu oft einer offiziellen Beachtung gewürdigt. Nachdem man sozusagen pflichtgemäß am Anfang gegen ihre Gründung protestiert und die Gegnerschaft damit klargestellt hatte, wollte man sie danach offenbar nicht noch durch häufige öffentliche Angriffe aufwerten. Die führenden Parteiorgane der SED scheinen sich kaum mit der BfgA beschäftigt zu haben. Eine – allerdings bedeutsame – Ausnahme bildet die 12. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1969, bei der kein Geringerer als Erich Mielke selbst glaubte, parteiöffentlich vor den Gefahren warnen zu müssen, die von der Ost- und Deutschlandpolitik der gerade einige Wochen zuvor etablierten Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition für die DDR ausgingen. Nachdem Mielke prophezeit hatte, dass „die politisch-ideologische Diversion, die Versuche zur Aufweichung und Zersetzung der DDR“ unter einer SPD-geführten Regierung „ein noch größeres Gewicht erhalten“ würden, erklärte er wörtlich: „Eine besondere Rolle spielen dabei das Bundeskanzleramt und das Ministerium für ‚innerdeutsche Beziehungen‘, dem das sogenannte Gesamtdeutsche Institut als führende Einrichtung der politisch-ideologischen Diversion direkt untersteht. Die vom Gesamtdeutschen Institut integrierten Agentenorganisationen und Mitarbeiter sind bereits ein ganzes Programm. Ich möchte hier nur auf solche Kräfte hinweisen wie den Präsidenten des Instituts, Rehlinger,

CDU, Wahlmanager von Barzel, der seit 1957 im vormaligen Ministerium für ‚gesamtdeutsche Fragen‘ für ‚politische Fragen‘ und weiter als sogenannter Sicherheitsbeauftragter, sprich: Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes tätig war; den Leiter der Abteilung IV – Westberlin –, verantwortlich für ‚Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen, Begegnungen und Informationsreisen‘ – so kann man es auch nennen! –, Walter Rosenthal, der vorher langjähriger Leiter der Terror-, Diversions- und Spionagezentrale ‚Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen‘. Erst in jüngster Zeit mußten sich mehrere seiner Agenten vor den Gerichten der DDR für ihre verbrecherische Tätigkeit verantworten. Zu den Mitarbeitern zählen weiter solche Elemente wie Casimir, Helmut, ehemaliger Leiter der Abteilung ‚Sicherheit‘ im UfJ und langjähriger Agentenführer, Kranz, Otto, der als Mitglied der berüchtigten Burianek -Bande an Terror- und Diversionsverbrechen gegen die DDR beteiligt war, Dr. Mampel, Siegfried (!), Mitglied des Stahlhelms, der SA und der NSDAP, langjähriger leitender Mitarbeiter des UfJ und Funktionär der CDU ...“³ Diese richtungweisenden Worte ihres Ministers aus der Frühzeit der Existenz der BfgA waren für die MfS-Mitarbeiter bis zum Ende der DDR maßgebend.

In den DDR-Medien wurde die öffentliche Auseinandersetzung mit der BfgA danach nur gelegentlich – und sicher immer nach einer Entscheidung im Einzelfall – gesucht. Ansonsten überließ man die Bekämpfung dieser „Feindorganisation“ den dafür zuständigen Organen, also vor allem dem Ministerium für Staatssicherheit.

Ein klares Feindbild

Für das MfS war die Situation von Anfang an klar. Man war sicher, den Gegner genau zu kennen. Schließlich hatte man doch die Organisationen, die in der BfgA zusammengefasst wurden, schon seit langem in unter-

³ Wilfriede Otto, Erich Mielke – Biographie: Aufstieg und Fall eines Tschechisten, Berlin 2000, Dokument 47, S. 593 ff. (besonders S. 597); Otto Kranz war Pförtner in der BfgA (MfS – HA XX 138, Bl. 517); zu ihm und dem Burianek-Prozess siehe Gerhard Finn, Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU, Berlin/Bonn 2000, S. 119 ff. Der von Mielke erwähnte BfgA-Mitarbeiter Casimir ist dort nur kurze Zeit tätig gewesen und bald verstorben.

schiedlicher Intensität „operativ“ bearbeitet.⁴ Dies galt vor allem , aber nicht nur für die in West-Berlin ansässige Abteilung IV, deren Kern die Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses freier Juristen (UfJ) und der Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen sowie das Archiv des Informationsbüros West bildeten. Gegen diese Abteilung hatte die DDR in mehrfacher Beziehung etwas einzuwenden: Man missbilligte ihre Arbeit, und man missbilligte, dass sie als Teil einer Bundesbehörde in Berlin tätig wurde („... im Widerspruch zum Vierseitigen Abkommen in Westberlin ... untergebracht“⁵). Aber natürlich wurden auch die drei in Bonn ansässigen Abteilungen der BfgA als „Feindorganisationen“ erkannt und dem entsprechend bearbeitet. Zu ständig waren insbesondere die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) und auf deren „Linie“ XV wiederum örtlich besonders die Bezirksverwaltung Potsdam, die Hauptabteilung XX (wohl wegen ihrer Zuständigkeit für den „Untergrund“) sowie die Hauptabteilung II, der die Abwehr gegnerischer Angriffe oblag. Bis Juli 1973 war die Hauptabteilung XX/5 immerhin in der Lage, für 44 Mitarbeiter der BfgA (von denen allerdings nur zwölf in Bonn arbeiteten) sogenannte Auskunftsberichte zu erteilen, denen u. a. nun „vorhandene Operativvorgänge“ zugrunde lagen. Bei anderen Dienststellen als der Hauptabteilung XX waren noch weitere acht Mitarbeiter der BfgA erfasst, die alle in Bonn tätig waren.⁶ Die Gesamtzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der BfgA betrug damals rund 260, von denen dem MfS also etwa 20% mehr oder weniger bekannt waren. Die „vorhandenen operativen Verbindungen und Möglichkeiten“ waren dem gegenüber wesentlich geringer.⁷ Aufgeführt werden für die HA XX/5 die IM „Dr. Lutter“ (geführt von Major Sommer) und „Talar“ (geführt von Major Gerlach) sowie für HA XX/5/III

⁴ Für den Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands e.V. (VFWD), das Informationsbüro West (IWE), das Büro Bonner Berichte (BBB), den Untersuchungsausschuss freier Juristen (UfJ), das Büro für gesamtdeutsche Hilfe und die Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen s. das „streng geheim“ gestempelte „Schulungsmaterial“ der Arbeitsgruppe des Instituts Spezialausbildung III der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS vom Dezember 1965 in der Akte AKG 023 BVfS Frankfurt/Oder („Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversions“).

⁵ Vgl. MfS – HA IX Nr. 3322, Bl. 25.

⁶ MfS – HA XX 138, Bl. 361, 364 f., 482 ff.

⁷ Ebd., Bl. 363.

IM „Rosenow“ (Olt. Jaeckel) und für die Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX/5, IM „Moritz“ (Olt. Hinz). Mit allen außer „Moritz“ werden wir uns noch ausführlich beschäftigen.

Weil der HVA 1990 in der untergehenden DDR gestattet wurde, sich selbst aufzulösen, konnte sie fast ihre gesamten Akten rechtzeitig vernichten. Dazu gehörte auch das Material über die BfgA, von dem zwar das Aktenzeichen (XV 2392/60, „Agentenzentrale“) bekannt ist, ansonsten aber nur Bruchstücke als Bestandteile anderer Akten erhalten geblieben sind. Die Folgen dieser Verluste werden seit einigen Jahren durch die aus den USA an die BStU abgegebene „Rosenholz-Datei“ sowie durch das inzwischen weitgehend rekonstruierte SIRA („System der Informations-Recherche der HV A“) gemildert, die unter anderem die Identifizierung des IM „Konrad“ ermöglicht haben. Aus SIRA ergibt sich, dass im Laufe der Zeit mindestens 30 Personen der HV A (auch) über das Gesamtdeutsche Institut berichtet haben, die meisten waren freie Mitarbeiter. Der Umfang ihrer Lieferungen ist unterschiedlich. Einige, wie der IM „Hans“, hinter dem sich der Berliner SPD-Politiker Bodo Thoma verbarg, brachten es im Laufe der Zeit auf mehrere Hundert, von anderen sind nur Hinweise auf Einzellieferungen vorhanden. Von allgemeinem Interesse sind die Bearbeitungsvermerke: Sie betreffen die Thematik des gelieferten Materials, darin erwähnte Organisationen und Personen, die Entstehungszeit der Meldung sowie das Datum des Eingangs bei der HV A. Wichtig ist auch, an wen die Information weitergegeben wurde, zum Beispiel häufig an die sowjetischen „Freunde“.

Insgesamt kann man sagen, dass heute ein relativ gut fundiertes Urteil über die Ziele und Methoden der Bearbeitung der BfgA durch das MfS sowie über die dabei erzielten Ergebnisse und eine Bewertung des dadurch entstandenen Schadens möglich sind.

Die Juristische Hochschule

Entsprechend den Grundsätzen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ ist das MfS auch an seine „tschekistische“ Arbeit „wissenschaftlich“ herangegangen. Das hauseigene Instrument dafür war die „Juristische Hochschule“ in Potsdam-Eiche, die als Kadernschmiede für den höheren Dienst

fungierte und an der man – allein oder zusammen mit anderen – zum Abschluss seiner Studien Diplomarbeiten und Dissertationen erstellen konnte. Es spricht für die Einschätzung der „Feindorganisation“ BfgA durch das MfS, dass die wissenschaftliche Leitung der Hochschule in den 25 Jahren vor dem Ende der DDR mindestens vier Diplomarbeiten und sechs Dissertationen vergab, die sich ganz oder teilweise mit dem Gesamtdeutschen Institut beschäftigten. Mit ihnen konnte die Berufsbezeichnung Diplomburist oder der Dr.jur. erworben werden, obwohl bei ihnen – wie bei allen anderen Arbeiten – juristische Probleme nur selten eine Rolle spielten. Eine Ausnahme ist noch am ehesten die Gemeinschafts-Dissertation von Oberstleutnant Helmut Möller, Major Peter Jaskulski und Major Frank Osterloh, „Politische und völkerrechtliche Aspekte der Arbeit des MfS zur offensiven Zurückweisung der von Staatsorganen bzw. Feindeinrichtungen der BRD ausgehenden Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR“, mit der die Autoren 1980 magna cum laude zum Dr.jur. promoviert wurden. Die letzte Arbeit, die sich mit dem Gesamtdeutschen Institut befasste, war die handschriftliche, 17 Seiten lange Ausarbeitung des Offizierschülers Ralf Goldammer vom Januar 1990 „Zur Einschätzung der Lage in der DDR im Sommer 1989 durch die DDR-Forschung und die daraus abgeleiteten ideologischen Angriffe gegen die DDR“. Sie zeichnet sich immerhin durch eine deutlich gemäßigte Sprache, verglichen mit früher entstandenen Diplomarbeiten, aus.⁸

Die BfgA – ein Geheimdienst?

Einige Aspekte der Tätigkeit der BfgA interessierten die Mitarbeiter des MfS besonders: Anfangs war man vor allem darauf aus, der BfgA als angeblichem Geheimdienst und Spionagezentrale das Handwerk zu legen. Weil der Untersuchungsausschuss freier Juristen in den 50er Jahren aktiv Informationen in der DDR gesammelt hatte, unterstellte man, dass seine Mitarbeiter auch als Angehörige der BfgA noch immer das

⁸ Vgl. insgesamt Günter Förster, Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Reihe A: Dokumente Nr. 2/1994, 2. Aufl., Berlin 1997; ders., Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS, ebd. Reihe A: Dokumente Nr. 1/1998, Berlin 1998.

gleiche Interesse hätten. Die kostenlose Rechtsberatung, die zum Beispiel auch Rentnern aus der DDR, die in den Westen reisen durften, zuteil wurde, galt als Mittel, um an Informationen aus der DDR zu kommen; denn die Ratsuchenden mussten dabei natürlich ihr Problem schildern und Fakten mitteilen. Als eine frühere Mitarbeiterin des BND im mittleren Dienst der BfgA eingestellt wurde, war dies für das MfS die Bestätigung des Verdachts, die BfgA arbeite diesem Nachrichtendienst direkt zu.⁹

Anfang der 70er Jahre suchte man vor allem nach Beweisen, dass die BfgA in Fluchthilfeaktionen involviert sei. Der IM „Dr. Lutter“ verdächtigte immer wieder einen Kollegen, den damaligen Oberregierungsrat Horst Hildebrand, in dieser Richtung tätig zu werden, ohne letztlich schlüssige Beweise dafür beibringen zu können. (Auszug aus Treffbericht vom 19.11.1970: „Hildebrand, Horst ... erfreut sich bester Gesundheit und scheint nach wie vor im Schleusungsgeschäft tätig zu sein. Gewisse Besuchertypen, die ihn in seiner Dienststelle aufsuchen, lassen eine solche Deutung zu.“¹⁰ Trotz dieser schwachen Begründung übernahm das MfS in seinen Berichten gern „Dr. Lutters“ Darstellung.

Dabei blieb dem MfS nicht verborgen, dass die BfgA im Auftrag des ihr vorgesetzten Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen Flüchtlingen, die im Zusammenhang mit ihrer Flucht zum Teil hohe Zahlungsverpflichtungen eingegangen waren, Zinszuschüsse in Höhe von einigen tausend Mark vermittelte, um ihnen den Neuanfang im Westen wenigstens etwas zu erleichtern. Von der BfgA wurde diese Tatsache zwar nicht geheim gehalten, allerdings auch nicht an die ganz große Glocke gehängt. Dem MfS waren die Zahlungen Grund genug, einmal mehr auf geheimdienstliche Methoden der BfgA zu schließen.

Besonders anstößig erschien dem MfS die Zusammenarbeit der BfgA mit der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen in Salzgitter. Hier wurden Erkenntnisse über Menschenrechtsverletzungen in der DDR gesammelt, zum Beispiel über Straftaten des Wachpersonals in Strafanstalten gegenüber politischen Häftlingen. Dieses Material wurde der BfgA zur Verfügung gestellt, die es u. a. für ihre Häftlingskartei und zur Aus-

⁹ MfS – HA II/13 Nr. 1192, Bl. 163.

¹⁰ MfS – HA XX 138, Bl. 107.

stellung von amtlichen Haftbescheinigungen nutzte. Selbstverständlich hat die BfgA auch einschlägige eigene Erkenntnisse im Wege der Amtshilfe nach Salzgitter weitergeleitet. Aus der Sicht des MfS stellte sich die Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle folgendermaßen dar: „Die (ihr) zugeleiteten Informationen dienen vorrangig der Prüfung bezüglich des Vorliegens von sogenannten ‚SBS- und SBZ-Rechtsbrüchen‘ und bilden entscheidende Grundlagen für spätere Befragungen der betreffenden ehemals in der DDR Verhafteten bzw. Strafgefangenen im Rahmen der völkerrechtswidrigen Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen Salzgitter. Im Zuge von Prüfungen werden in der Folgezeit die für den Wohnsitz der ehemals Verhafteten bzw. Strafgefangenen zuständigen Staatsschutzpolizeidienststellen von der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen Salzgitter in Amtshilfe beauftragt, dieselben als Zeugen zu vernehmen sowie weitere Ermittlungshandlungen durchzuführen. Zu diesem Zweck wird diesen ein vom Leiter der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen Salzgitter unterzeichnetes Anschreiben mit Vorgehensrichtlinien und entsprechendem Informationsbedarf zugestellt. Dem Informationsbedarf ist zu entnehmen, daß die Zentrale Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen Salzgitter intensive Bemühungen unternimmt, um, über die ihr zugeleiteten Informationen hinaus, selbständig weitere Informationen über die Linie XIV und IX (das waren der Aufgabenbereich Untersuchungshaftanstalten und das Untersuchungsorgan des MfS; D.K.) sowie über Justizorgane zu erkunden und zu sammeln.“¹¹ In derselben Untersuchung kommen die Autoren zu dem „Schluß, daß Feindeinrichtungen (zu denen nach ihrer Ansicht zum Beispiel neben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte auch Amnesty International zählt; D.K.) in der BRD die zur Durchführung ihrer subversiven Tätigkeit gegen den Untersuchungshaftvollzug des MfS erforderlichen Informationen zu einem wesentlichen Teil vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bzw. von der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben‘ zur Verfügung gestellt bekommen“¹² (Hervorhebungen im Original). Für Amnesty International, eine Organisation, die sich mit Sicherheit nicht als gegen die DDR gerichtete „Feindeinrichtung“ verstand, die sich aber entsprechend ihren Grundsätzen auch um politische Häftlinge dort kümmerte, trifft dies, was die BfgA angeht, zu. Ohne

¹¹ MfS JHS Nr. 234/84, S. 144.

¹² Ebd., S. 145.

Informationen aus der BfgA hätten die Mitarbeiter von Amnesty International, die ja in all diesen Fällen nicht in der Bundesrepublik lebten, politische Häftlinge und ihre Angehörigen in der DDR kaum unterstützen können.¹³ Da alle diese Aktivitäten auch geeignet waren, die Reputation der DDR im internationalen Bereich anzukratzen, wurden sie durch das MfS besonders beachtet. Im Oktober 1986 lautete eine Meldung der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) mit einem nicht zu überhörenden Unterton von Hoffnung: „Durch die Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA) wurde im Zusammenhang mit dem KSZE-Treffen in Wien eine ‚Studie‘ über den Strafvollzug in der DDR erarbeitet. Die Erkenntnisse beruhen auf Angaben der Erfassungsstelle Salzgitter. Leitende Beamte aus dem BMB halten diese ‚Studie‘ für unglaubwürdig und stellten sie auf eine Stufe mit entsprechenden Aktivitäten der Igm und AI, die damit ein verzerrtes Bild von der DDR zeichnen.“¹⁴

Politisch-Ideologische Diversion (PID)

Jede DDR-Forschung, jede wissenschaftliche oder publizistische Beschäftigung mit den Verhältnissen in der DDR, die über eine Wiederholung oder Weiterentwicklung offizieller DDR-Veröffentlichungen hinausging, fiel im MfS grundsätzlich unter PID-Verdacht. Das galt auch für jede Form deutschlandpolitischer Bildungsarbeit. PID, Politisch-Ideologische Diversion, war im Grunde genommen alles, was das Meinungsmonopol der SED, der Partei der Arbeiterklasse, infrage zu stellen geeignet war und damit deren Sieg im Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen in Ost und West hätte gefährden können. Schon weil die BfgA grundsätzlich die „Systemimmanente Methode“ (s.u.) sowohl in ihrer Forschungs- als auch in der politischen Bildungsarbeit ablehnte und stattdessen pluralistische Ansätze bevorzugte, galt die BfgA dem MfS stets als Leit- und Koordinierungsorgan für PID-Bestrebungen. Anfangs hatte man wohl sogar den Verdacht, bei der BfgA oder wenigstens bei dem ihm übergeordneten Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen könne es sich um d a s

¹³ Anja Mihr, Amnesty International in der DDR, Berlin 2002, S.47 ff., wo die erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen BMB und BfgA in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Amnesty International aus den Akten im Bundesarchiv eingehend dargestellt werden.

¹⁴ MfS – HA IX Nr. 1258, Bl. 76.

Hirn von PID in der Bundesrepublik handeln. Später, gegen Ende der DDR und damit auch des MfS, hatte man immerhin erkannt, dass es die eine zentrale Leitung und Planung der PID wohl doch nicht gab. Die BfgA galt aber immer noch als eines der Zentren, die ander „Leitung, Koordinierung, Organisierung, wissenschaftlich-theoretischen Vorbereitung und direkten Durchführung der PID differenziert beteiligt“ waren.¹⁵

Somit überrascht es nicht, dass das MfS sich besonders für die Tätigkeit der BfgA im Rahmen der sogenannten DDR-Forschung an Universitäten und wissenschaftlichen Instituten interessierte. Hier schrieb es der BfgA die Rolle eines „Leitinstituts“ zu, was sicherlich grob übertrieben war. Als die BfgA Daten über einschlägige Forschungsvorhaben an Universitäten und anderen Institutionen sammelte und publizierte, um den DDR-Forschern den fachlichen Austausch und die Absprache untereinander zu erleichtern, sah das MfS darin eine „Koordinierung der DDR-Forschung“, was von einer bemerkenswerten Unkenntnis westlicher Zuständigkeiten und Gepflogenheiten zeugte.¹⁶

Schließlich war die gesamte deutschlandpolitische Bildungsarbeit der BfgA dem MfS ein Dorn im Auge. Dass die BfgA dabei unbeirrt an der Einheit der deutschen Nation und am Wiedervereinigungsanspruch festhielt, störte besonders. In der politologischen Betrachtung und Beurteilung der DDR setzte sich in den 70er Jahren teilweise die sogenannte „systemimmanente“ Methode durch, die das Ziel hatte, die Verhältnisse in der DDR an den eigenen marxistisch-leninistischen Ansprüchen (und nicht an westlichen Maßstäben) zu messen. Diese Methode mochte in der Wissenschaft teilweise ihre Berechtigung haben und zu vertretbaren Ergebnissen führen, wenn auch nicht zu übersehen war, dass dadurch leicht der Eindruck einer Verharmlosung der Zustände in der DDR entstehen konnte. In der politischen Bildungsarbeit, in der es galt, nicht wissenschaftlich gebildete Menschen für deutschlandpolitische Ziele zu interes-

¹⁵ Siegfried Mampel, Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewußtsein für das Totalitarismusmodell, Berlin 1996 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung Bd. 50), S. 92 ff., unter Berufung auf das Lehrbuch „Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR“, 1988 herausgegeben von der „Juristischen Hochschule“ des MfS.

¹⁶ Eichengrün (wie Anm. 2), S. 162.

sieren und zu motivieren, sich überhaupt mit den eher abstoßenden Erscheinungen im Osten zu beschäftigen, war diesystemimmanente Darstellung der DDR allenfalls in Ausnahmefällen zu gebrauchen. Dennoch waren freie Mitarbeiter der BfgA, die selbst sozialistischen Auffassungen nahestanden, oft der Versuchung ausgesetzt, Informationen über die DDR nach der „systemimmanenten“ Methode zu vermitteln, weil dadurch das realsozialistische Experiment in der DDR eher als eine mögliche „Option“ auch für den Westen erschien. Die DDR war daran interessiert, diese „realistischen“ Kräfte zu stärken. Dass der Präsident der BfgA einen entgegengesetzten Kurs verfolgte, war Gegenstand ständiger Beachtung durch das MfS.

„Polittouristische“ Reisen in die DDR

Ab etwa 1980 schaltete sich die BfgA immer mehr in die Vorbereitung von Klassen- und anderen Gruppenreisen in die DDR ein, auch hier mit dem Ziel, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in Ost und West zu stärken. Die DDR war in der Beurteilung dieses, wie sie es nannte, „Polittourismus“ hin und her gerissen. Einerseits hegte sie zumindest anfangs die Hoffnung, die Reisenden aus dem Westen von den Vorzügen des real existierenden Sozialismus überzeugen zu können. Auch die damit verbundenen Deviseneinnahmen wusste sie zu schätzen. Andererseits blieb ihr auf die Dauer nicht verborgen, dass die baldjährlich nach Hunderttausenden zählenden Einreisen Westdeutscher vor allem bei Schulklassen wohl nicht den gewünschten Erfolg hatten, sondern tatsächlich das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkten.¹⁷ Die gründliche Vor- und Nachbereitung von Gruppenreisen von Multiplikatoren und von Schulklassen durch das Gesamtdeutsche Institut sowie ihre Auswertung – die westlichen Reiseleiter der finanziell geförderten Reisen waren berichtspflichtig – hatten daran einen nicht unerheblichen Anteil und unterstrichen für das MfS einmal mehr die Gefährlichkeit dieser Bundesbehörde. „Allseitige Aufklärung“ und Bekämpfung auch dieser Tätigkeit der BfgA war geboten und hat das MfS bis zu seinem Ende beschäftigt. Dabei stieß Mit-

¹⁷ Ebd., S. 359; s. auch Willi Eisele, Unter operativer Kontrolle. Ein Lehrer im Verdacht der Politisch-Ideologischen Diversion, in: Deutschland-Archiv 2000, H. 5, S. 768 ff.

te der 80er Jahre selbst das Ministerium für Staatssicherheit mit seinen rund 91 000 hauptamtlichen und etwa zweihunderttausend Inoffiziellen Mitarbeitern an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Man musste sich intern eingestehen, dass man zu einer vollständigen „Absicherung“ dieses massenhaften Reiseverkehrs einfach nicht mehr in der Lage war.¹⁸ Die politischen Vorgaben durch die SED-Führung, die sich gezwungen sah, aus Gründen der Devisenbeschaffung und wegen des internationalen Ansehens der DDR den Reiseverkehr aus dem Westen nicht allzu sehr einzuschränken, stellten das MfS vor kaumnoch lösbare Aufgaben. Die daraus resultierenden Gefahren für das innere Gefüge der DDR sah das MfS deutlich. Ihm wäre es wohl lieber gewesen, wenn der Reiseverkehr stärker eingeschränkt worden wäre. Aber selbstverständlich akzeptierte es die Entscheidungen der Staats- und Parteiführung.

Von Markus Wolf und Gerhard Neiber, beide stellvertretende Minister des MfS, liegen aus den 80er Jahren Äußerungen vor, aus denen hervorgeht, dass die Führung des MfS, was die Folgen der neuen Ostpolitik für die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls im geteilten Deutschland anbelangte, in hohem Maße alarmiert war. Neiber erklärte am 29.11.1989 vor Mitarbeitern der Hauptabteilung I (u.a. zuständig für Abwehrarbeit in den Grenztruppen), die Bundesregierung arbeite „beharrlich, zielstrebig und konsequent“ auf das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands hin. Neiber habe registriert, schreibt Herbstritt,¹⁹ dass die deutschlandpolitische Bildungsarbeit sowie deutsch-deutsche Aktivitäten auf der westlichen Seite der innerdeutschen Grenze spürbar intensiviert wurden. Die BfG darf sich in diesem Zusammenhang besonders angesprochen fühlen. Ihre Seminare „... auch drüben ist unsere Heimat“, aber auch Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer, wurden in allen Teilen des Zonenrandgebiets mit großem Erfolg durchgeführt und wandten sich vor allem an Multiplikatoren, um sie zu veranlassen, von den Möglichkeiten des (erleichterten) grenznahen Reiseverkehrs mehr Gebrauch zu machen. Um auch diesen Aspekt der Arbeit des MfS aktenmäßig zu belegen, schauen wir uns die „Bearbeitung“ eines westdeutschen Lehrers durch das MfS näher an, der in der deutschlandpolitischen Bildung das Unterrichtshilfs-

¹⁸ Herrmann-Josef Rupieper/Ekkard Schroedter, Feindobjektakte „Spinne“, Halle 1997, S. 127, 131.

¹⁹ Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienste der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 392.

mittel „DDR-Reisen“ über viele Jahre in vorbildlicher Weise genutzt hat.²⁰

Der damalige Oberstudienrat Willi Eisele vom Gymnasium Neubiberg wurde von der MfS-Bezirksverwaltung Suhl, Abteilung VI (Tourismus, Interhotel) mindestens seit 1980 bearbeitet. Aus einer „Zusammenfassende(n) Einschätzung zu politisch-operativen Erkenntnissen zum Exponenten des Politourismus aus dem Raum Bayern, Eisele, Wilhelm (Willi)“ vom 8.5.1987 ergibt sich, was dem MfS dabei besonders wichtig war: „Er reist seit 1980 jährlich als Betreuer/Reiseleiter bzw. Reisetilnehmer von BRD-Reisegruppen (überwiegend Schülergruppen aus Bayern) in die DDR ein. Von ihm werden auch Lehrer-Reisegruppen auf künftige eigenständige Fahrten mit Schülern in die DDR vorbereitet und eingewiesen. Eisele ist aktiv in die Vorbereitung der Fahrten mit einbezogen, führt Einweisungen und Vorbereitungsseminare als Tagungsleiter durch, erteilt Forschungsaufträge an die Reisegruppenteilnehmer und realisiert die Nachbereitung/Auswertung der Reisen. Nach eigenen Angaben besucht er die DDR seit Mitte der sechziger Jahre und hat auch Verwandte in der DDR. ... Eisele tritt bei seinen Einreisen als Lehrer des Gymnasiums Neubiberg auf. Es wurde bekannt, dass er der stellvertretende Landesvorsitzende des ‚Bayrischen Philologenverbandes e.V.‘ – Fachgruppe Geschichte und Sozialkunde – ist. Der Verband untersteht der ‚Bayrischen Staatskanzlei‘ und ist in die ‚Gesellschaft für Belehrungsreisen – Bonn‘ integriert. Vorliegenden Erkenntnissen zufolge bestehen Verbindungen zwischen dem ‚Bayrischen Philologenverband e.V.‘ und dem ‚Gesamtdeutschen Institut‘ in Bonn. Diese Verbindung wird u.a. durch das persönliche Verhältnis des Eisele zu den Mitarbeitern des Instituts Klag, Norbert Hermann (Angaben zur Person geschwärzt; D.K.) (gemeinsame Einreise mit E. am 04.03.1984), tritt wiederholt als Tagungsleiter bei Einweisung von Schülergruppen in Erscheinung; Köng, Christian (Angaben zur Person ebenfalls geschwärzt; D.K.) (gemeinsame Einreise mit E. am 01.04.1985) dokumentiert.“

Weiterhin wird Eisele in dem Vermerk von Oberstleutnant Knespel bescheinigt, er habe das Ziel, „die Verbundenheit zu unseren Landsleuten zu fördern“ und „die deutsche Einheit und die freie Selbstbestimmung aller

²⁰ BStU: MfS BV Suhl Abt. VI/I Se/Gr 830/87 v. 8.5.1987.

Deutschen wachzuhalten“, während seines Aufenthaltes in der DDR stets „konsequent um(ge)setzt.“ Weiter heißt es: „Die von Eisele als Reiseleiter betreuten Schülergruppen zeigten sich stets gut vorbereitet, die Teilnehmer (Schüler und Lehrer) traten mit zielgerichteten, oft aggressiven und provokatorischen Fragen voringenommen und unbelehrbar in Erscheinung (z.B. Reisegruppe 7241-300-106, die sich vom 27.03.-29.03.87 im Bezirk Dresden aufhielt, deren Reisevorbereitung von Eisele durchgeführt wurde und bei der E. selbst als Reisetilnehmer mitfuhr).

Teilweise wurde bei den Fragestellungen ein arbeitsteiliges Vorgehen festgestellt. Sehr oft hält sich Eisele zurück und schickt die Kinder vor. In seinem Verhalten (und) Auftreten ist Eisele sehr variabel. Neben Arroganz und Überheblichkeit, dem Versuch der sofortigen Entkräftung von Argumenten des DDR-Reiseleiters, äußerte er teilweise auch Zustimmung und Lob. Neben massiver Kritik von (sic; gemeint ist wohl „an“; D.K.) DDR-Betreuern (vor allem Vertreter der FDJ) stehen überschwengliches Lob und Danksagungen. Eisele testete zielgerichtet, wie weit er bei den DDR-Reiseleitern gehen kann. Dies kam zum Ausdruck durch

- zielgerichtete Fragestellungen
 - Fotografieren des Reiseleiters bzw. von Reisetilnehmern fotografieren lassen
 - Aufforderung, mit bis zur Paßkontrolle an der Güst zu fahren, um einen Reisepaßverlust zu klären
 - Aufforderung an Reiseleiter, ihn in der BRD zu besuchen
 - Mitfahrt eines Reporters des ‚Hessischen Rundfunks‘ in der Reisegruppe, um Vorträge des Reiseleiters auf Band aufzunehmen
 - Teilnahme von DDR-Bürgern an den touristischen Programmen u.a.m.
- Auch gegenüber der Paßkontrolle trat Eisele derartig in Erscheinung
- abfällige Äußerungen zur Paßabfertigung („Nur Stempel von DDR im Reisepaß, da man an anderen Grenzen durchfahren kann“)
 - Vorlage des Reisepasses in einem Umschlag mit der Aufschrift ‚Europäische Gemeinschaft – Weg mit den Grenzen!‘
 - Negative Äußerungen zu Praktiken während der Zollkontrolle
- Mehrfach unternahm Eisele Versuche, das touristische Programm eigenständig zu verändern bzw. zu erweitern, z.B.
- Erwirken eines zusätzlichen Stadtrundganges in Meiningen
 - Bitte um Teilnahme an einer Vereidigung von Angehörigen der Grenztruppen der DDR

- Durchführung von Kirchenbesichtigungen in Eisenach, Erfurt und Schmalkalden und Gesprächsführung mit Pfarrern, die im Programm nicht vorgesehen waren
- Weglassen des Programmpunktes – Besuch der Gedenkstätte ‚Eisenacher Parteitag‘

Eisele selbst bzw. Teilnehmer seiner Reisegruppe (u.a. KOM-Fahrer) trafen sich mit DDR-Bürgern.“

Der Vermerk der Bezirksverwaltung Suhl des MfS vom 8.5.1987 diente der Vorbereitung einer Einreisesperre in die DDR für den Oberstudienrat Eisele, die dann wenige Tage später er „vorbeugend“ verfügt und ihm im Oktober 1987 bei einem Einreiseversuch am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin mitgeteilt wurde – wie immer in solchen Fällen ohne Begründung. Einer Intervention des damaligen Leiters der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Edmund Stoiber, hatte es Eisele bereits im Juli 1988 zu verdanken, dass ihm die Einreise wieder ermöglicht wurde, „wenn er die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik achtet“²¹. Eisele sollte also nur einen „Warnschuß vor den Bug“ erhalten. Mehr war damals auch dem MfS in derartigen Fällen meist schon nicht mehr möglich.²²

Die Methoden der Bearbeitung der BfgA

Welche Mittel zur Beobachtung und Beeinflussung der BfgA standen nun dem MfS theoretisch und praktisch zur Verfügung? Es waren im Wesentlichen die klassischen Mittel: Inoffizielle Mitarbeiter (IM), Abhören des Telefonverkehrs, Postkontrolle, Abschöpfen und Überwachen von Mitarbeitern der BfgA (z.B. bei Reisen in die DDR) und – wenn möglich – Zersetzungsmaßnahmen. Sie sollen im Folgenden untersucht und bewertet werden.

²¹ Schreiben Staatsminister Stoiber v. 18.7.88 an OstR Willi Eisele (Akt.Z. Bayerische Staatskanzlei A III 7 – 103 – 61 – 1 – 12).

²² Ich danke Herrn OStDir Willi Eisele, Wolfratshausen, für die Überlassung der ungekürzten Fassung seines Aufsatzes in Deutschland-Archiv 2000, S. 568 ff.

Inoffizielle Mitarbeiter

Zur Zeit der Gründung der BfgA im Jahre 1969 waren bereits mehrere IM des MfS in den Vorgängereinrichtungen tätig. Mindestens zwei von ihnen wurden in die BfgA übernommen. Der Leiter der Abteilung IV in Berlin, der LtD. Regierungsdirektor Walter Rosenthal, gehört übrigens nicht zu ihnen (s. Exkurs II). Aus dem Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen wurde jedoch der Jurist Dr. Götz Schlicht übernommen, der seit 1957 für das MfS tätig war (IM „Dr. Lutter“) und bis zum November 1989 eine mit 800,- DM-West monatlich recht gut bezahlte und ergiebige Quelle darstellte. Schlicht trat 1969 in die Dienste der BfgA und war bis zu seinem Ausscheiden aus Altersgründen im Jahre 1974 als Referent im Rechtsreferat IV/2 tätig, wo er sich u.a. mit dem Familienrecht beschäftigte. Auch danach konnte dem MfS noch manches Interessante berichten, weil ihm der Präsident der BfgA weiterhin gestattete, ein Büro im Hause Fehrbelliner Platz 3 zu nutzen, um von dort aus die Schriftleitung der vom BMB finanzierten Fachzeitschrift „Recht in Ost und West“ (ROW) auszuüben. Schlicht hat ohne Zweifel vor allem in den ersten siebzehn Jahren seines Einsatzes für das MfS einen erheblichen Schaden angerichtet. Später wurden seine Berichte zunehmend geschwätziger und brachten oft Klatsch und Tratsch, den er bei Treffen mit seinen ehemaligen Kollegen in der Kantine aufgeschnappt hatte. Dennoch war er auch in dieser Zeit für das MfS noch immer ein wertvoller Mitarbeiter, der operativ interessante Tipps und Einschätzungen von Personen und Sachverhalten lieferte. Über sein unheilvolles Wirken liegt eine nahezu vollständige Aktenüberlieferung vor. Schlicht konnte nach seiner Enttarnung im Jahre 1992 wegen altersbedingter Verhandlungsunfähigkeit nicht mehr der Prozess gemacht werden. Er starb, 98-jährig, am 12. Januar 2006 in Berlin.

Aus Bonn berichtete in der Anfangsphase der BfgA dem MfS ein weiterer Referent, Armin Hindrichs (IM „Talar“), meist über organisatorische Angelegenheiten, über Personalfragen einschließlich Charakteristiken und über politische Meinungsäußerungen des Präsidenten. Hindrichs war seit 1967 im Büro Bonner Berichte, einer Unterorganisation des Vereins zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschland, zuerst mit einem befristeten Arbeitsvertrag, dann seit 1968 unbefristet als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Vom MfS erhielt er in dieser Zeit monatlich 400,- DM und Sonderzuwendungen. Durch ihn war das MfS von Anfang an über Über-

legungen und Maßnahmen, aber auch über umlaufende Gerüchte im Zusammenhang mit der geplanten Gründung des Gesamtdeutschen Instituts informiert. Schon am 27.5.1968 lieferte er der für ihn zuständigen Hauptabteilung XX/5 einen umfangreichen Tonbandbericht „Überlegungen zu Gründung und Umfang des ‚Bundesinstituts für gesamtdeutsche Fragen‘“, wie die spätere BfgA dann als noch genannt wurde. Moralisch und auch sonst wurde Armin Hindrichs von seiner aus Südamerika stammenden Ehefrau unterstützt, die ihn sogar zu Treffs mit dem Instrukteur des MfS „Dr. Eiffel“ in Westdeutschland und mit dem Führungsoffizier Gerlach ins Ausland (Prag und Budapest) begleitete und die vom MfS selbst als IM „Noris“ geführt wurde. Hindrichs schied 1972 aus der BfgA aus und trat als wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Dienste der SPD-Bundestagsfraktion. Aber natürlich hatte er vor allem in der ersten Zeit danach noch Kontakte zu seinen ehemaligen Kollegen, so dass er dem MfS durch Abschöpfen noch einiges aus dem Bonner Bereich der BfgA liefern konnte. Hindrichs wurde in den 90er Jahren zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Frau beklagte sich im Jahre 2000 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung darüber, dass die betriebliche Altersversorgung ihres spionierenden Ehemannes mit Zustimmung des Bundesverfassungsgerichts von etwa 3000 DM auf rund 500 DM gekürzt worden war. In dem Leserbrief verglich Frau Noris Figueroa de Hindrichs ihre Situation mit der der Ehefrau des Volksgerichtshofspräsidenten Freisler: „Ich bin wohl so ohne Schuld wie diese Frau. Aber mir wurde nach Rechtskraft des Urteils gegen meinen Mann mein Anspruch auf Hinterbliebenenrente aus seiner Zusatzversicherungsrente entzogen.“²³

Über die beiden IM „Talar“ und „Dr. Lutter“ hinaus scheint es dem MfS, trotz erheblicher Anstrengungen, lange Zeit nicht gelungen zu sein, weitere Quellen im hauptamtlichen Apparat der BfgA zu erschließen. Dies änderte sich, als die BfgA 1984 den IM „Konrad“ einstellte, der im Rechtsreferat in Berlin eingesetzt wurde (s. Exkurs IV). – Als das MfS Anfang der 80er Jahre erfuhr, die Leitung der BfgA habe den Verdacht, ein Mitarbeiter sei für einen östlichen Geheimdienst tätig, unternahm es erhebliche Anstrengungen, herauszufinden, gegen wen sich dieser Verdacht rich-

²³ Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 53, 397 f., 448; FAZ vom 9.8.2000, S. 6, und vom 7.9.2000, S. 11; AIM 7444/68 BV Leipzig, Bd. VIII; Georg Herbstritt (wie Anm. 19), S. 185 f.

tet. Dazu gab auch IM „Dr. Lutter“ seine fundierte Meinung ab. Lösen konnte das MfS dies Problem dennoch nicht.

Natürlich standen dem MfS zur Bearbeitung der BfgA auch im BMB tätige Inoffizielle Mitarbeiter zur Verfügung. Als ergiebig erwies sich hier der Regierungsdirektor Knut Gröndahl (IM „Töpfer“), der bis zum Untergang der DDR auch das berichtete, was er über die nachgeordnete Behörde des BMB erfuhr. Gröndahl versuchte sich gelegentlich auch als Einflussagent. Als die Konferenz der Kultusminister (KMK) 1978 Empfehlungen zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht beschloss, kritisierte sie der eigentlich gar nicht für Bildungsfragen zuständige Grundsatzreferent Gröndahl herb: „Die DDR muß in ihrer politischen Existenz anerkannt, sie muß aus ihrem Selbstverständnis erläutert und als gesamtpolitische Herausforderung an- und ernstgenommen werden.“ Der Wiedervereinigungsanspruch stehe im Gegensatz zum europäischen Einigungsstreben. Beim innerdeutschen Systemvergleich dürfe nicht, wie von der KMK empfohlen, der Wertmaßstab des Grundgesetzes angelegt werden. Gröndahl kritisierte weiterhin die „mangelnde Bereitschaft, zugunsten des Friedens eigene nationale Interessen zu relativieren“. Die Absicht der KMK, Klassenreisen in die DDR zum Aufspüren von Gemeinsamkeiten zu benutzen, sei „naiv und muß die DDR geradezu provozieren, solche Vorhaben zu unterbinden“²⁴. Rückschauend mutet es schon erstaunlich an, wie weit IM „Töpfer“ damals glaubte, sich mit seiner verfassungswidrigen Kritik an den KMK-Empfehlungen aus dem Fenster lehnen zu dürfen. Wahrscheinlich hoffte er im BMB auf wohlwollende Aufnahme – wohl nicht ganz ohne Grund. Der Autor erinnert sich, damals von dem für politische Angelegenheiten zuständigen Ministerialdirektor im BMB, Jürgen Weichert, ermahnt worden zu sein, den Beschluss der KMK in der Öffentlichkeit nicht zu begrüßen, was er allerdings ignoriert hat. Die KMK-Empfehlungen haben sich dann in der politischen Bildungsarbeit der BfgA mit Schulen sehr positiv ausgewirkt. Gröndahl wurde nach der Vereinigung zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er allerdings nur teilweise verbüßen musste.²⁵

²⁴ Vermerk BMB II 1 vom 22.12.1978, zitiert nach Eichengrün (wie Anm. 2), S. 275 f.

²⁵ Knabe (wie Anm. 23), S. 51, 346; Helmut Müller-Enbergs (Hg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik

Der Fall des Ministerialdirektors im BMB Lothar Weirauch, der bis zu seiner regulären Pensionierung 1973 dort als Leiter der Zentralabteilung fungierte, kann inzwischen als weitgehend geklärt gelten. Er war in den Jahren 1968/69 auch mit dem Aufbau der nachgeordneten Behörde BfgA befasst. Weirauch scheint seit 1948 für die Parteaufklärung der KPD/SED tätig gewesen zu sein, allerdings – wie Markus Wolf später wohl zu Recht feststellte – im Auftrag der Briten. Deshalb wurde er von Wolf 1953 abgeschaltet.²⁶ In den die BfgA betreffenden MfS-Akten haben sich jedenfalls keine Hinweise auf ihn oder gar Berichte von ihm gefunden. Im Exkurs III ist der derzeitige Stand der Forschung zu Lothar Weirauch zusammengefasst.

Rekrutierungsversuche

Das MfS hat bis zu seinem Ende versucht, seine IM-Basis unter den hauptamtlichen Mitarbeitern der BfgA zu verstärken. Sein IM „Dr. Lutter“ (Dr. Götz Schlicht) musste immer wieder über mögliche Neueinstellungen in der Berlin-Abteilung berichten und die Chancen beurteilen, bereits fest angestellte Mitarbeiter für das MfS zu gewinnen. Wenn Vakanzen bestanden, prüfte das MfS regelmäßig die Aussichten, einen seiner Inoffiziellen Mitarbeiter dort unterzubringen. Besondere Hoffnungen richteten sich dabei auf den noch genau zu betrachtenden IM „Walter Rosenow“, Klarname Walter Völkel, der am Zentralinstitut 6 der Freien Universität (ZI 6) im Bereich der DDR-Forschung tätig war. Er berichtete mit immensem Fleiß jahrelang über wirklich alles, was ihm irgendwie interessant erschien, natürlich auch über die BfgA, in deren Berliner Besucherdienst er als Honorarreferent eingesetzt wurde. Nach dem Perspektivplan des MfS sollte Völkel promovieren und damit die Voraussetzung für eine Anstellung im höheren Dienst der BfgA schaffen. Obwohl ihm das MfS massiv bei der Materialbeschaffung behilflich war,²⁷ gelang es Völkel dennoch nicht, seine Dissertation abzuschließen. Er scheiterte wohl an seiner schizophrenen Situation: Das Motiv seines jahrzehntelangen Enga-

Deutschland, Berlin 1998, S. 112, 201; Georg Herbstritt (wie Anm. 19), S. 249, 273, 358 ff.

²⁶ Detlef Kühn, Lothar Weirauch und der Nachrichtendienst der West-KPD, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 11, S. 56-61.

²⁷ MfS XV/2515/63 „Rosenow“, Bd. 11, Bl. 89.

gements für das MfS war in erster Linie ein ideologisches. Er war zutiefst von der marxistisch-leninistischen Weltanschauung überzeugt und wollte seinen Teil dazu beitragen, ihr zum Sieg zu verhelfen. Das durfte er aber auf Geheiß seiner Führungsoffiziere auf keinen Fall zu erkennen geben. Sie hatten ihm vielmehr die Rolle des rechten Sozialdemokraten zuge-dacht. Den überzeugend zu spielen, fiel Völkel im Laufe der Jahre immer schwerer. Statt zu promovieren, übernahm er immer wieder andere, zeit-raubende Aufgaben. So arbeitete er bis 1990 an einer mehrbändigen Bibliografie zur DDR-Forschung, die die einschlägigen umfangreichen Bestände des ZI 6 und der BfgA erschloss und die der Bund finanzierte.²⁸ Das Ziel, Völkel in die BfgA einzuschleusen, wurde dabei nicht aus den Augen verloren, aber letztlich nicht erreicht. Noch im Januar 1989 berichtete er seinem Führungsoffizier hoffnungsvoll über ein Gespräch mit dem Präsidenten der BfgA, das ihm den Eindruck vermittelt hatte, in absehbarer Zeit dort angestellt werden zu können.²⁹ – Obwohl Völkel, der sich dem MfS 1963 als Student selbst zur Mitarbeit angeboten hatte, im Gegensatz zu manchen anderen, wie etwa Schlicht, bei denen diese Formulierung wohl mehr eine Floskel war, wirklich auf der Basis der Überzeugung“ tätig wurde – er bestand zum Beispiel darauf, Mitglied der SED zu werden –, verschmähte er dennoch die regelmäßigen Zuwendungen nicht, die er bei den Treffs etwa monatlich in Höhe von DM 200,- bis 300,- (West) erhielt. Einer Aufstellung für die Jahre 1963 bis Ende 1976 ist zu entnehmen, dass er bis dahin Zuwendungen im Gesamtwert von 24 920,- DM (West) sowie Sachwerte im Gesamtwert von 2253,40 M/DDR erhalten hatte.³⁰

Das MfS musste sich eingestehen, dass es besonders über die drei Bonner Abteilungen der BfgA nicht genug wusste. Die „Linie III“, das Abhören der Telefone, brachte hier weniger Erkenntnisse als in Bezug auf die Abteilung IV in Berlin und wenn, dann nur punktuelle. Es liegt daher nahe, auch in folgendem Vorgang das Mitwirken des MfS zumindest nicht auszuschließen: Die langjährige Vorzimmerdame des Präsidenten der BfgA, Renate K., war nicht nur eine tüchtige Sekretärin, sondern von ihrem Naturell her auch ein Ausbund an Verschwiegenheit. Sie sprach einfach nicht

²⁸ Eichengrün (wie Anm. 2), S. 136.

²⁹ MfS AIM 8809/91, Bd. II/15, Bl. 355.

³⁰ MfS – XV/2515/63, Bd. 14, Bl. 51 ff.

über dienstliche Angelegenheiten und hatte auch keine Freude an dem normalen Büroklatsch. Wer sie hätte abschöpfen wollen, biss mit Sicherheit auf Granit. Da irritierte es ihren Chef schon sehr, dass ausgerechnet diese Sekretärin, die seit zehn Jahren für ihn tätig war, nach Ansicht der zuständigen Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz ein „objektives Sicherheitsrisiko“ darstellen sollte. Das BfV verlangte ab Anfang 1985 mit großer Hartnäckigkeit vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Abberufung gerade dieser Kraft aus dem Vorzimmer des Präsidenten. Dafür hätte es sogar ihre Beförderung zur Sachbearbeiterin in Kauf genommen. Warum das alles? Es sei nicht auszuschließen, so hieß es, dass ihr Lebensgefährte, ein Jugoslawe, der schon seit Langem, ohne im geringsten negativ aufgefallen zu sein, in Deutschland lebte, sie hinsichtlich der an ihrem Arbeitsplatz anfallenden Staatsgeheimnisse abschöpfen könnte. – Dies war in mehrfacher Hinsicht absurd. Über zehn Jahre früher durfte ein SPD-Politiker, Horst Ehmke, als Bundesminister im Bundeskanzleramt amtieren, obwohl er kurz vorher eine tschechoslowakische Staatsangehörige geheiratet hatte. Auch in der BfGA hatte wenige Jahre vorher ein Mitarbeiter aus dem höheren Dienst sogar eine sowjetische Staatsangehörige geheiratet, was zwar zu Bedenken Anlass gegeben, aber letztlich seine Karriere im Hause doch nicht behindert hatte. Außerdem fielen im Vorzimmer des Präsidenten der BfGA zwar gelegentlich Verschlussachen, aber jedenfalls keine Staatsgeheimnisse an. Und schließlich gehörte Jugoslawien schon lange nicht mehr zum kommunistischen Lager. Selbst geheimverpflichtete Beamte durften damals bereits ohne besondere Genehmigung – eine Anzeige genügte – in dieses neutrale Land reisen. Dennoch ließ sich der Verfassungsschutz im Falle Renate K. nicht umstimmen. Erst nach langen Auseinandersetzungen, als sich Frau K. beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages beschwerte und die Sache damit an die Öffentlichkeit zu kommen drohte, teilte der Sicherheitsbeauftragte des BfV 1988 Präsident Kühmitz mit, man habe sich entschlossen, die Bedenken zurückzustellen. Die Angelegenheit sei erledigt. – Zwei Jahre später, im Oktober 1990, wurde der im Bundesamt für Verfassungsschutz auch für den Geschäftsbereich des BfV zuständige Oberamtsrat Klaus Kuron (IM „Berger“, „Stern“) als langjähriger inoffizieller Mitarbeiter des MfS enttarnt und später verurteilt.³¹ Nur der Verfassungsschutz kann beurteilen, welche Rolle Kuron in dieser Angele-

³¹ Müller-Enbergs (wie Anm. 25), S. 139.

genheit gespielt hat. Frau K. hat sie zwar, ebenso wie ihren Chef, jahrelang erheblich belastet, ihr aber, Gott sei Dank, nicht geschadet. Sie wurde 1991 sogar in das Vorzimmer des Staatssekretärs in einem Bundesministerium übernommen.

Freie Mitarbeiter und andere IMs

Hubertus Knabe ist der Ansicht, die vielen freien Mitarbeiter der BfgA seien für das MfS ein „Einfallstor“ in die Bundesbehörde gewesen.³² Ganz falsch ist das nicht, muss aber doch etwas relativiert werden. Allein in der Berlin-Abteilung der BfgA wurden in den 80er Jahren bis zu 200 freie Mitarbeiter bei westdeutschen und ausländischen Besuchergruppen als Fremdenführer für Stadtrundfahrten und mit Vorträgen über die Deutschlandpolitik und die Verhältnisse in der DDR beschäftigt. Sie kamen in der Regel bis zu dreimal pro Woche zum Einsatz. In Westdeutschland wurden die dort lebenden etwa 300 freien Mitarbeiter des Bonner Rednerdienstes (Referat III 4) seltener eingesetzt, dafür aber etwas besser honoriert, weil hier auch der Zeitaufwand größer war. In beiden Bereichen konnte man sich selbst bewerben und wurde, wenn man qualifiziert war und die DDR möglichst aus eigener Erfahrung (Heimkunft und/oder Reisen) kannte, nach einigen Tests mehr oder weniger regelmäßig eingesetzt. Unter diesen Umständen war es für das MfS kein allzu großes Problem, inoffizielle Mitarbeiter in den Stamm der Honorar-Referenten einzuschleusen. Dies war auch dem Präsidenten der BfgA bewusst, der – ebenso wie die zuständigen Abteilungsleiter – regelmäßig als Hospitant an Vortragsveranstaltungen teilnahm und vor allem auf die Qualität der Vorträge achtete, auch wenn den freien Mitarbeitern viel Freiheit gelassen wurde. Wer aber glaubte, die Verhältnisse in der DDR am Selbstverständnis der SED statt am Grundgesetz messen zu müssen („systemimmanente Darstellung“), wurde bald nicht mehr eingesetzt. Die Leitung der BfgA fürchtete die bewussten oder unbewussten Einflussagenten mehr als die echten Spione. Da freie Mitarbeiter nicht in den Apparat der BfgA eingegliedert waren, konnten sie nur berichten, was sie bei Gesprächen mit fest angestellten und bei Fortbildungsveranstaltungen erfahren hatten. Das Risiko war also kalkulierbar.

³² Knabe (wie Anm. 23), S. 399.

Im Übrigen beweist gerade der Fall des von Knabe erwähnten Andreas Sinakowski, dass Bewerbungen im Auftrage des MfS bei der BfgA durch aus keine Selbstläufer waren. Sinakowski war im Sommer 1985 aus der DDR nach West-Berlin gekommen und hatte sich bald darauf beim Besucherdienst der Abteilung IV vorgestellt, wo er grundsätzlich vor dem Hintergrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen als neuer Honorar-Referent infrage kam. Allerdings legte die BfgA aus pädagogisch-didaktischen Gründen Wert darauf, dass Übersiedler nicht sofort auf westdeutsche Gruppen „losgelassen“ wurden, sondern erst einmal ein Jahr lang West-Erfahrungen sammelten, um auf diese Weise besser mit ihren Hörern diskutieren zu können. Erst nach dieser Eingewöhnungszeit durfte man sich offiziell bewerben und wurde dann durch Aufnahme in ein Tutorium auf den Einsatz vorbereitet. So viel Geduld konnte oder wollte Sinakowski nicht aufbringen. Schon Anfang Oktober 1985 wandte er sich Hilfe suchend an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, dem dann am 4. November vom Präsidenten der BfgA die Kriterien für eine Beschäftigung erläutert wurden. Unabhängig davon wurde für den Januar 1986 eine Autorenlesung mit Sinakowski in der Deutschland-Information der BfgA in der Stresemannstraße am Anhalter Bahnhof in Aussicht genommen. Im Jahre 1991 (!) hat Sinakowski in Berlin im Basis Druck Verlag ein schmales Bändchen mit dem Titel „Das Verhör“ veröffentlicht. Hier offenbart er im Klappentext, er, geboren 1960, sei von 1979 bis zum Ausstieg“ 1985 für den Staatssicherheitsdienst tätig gewesen. Von diesem „Ausstieg“ hat er damals allerdings im Gesamtdeutschen Institut nichts erzählt. Dennoch ist es zu seinem Einsatz im Besucherdienst nicht gekommen.

Bisher sind etwa dreißig freie Mitarbeiter der BfgA, die meisten aus Berlin, mit ihren Decknamen als IM bekannt geworden. Mehr als die Hälfte davon wurde auch mit Klarnamen identifiziert. Dazu kommen weitere Inoffizielle Mitarbeiter, die in keinem wie auch immer gearteten Verhältnis zur BfgA standen, aber dennoch quasi öffentlichen Veranstaltungen berichteten oder die hauptamtlichen und freien Mitarbeiter anderweitig abzuschöpfen suchten (vgl. die Liste in der Anlage). Zu Letzteren zählten der Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Gronau (IM „Steiger“) und der Bonner Lobbyist Adolf Kanter (IM „Fichtel“), auf den noch näher eingegangen wird. Gronau war Leiter des Referats Wiedervereinigung im Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Als solcher arbeitete

er bis zum Herbst 1972 eng mit der BfgA im Bereich der politischen Bildung zusammen. Nur wenige Tage, bevor er damals enttarnt und verhaftet wurde, hatte er noch bei dem gerade ernannten Präsidenten Kühn in der BfgA einen Antrittsbesuch gemacht.³³

Zu erwähnen ist noch ein tragischer Fall eines freien Mitarbeiters, der kein IM war, der aber illustriert, dass das MfS auch Drucksituationen aufzubauen und auszunutzen wusste, um an Informationen zu kommen. Bei den überlieferten Akten befindet sich die Abschrift eines auf Tonband gesprochenen ausführlichen Berichts vom 15.8.1980 über den Besucherdienst in Berlin (Referat IV 6 BfgA), über die Möglichkeiten der Honorar-Referenten und des Präsidenten der BfgA, ihre jeweils eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Auch hier werden die erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Kühn und dem Referatsleiter Kämpfer thematisiert. Ansonsten ist der Bericht inhaltlich zutreffend und in sachlichem Ton gehalten. Er stammt allerdings von einem freien Mitarbeiter der BfgA, Dr. Eckart Schiele, der wohlwegen Beihilfe zur Republikflucht auf einer Transitstrecke zwischen Westdeutschland und West-Berlin festgenommen worden war und zu dieser Zeit in der DDR in Untersuchungshaft saß. Am 20.11.1980 wurde er vom Kreisgericht Rostock-Stadt wegen „Verbrechen gemäß Paragraph 132 StGB unter Mißbrauch des Transitabkommens“ zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsentzug sowie Einziehung des benutzten PKW verurteilt. Das „Neue Deutschland“ hat einen Tag später über das Urteil unter der (unzutreffenden) Überschrift „Angestellter einer BRD-Behörde wegen Transitmißbrauchs verurteilt“ berichtet und in der Meldung behauptet, Schiele sei „als Referent der widerrechtlich in Westberlin existierenden Bundesbehörde ‚Gesamtdeutsches Institut‘ tätig.“ Präsident Kühn hat den Fall damals zum Anlass genommen, alle fest angestellten und freien Mitarbeiter der BfgA in einem Rundschreiben zu ermahnen, auf keinen Fall gegen das Transit-Abkommen, das für die Entwicklung West-Berlins von entscheidender Bedeutung sei, zu verstoßen. Auch dieses Schreiben ist vom MfS überliefert worden.³⁴

³³ Eichengrün (wie Anm 2), S. 386; Müller-Enbergs (wie Anm 25), S. 69; Knaube (wie Anm. 23), S. 373, 530.

³⁴ MfS – HA XX Nr. 138, Bl. 261 ff.; „Neues Deutschland“ Nr. 275 vom 21.11.1980, S. 2.

Insgesamt darf man feststellen, dass das Gros der freien Mitarbeiter der BfgA über jeden Verdacht der Zusammenarbeit mit dem MfS erhaben ist.

Politische Vorleistungen Informeller Mitarbeiter

Das MfS ließ seine Inoffiziellen Mitarbeiter oft einen hohen Preis für gute Kontakte zahlen. Die meisten spielten, wie der bereits erwähnte Völkel oder der Berliner SPD-Abgeordnete Bodo Thomas (IM „Hans“), auch ein freier Mitarbeiter im Berliner Besucherdienst der BfgA, die Rolle des „Rechten“ und unterließen es bei ihrer Darstellung der DDR nicht, auch auf die nicht zu übersehenden Schattenseiten der Verhältnisse dort aufmerksam zu machen. Anfang 1986 berichtete der IM „Kleinert“, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg Rainer Klebba, über das traditionelle gesellige Beisammensein der Honorar-Referenten am Jahresende 1985, das dem Präsidenten immer Gelegenheit gab, auf die Gesichtspunkte hinzuweisen, die ihm wichtig waren. Es seien, so hieß es in der MfS-Information unter Berufung auf „Kleinert“, „Bestrebungen erkennbar, ehemalige DDR-Bürger mit einer verfestigten feindlichen Haltung zur DDR für eine solche Tätigkeit zu gewinnen. Als Beispiel wird das Ehepaar Dr. MOCKER, Kurt und Hildegard genannt, das besonders aktiv im Rahmen der bildungspolitischen Tätigkeit des GI in Erscheinung tritt.“ Unter diesen Umständen, habe „Kleinert“ geäußert, würden Honorar-Referenten sich lieber Kühns Forderung beugen, „als die Wahrheit und die eigene Meinung über die DDR den Besuchern zu vermitteln“³⁵.

Am weitesten ging dabei wohl Adolf Kanter (IM „Fichtel“) in Bonn, der angeblich bereits seit 1948 erst für den parteieigenen Nachrichtendienst der SED und dann für das MfS spionierte. Er hatte in der Tat exzellente Verbindungen zu Wirtschaftskreisen, Regierungsstellen und Parteien, vor allem zur CDU, der er auch angehörte. Auch den Präsidenten der BfgA besuchte er regelmäßig, von dem er die zwar nicht vertraulichen, aber doch nicht breit gestreuten Analysen der Politik der DDR erhielt, die er

³⁵ ZMA XX 827b, Bl. 229.

dann an das MfS weitergeben konnte.³⁶ Sein in Bonn durchaus angesehener Informationsdienst „Die europäische Sicht“ (ESi), der 1960 von dem Journalisten J. Hahn-Butry gegründet worden war und den Kanter nach dessen Tod für seinen Pontes-Verlag gekauft hatte, wurde von ihm zusammen mit zwei honorigen Männern, Gustav Meissner und Herbert Scheffler, herausgegeben. Letzterer kümmerte sich neben Kanter auch um den Inhalt des Dienstes. Der Dienst veröffentlichte manchmal auch die Analysen der BfgA und brachte im Übrigen nie, nicht einmal ansatzweise, Propaganda für die DDR, auch wenn Kanters MfS-Instrukteur, Dr. Werner Krüger, tatsächlich, wie Markus Wolf in seinen Erinnerungen behauptet, „viele der Beiträge“ geschrieben haben sollte.³⁷ Der Präsident der BfgA, Detlef Kühn, zählte gelegentlich zu den Autoren des Dienstes und durfte dabei seine sicherlich weder in Bonn noch in Ost-Berlin gern gelesenen Thesen von der Notwendigkeit einer aktiven Wiedervereinigungspolitik vortragen. Von Kühn sind folgende Meinungsartikel in der ESi erschienen:

- a) „Geschichte als Instrument der Politik. Fortschritte macht die Nutzung der Geschichte des deutschen Volkes für die politischen Zwecke der DDR-Führung.“ (ESi, 25. Jg., Nr. 46, vom 14.11.1984),
- b) „Deutschlandpolitik – ‚Gera‘ und kein Ende“ (eine Abrechnung mit den Geraer Forderungen Erich Honeckers, ESi, 27. Jg., Nr. 3, vom 22.1.1986),
- c) „Tradition – Zu den ‚hellen Seiten in der Geschichte‘ bekennen!“ (ESi, 27. Jg., Nr. 38, vom 24.9.1986),
- d) „Die Kirche und die Lage im geteilten Deutschland“, eine Abrechnung mit allen Kräften in der DDR und in Westdeutschland, die, wie Egon Bahr, das Nachdenken über die Wiedervereinigung als „Quatsch“ betrachteten (ESi, 29. Jg., Nr. 37/38, vom 7.9.1988),
- e) „Die Deutschen nach Ungarn“ (ESi, 30. Jg., Nr. 38/39, vom 20.9.1989). Der Satzesatz dieses Kommentars lautet: „Wer etwas für ein vereintes Europa, das diesen Namen wirklich verdient, tun möchte, sollte jetzt die Einheit des Volkes herbeiführen helfen, das nun einmal in der Mitte Europas lebt – der Deutschen.“

³⁶ SIRA, SE 8105462, Nr. 73, betr. Auswertung des X. Parteitags der SED durch das Gesamtdeutsche Institut, vom 24.6.1981.

³⁷ Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, 3. Aufl., München 1999, S. 173; Knabe (wie Anm. 23), S. 54 ff.

Außerdem hat die „Europäische Sicht“ verschiedentlich den Inhalt von Analysen der Wissenschaftler in der BfgA referiert – manchmal mit ausdrücklicher Erwähnung der Quelle, manchmal ohne entsprechende Hinweise. Zu nennen sind beispielsweise: DDR-Soziologie – Analysen und Ergebnisse zu Rolle und Status der wissenschaftlichen Intelligenz in der DDR (ESi, 24. Jg., Nr. 22 vom 1.6.1983); DDR-Volkswirtschaftsplan – Man tritt kürzer (ESi, 25. Jg., Nr. 5, vom 1.2.1984); Kam pagne – Die Arbeitspolitik der DDR kommt in Bewegung (eine Auseinandersetzung mit der angeblichen Vollbeschäftigungspolitik der DDR (ESi, 25. Jg., Nr. 21, vom 23.5.1984); Gewaltverbot – Deutsch-deutsche Schrittmacherrolle gefordert (keine Analyse der BfgA, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit FDP-Versuchen, zu Gemeinsamkeiten mit der DDR in Sachen Gewaltverzicht zu kommen, unter Bezugnahme auf „Bonner Skeptiker“ (ESi, 25. Jg., Nr. 32, vom 8.8.1984); DDR-Wirtschaft zwischen Export und Konsum (ESi, 25. Jg., Nr. 34, vom 22.8.1984); Die Wiederentdeckung des Gewinns – Neue Tendenzen in der DDR-Wirtschaft? (ESi, 25. Jg., Nr. 46, vom 14.11.1984); Puzzle – DDR-Haushalt gerät zur Augenwischerei (ESi, 26. Jg., Nr. 17/18, vom 24.4.1985); DDR – Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 1985 leicht abgeschwächt (ESi, 26. Jg., Nr. 34, vom 21.8.1985). Schließlich brachte der Kanter-Dienst in der Nr. 1/2 vom 9.1.1985 auch ein Exklusiv-Interview mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen.

Kanter gehörte der Leitung einer luxemburgischen Stiftung an, die für Verdienste um Europa eine Art Orden in drei Stufen verlieh, „Mérite Européen“. Durch Kanters Vermittlung erhielt Kühn im Dezember 1985 in Bonn diese Auszeichnung in Silber aus der Hand des luxemburgischen Botschafters und zwar in Würdigung seiner deutschlandpolitischen Haltung als Beitrag zu einer Europapolitik, die nicht nur Westeuropa umfasst, sondern durch die Wiedervereinigung Deutschlands auch die Spaltung Europas überwinden will.

IM „Fichtel“ hat sich also, ebenso wie einige freie Mitarbeiter der BfgA, seine Kontakte politisch durchaus etwas kosten lassen. Allerdings war er bereits seit Ende 1983 von der HVA, die „Fichtel“ führte, praktisch abgeschaltet worden. Der Grund war, dass die bundesdeutsche Spionageabwehr auf die gefälschten Papiere, die Kanters Instrukteur Krüger nutzte, aufmerksam geworden war. Krüger konnte sich zwar wieder in die DDR

absetzen. Als Kanter aber von den Ermittlern, die in ihm ein potenzielles Opfer östlicher Ausspähversuche sahen, eindringlich zur Vorsicht ermahnt wurde, wurde er vom MfS für längere Zeit aus dem Verkehr gezogen. SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet erst im Juni 1986 wieder die Übergabe von Papieren aus Bonner Ministerien und nachgeordneten Behörden, darunter drei deutschlandpolitische Analysen der BfgA. Später kamen nur noch wenige weitere Informationen aus anderen Bonner Häusern hinzu. Herbstritt kommt zu dem Ergebnis, dass Kanter seit Ende 1983 als Quelle der HVA weitgehend ausgefallen sei.³⁸

Telefon-Kontrolle

Seine wichtigsten Erkenntnisse über die BfgA bezog das Ministerium für Staatssicherheit zweifellos „in der Linie III“, das heißt aus der Telefonkontrolle. Auf diesem Gebiet war es, mit Hilfe auch westdeutscher Technik, sehr leistungsfähig. Besonders ergiebig war der westliche Funktelefonverkehr, sei es über Autotelefon oder im drahtlosen Telefonverkehr zwischen Westdeutschland und West-Berlin. Hierfür war die Hauptabteilung III unter Generalmajor Dr. jur. (!) Host Männchen zuständig. Er war an der „Juristischen Hochschule“ 1974 mit einer Dissertation über „Probleme des Einsatzes spezifischer technisch-physikalischer Mittel und Methoden durch das MfS bei der Abwehr und Aufklärung des ‚elektronischen Kampfes‘ in der Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus“ magna cum laude zum Dr. jur. promoviert worden. In dieser Arbeit werden auch Möglichkeiten des Abhörens des ‚Feindes‘ durch Richtfunkstrecken in der DDR erörtert.³⁹ „Auf der Linie III“ wurden nicht nur der Telefonverkehr der drei Bonner Abteilungen und des Präsidenten mit der Abteilung IV in Berlin, sondern auch die Telefongespräche, die vom Bonner Privatanschluss des Präsidenten aus mit West-Berliner Anschlüssen geführt wurden, abgehört. Wenn auch in allen Bonner und Berliner Dienststellen immer wieder zur Vorsicht am Telefon gemahnt wurde, verließen sich manche Mitarbeiter doch auf die Versiche-

³⁸ Georg Herbstritt (wie Anm. 19), S. 351 f.

³⁹ Förster, Dissertationen (wie Anm. 8), Nr. 44; Jens Gieseke (Hg.), Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, MfS-Handbuch, Teil V/4, Berlin 1998, S. 47.

zung, der Richtfunk-Telefonverkehr mit Berlin werde abhörsicher gestaltet. Dies war, wie wir jetzt wissen, nicht der Fall. In der BfgA gab es zwar keine Autotelefone; aber im sonstigen Telefonverkehr zwischen Bonn und Berlin, vielleicht auch im innerstädtischen Verkehr in West-Berlin, gewann das MfS doch manche interessante Information.

Wir sind im Besitz eines „Zusammenfassenden Berichts zur subversiven Tätigkeit des Gesamtdeutschen Institutes – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA)“ wohl vom Anfang des Jahres 1979, in dem durch die HA II aus offenem westdeutschem Material, aber vor allem aufgrund der in der Linie III gewonnenen Informationen erstmals eine umfassende Schilderung und Bewertung der Arbeit der BfgA vorgenommen wurde.⁴⁰ Der Bericht verdient eine nähere Betrachtung.

Schon in den „Vorbemerkungen“ wird das Ergebnis vorweggenommen: Bei der BfgA handelt es sich „um ein maßgebliches staatliches Zentrum der politisch-ideologischen Diversion..., welches auch als Werkzeug imperialistischer Geheimdienste wirkt“. Die BfgA ist „nicht wie offiziell glauben gemacht werden soll“ eine Einrichtung der Forschung auf gesellschafts- und deutschlandpolitischem Gebiet, sondern „eine Institution, die aktiv und mit nachrichtendienstlichen Mitteln systematisch Informationen über die DDR gewinnt, sammelt und auswertet, an der Verbreitung eines anti-kommunistischen DDR-Bildes arbeitet und vielfältige gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse und gegen die staatliche Existenz der DDR gerichteten (!) Angriffe fördert bzw. selbst durchführt“. Der Bericht wurde auf der Grundlage authentischer Äußerungen einer Reihe von Angehörigen“ der BfgA „zu ihrem konkreten Arbeitsgegenstand, ihren Vorhaben und Zielen erarbeitet“. Es sei aber noch nicht möglich, konkrete Aussagen „zu der gesamten Breite und Vielfalt der feindlichen Tätigkeit“ der BfgA zu machen. Man habe sich auf die Abteilungen II und IV konzentrieren müssen – bei denen wohl das Telefonaufkommen besonders ergiebig war, da sie in ihrer Dokumentations- und Analysearbeit aufeinander angewiesen waren.⁴¹ „Insgesamt“, so heißt es, „liegen über die Abteilung I sehr geringe Erkenntnisse vor, da über die Tätigkeit der Mitarbeiter dieser Abteilung mit den spezifischen Mitteln der Linie III bisher kaum Informa-

⁴⁰ BStU Zentralarchiv 18/1, Bl. 62-153, mit zahlreichen Anlagen.

⁴¹ Ebd., Bl. 64 f.

tionen gewonnen werden konnten.“ Bekannt sei aber, dass der Leiter des Referats II, Wolf, „für die Sicherheitspolitik der BfgA verantwortlich“ zeichne. Bei ihm sollen, den Erkenntnissen des MfS zufolge alle Informationen über Mitarbeiter der BfgA zusammengelaufen sein, „deren Verhalten und Auftreten nicht der politischen Linie der BfgA entspricht oder die unter den Verdacht geraten, mit den Sicherheitsorganen der DDR zusammenzuarbeiten“. (Da hat man wohl ein bisschen von sich auf andere geschlossen). – Mehr wusste man schon über die Abteilung II, deren Mitarbeitern zum Vorwurf gemacht wurde, dass sie sich bei ihrer analytischen Tätigkeit nicht auf die „wissenschaftliche Analysierung der offiziellen Dokumente unserer Partei und unseres Staates“ konzentrierten, sondern auch die Ergebnisse der „Ost- und DDR-Forschung“ sowie „inoffizielle Informationen“ nutzten, die sie zum Beispiel von freien Mitarbeitern der BfgA oder von in die DDR einreisenden Journalisten oder Diplomaten gewonnen hätten.⁴² Das so gewonnene Material diene unmittelbar der politisch-ideologischen Diversion, da es auch den Massenmedien der BRD zur Verfügung gestellt werde.⁴³ Gleiches gelte auch für die Abteilung III, deren Produkte im Rahmen der politischen Bildungsarbeit der BfgA aufgeführt werden, bei denen man aber auch kaum über zusätzliche Erkenntnisse verfügte. Da war man dann schon froh, wenn man der BfgA nachweisen konnte, dass sie zur besseren Weiterbildung ihres alljährlich erscheinenden DDR-Kalenders extra Fotografen in die DDR entsende, von denen sich dann einer sogar der Hilfe einer Berufskollegin aus der DDR bedient habe.⁴⁴ Wenn das Feindbild einmal feststand, konnte das „Feindobjekt“ eigentlich machen, was es wollte; es war immer falsch.

Als besonders gefährlich wurde auch in diesem Bericht die Abteilung IV der BfgA in Berlin erkannt – wiederum vor allem deshalb, weil ein Teil ihres Personals aus dem UfJ stammte. Zu ihm gehörte auch der Referatsleiter IV 4, Günther Buch, der für das MfS deshalb ein besonderes Ärgernis war, weil er sich intensiv mit den Biografien führender Persönlichkeiten der DDR beschäftigte und auf der Basis von im Wesentlichen offenem Material sogar ein Buch „Namen und Daten. Biographien wichtiger Personen der DDR“ herausgegeben hatte. „Buch maßt sich damit an, die Öff-

⁴² Ebd., Bl. 71.

⁴³ Ebd., Bl. 72.

⁴⁴ Ebd., Bl. 145.

fentlichkeit der BRD nach seinen (!) Gutdünken über die Repräsentanten eines anderen Staates zu informieren“, befindet das MfS.⁴⁵

Da die BfgA auch in diesem Bericht als „Leitinstitut der Ost- und DDR-Forschung“ verdächtigt wurde, ärgerte seine Autoren eine Mode besonders, die damals tatsächlich in der „Kreml-Astrologie“ mit ihren Ausstrahlungen auf die DDR eine Rolle spielte, an der sich aber die BfgA nach der Erinnerung des Autors kaum beteiligt hat. Gemeint ist die Suche nach Meinungsverschiedenheiten in den jeweiligen kommunistischen Führungsorganen, bei der auch häufig über angeblich heftige Machtkämpfe zwischen sich beherrschenden Gruppen spekuliert wurde. „In der politisch-operativen Arbeit der Linie III“, also beim Abhören, kamen die Autoren des Berichts zu dem Ergebnis, maßgebliche Mitarbeiter des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, der BfgA und darüber hinaus bestimmte Journalisten wollten herausgefunden haben, die eine „Gruppierung“ (im SED-Politbüro) werde „durch den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, geführt, während die andere unter Führung des Mitgliedes des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Willi Stoph, stehe“. Das MfS sah darin Versuche der „Zerstörung der Einheit und Geschlossenheit der Partei der Arbeiterklasse“⁴⁶ sowie das Bestreben, „bei den Menschen in der DDR Zweifel und Unglauben in die Einheit und Geschlossenheit der Partei und ihrer Führung aufkommen zu lassen.“⁴⁷

Aus dem Bestreben, eine Broschüre über die Traditionspflege in der Nationalen Volksarmee der DDR zu bekommen, leitete das MfS u.a. den Verdacht der Militärspionage her,⁴⁸ was gegebenenfalls strenger bestraft werden konnte! Das galt erst recht, wenn sich Mitarbeiter der BfgA für die Gesellschaft für Sport und Technik, eine Organisation der vormilitärischen Ausbildung, für neuere Aufnahmen der Grenzsicherungsanlagen oder – wie der damalige Referatsleiter II 1, Dr. Gunter Holzweißig – für die Zivilverteidigung der DDR interessierten.⁴⁹

⁴⁵ Ebd., Bl. 75.

⁴⁶ Ebd., Bl. 78 f.

⁴⁷ Ebd., Bl. 84.

⁴⁸ Ebd., Bl. 96.

⁴⁹ Ebd., Bl. 144.

In der „Ost- und DDR-Forschung“ entdeckten die Mitarbeiter des MfS eine weitere Möglichkeit für BMB und BfgA, „die Ergebnisse des Entspannungsprozesses zwischen den beiden deutschen Staaten für die aggressiven Pläne und Absichten des westdeutschen Imperialismus“ auszunutzen. Als Beispiel diente der Fall eines (ungenannten) wissenschaftlichen Mitarbeiters des SPD-Parteivorstands, der angeblich 1976 „durch die BfgA“ das Thema für seine Doktorarbeit erhalten habe: „Pläne einer Konföderation beider deutscher Staaten“. Mitarbeiter der BfgA hätten dabei „besonders auf zwei Schwerpunkte (orientiert), die als Schlüsselfolgerungen der Untersuchungen dargestellt und begründet werden sollten:

1. „Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen als Wegbereiter für eine wachsende Bereitschaft der sozialistischen Länder zur politischen Annäherung.“
2. „Die Ergebnisse der KSZE als zusätzlicher Hebel zur Verwirklichung der Folgevereinbarungen des Grundlagenvertrages und einer engeren Gestaltung und gegebenenfalls völkerrechtlichen Institutionalisierung der Bindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands.“⁵⁰

Zu dieser Zeit (1979) hatten die Autoren des Berichts bereits vollständig verdrängt, dass die SED noch vor zehn Jahren selbst mit Konföderations-Modellen gespielt hatte. Zehn Jahre später wären sie wahrscheinlich froh gewesen, wenn sich die Bundesrepublik auf solche Lösungen eingelassen hätte. Aber 1979 galt, wie immer, für „Schild und Schwert“ der Partei die gerade aktuelle Linie der SED und die lautete damals „Abgrenzung“ und „Absage an alle friedensgefährdenden Träume von Wiedervereinigung“.

Dass die BfgA stets bemüht war, den „gesamtdeutschen Gedanken“ zu pflegen und an der Einheit der Nation auch und gerade in ihrer Öffentlichkeitsarbeit festhielt, blieb dem MfS auch an dieser Stelle nicht verborgen. Es wertete diese Haltung als „politisch-ideologische Diversion“, die es vorrangig zu bekämpfen galt. Da war es dann schon gefährlich, wenn der Präsident der BfgA, KÜHN, Detlef, im Juni 1978 nach dem Eindruck des MfS „intern scharfe Kritik an der ‚Deutschlandpolitik‘ der derzeitigen Bundesregierung übte“, die zwangsläufig zu einer Einengung des Deutschlandbegriffes bei der BRD-Bevölkerung führe. „Viele Menschen

⁵⁰ Ebd., Bl. 108 f.

in der BRD würden heute unter ‚Deutschland‘ nur noch die BRD verstehen. Es komme aber darauf an, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Das vordringlichste Ziel der, wie Kühn es nannte, ‚deutschlandpolitischen Bildungsarbeit‘ der BfgA bestehe darin, den Gedanken der Menschen in beiden deutschen Staaten an die ‚Einheit der Nation‘ wachzuerhalten, ihr ‚Zusammengehörigkeitsgefühl‘ ständig zu entwickeln und das praktische Handeln der Menschen in beiden deutschen Staaten in Bahnen zur Verwirklichung der aggressiven Zielstellung der BfgA und anderer revanchistischer Kräfte der BRD zu lenken. ...

Kühn vertritt die Meinung, daß sich die Umstände und Bedingungen gegenüber 1953 zwar verändert hätten und diese Veränderungen auch Veränderungen in den Mitteln und Methoden der Feindseligkeit gegen die DDR rechtfertigen, auf keinen Fall aber die Aufgabe der aggressiven Zielstellung, wenn auch nur auf Teilgebieten, zur Folge haben dürfe. Damit kommt der konterrevolutionäre Charakter der gesamten Arbeit der BfgA unmißverständlich zum Ausdruck.⁵¹ Das ist, trotz der indirekten Rede, schönsten Stasi-Deutsch und mit Sicherheit nicht die Ausdrucksweise, die Kühn seinerzeit gewählt hat. In der Sache schildertes aber zutreffend die politischen Motive, von denen sich viele Mitarbeiter der BfgA und ihr Präsident leiten ließen.

Auch das Telefonabhören hat seine Tücken

Brachte das Abhören von Telefongesprächen auch wichtige Erkenntnisse für das Ministerium für Staatssicherheit, so hatte diese Methode der Nachrichtenbeschaffung doch manchmal ihre Tücken. Zwei Beispiele aus der Bearbeitung des Präsidenten der BfgA persönlich durch das MfS mögen dies illustrieren.

Kühn war nach der Wende bei der Lesektüre der ihn betreffenden Aktenüberlieferung in der Gauck-Behörde überrascht, in einer Information des MfS aus dem Jahre 1978 zu lesen, er habe damals in einem Gespräch mit einem namentlich nicht genannten Partner die Hoffnung geäußert, sein – Kühns – Sohn, der in der DDR inhaftiert sei, werde demnächst im Rahmen einer zu erwartenden Amnestie dort aus dem Gefängnis entlassen

⁵¹ Ebd., Bl. 117.

werden. Kühn hatte weder einen Sohn noch war dieser oder ein anderer naher Angehöriger in der DDR inhaftiert. Nach einigem Nachdenken löste sich das Rätsel: Der Gesprächspartner war der damalige West-Berliner Landesschulrat Bath, dessen Sohn, Jura-Student und später freier Mitarbeiter der BfgA, wegen Fluchthilfe in der DDR inhaftiert war. Das MfS hatte die beiden Stimmen mit Berliner Klangfärbung nicht auseinanderhalten können und deshalb die Information falsch zugeordnet.⁵²

In diesem Fall wird das MfS seinen Irrtum zwar bald erkannt haben. In einem anderen Fall hat es jedoch jahrelang in eine falsche Richtung ermittelt. Kühn hatte einen Ost-Berliner Freund aus Kindertagen, der es zum hauptamtlichen Funktionär in der LDP gebracht hatte. Um ihn nicht in Schwierigkeiten zu bringen, brach Kühn den persönlichen Kontakt zu ihm ab, hatte aber schon vorher dem leidenschaftlichen Philatelisten einen Studienfreund aus West-Berlin zum Briefmarkentausch vermittelt. Tatsächlich verdächtigte das MfS das LDP-Mitglied, Kühn als Mann des angeblich „äußersten rechten Flügels der FDP“ mit Informationen aus der Blockpartei zu versorgen, und nahm an, der Studienfreund fungiere dabei als Bote. Abgehörten Telefongesprächen glaubte es entnehmen zu können, dieser angebliche Bote sei auch FDP-Mitglied und stehe Kühn politisch nahe. Er wurde daraufhin jahrelang nach allen Regeln der Kunst bearbeitet und dabei sein ganzer Verwandten- und Bekanntenkreis in der DDR „aufgeklärt“. Allerdings war alles vergeblich; denn Kühns FDP-Parteifreund war ein anderer und trug zufällig den gleichen Vornamen wie der „Bote“. Da beide am Telefon jeweils nur mit ihrem Vornamen angesprochen bzw. erwähnt wurden, konnte das MfS dieses Problem nicht lösen.⁵³

Informationsbedarf

Trotz vieler Informationen aus der „Linie III“ hatte das MfS dennoch bis zum Schluss einen erheblichen „Informationsbedarf zur BfgA“, der in

⁵² MfS – HA II/13 – 1192, Bl. 118.

⁵³ OPK-Akte „Sand“, MfS/XV 3814/84, ANS AOPK 16407/89.

einem undatierten Papier von etwa 1983 oder später wie folgt zusammengefasst wurde:⁵⁴

„alle Angaben zu den Mitarbeitern, zu ihrem privaten Umfeld, speziell zu bestehenden DDR-Kontakten, zu Problemen beruflicher und privater Art, zu politischen (!) Haltungen bzw. Einschätzungen auch außerhalb ihres konkreten Aufgabenbereiches, Diskrepanzen zwischen Mitarbeitern und Leitern bzw. zwischen den Mitarbeitern selbst, Konkurrenzhaltungen, Hinweise zur Arbeitsweise der BfgA, zu personellen und strukturellen Veränderungen, zu den einzelnen Aufgabenbereichen, zur Arbeitsteilung und Abgrenzung der Verantwortungsbereiche, zur Qualifizierung der Mitarbeiter und zu ihren fachlichen Fähigkeiten, Zusammenarbeit der BfgA insgesamt (!) oder einzelner Mitarbeiter mit anderen Feindorganisationen, Einrichtungen der sogenannten Ostforschung mit Dienststellen der BRD-Regierung speziell des BMB, sowie mit den Geheimdiensten. Angaben zu Aufträgen an Personen außerhalb der BfgA, Hinweise zu technischen und organisatorischen Gegebenheiten in der BfgA, interne Festlegungen über den Dienstablauf, Kriterien bei der Besetzung von Planstellen, Gestaltung des Informationsflusses und der Dienstwege in der BfgA, zu technischen Mitteln, speziell zur Geheimnisverwahrung, geltende Schlüsselordnungen, geplante Umbauten, Verfehlungen von Mitarbeitern, Disziplinarmaßnahmen, Mitarbeiter, die sich in besonderer Weise für die Belange der Mitarbeiter einsetzen, Angaben zur ‚Beratungsstelle der Bundesregierung für den innerdeutschen Reiseverkehr (!) im Gesamtdeutschen Institut‘ (BIR), Hinweise zur Beratungspraxis, alle Angaben zu denjenigen Personen, die sich beraten lassen, vor allem zu solchen, die aufgrund ihres ‚Lebensschicksals‘ oder bestimmter Lebensumstände in der DDR gefährdet sein könnten, Personelle Besetzung der BIR, Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, speziell mit den Geheimdiensten und der zentralen Melde-, Beratungs- und Betreuungsstelle für Fragen und Vorkommnisse im West-Ost-Verkehr bei der Westberliner Senatsverwaltung für Inneres (ZMBB).“

Was die angesprochene Beratungsstelle für den innerdeutschen Reiseverkehr im Referat I 4 der BfgA in Bonn angeht, wählten sich die zuständigen Mitarbeiter der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam

⁵⁴ BStU Zentralarchiv, MfS – HA III Nr. 7822.

1986 am Ziel ihrer Wünsche. Die MfS-Mitarbeiter Wolf-Dietrich Jäger und Last hatten seit April 1983 in einem eigenen OPK-Vorgang „Tourist“ mit dem Aktenzeichen XV/587/83 einen Sachbearbeiter dieser Beratungsstelle „operativ“ bearbeitet, der wie viele seiner Kollegen ab und an privat in die DDR reiste, um dort Verwandte und Bekannte zu besuchen. Nun, 1986, hielten sie in einem „Statistikbogen“ (aus der „Rosenholzdatei“) das Ergebnis ihrer Bemühungen fest: Werbung 1986 im Op. (erations) Gebiet (auf) materieller Basis durch DDR -IM. Persönliche Angaben zum IM: Geburtsjahr 1950, männlich, Nationalität deutsch, verheiratet, Fremdsprache Englisch, Angestellter im Gesamtdeutschen Institut, Wohnungseigentümer und Besitzer eines PKW; die Zuverlässigkeit war „nicht überprüft“, für das Verbindungswesen galt die „ Situation I“, d.h. die Verbindung sollte im Falle erhöhter Spannungen oder gar im Kriegsfall nicht mehr aufrechterhalten werden.

Der Autor dieser Zeilen hat im Juni 2010 den damaligen Sachbearbeiter in der Beratungsstelle informiert und um eine Stellungnahme gebeten. Sie ging am 5. Juli ein und lautet: „Seit vielen Jahren ist mir bekannt, dass die Hauptabteilung Aufklärung des MfS eine OPK-Akte (Operative Personenkontrolle) unter einem bestimmten Decknamen für mich angelegt hatte. Zu irgendwelchen Kontaktaufnahmen ist es jedoch nie gekommen.“

Es ist durchaus möglich, dass die angebliche Werbung, aus welchen Gründen auch immer, nicht zu weiteren Kontakten geführt hat; denn das „Posteingangsbuch“ SIRA der HV A weist, im Gegensatz zum Beispiel zum IM „Konrad“, nicht eine einzige Lieferung aus, die dem Decknamen „Tourist“ zugeschrieben wird. So kann man hoffen, dass jedenfalls in dem besonders sensiblen Bereich der Beratungsstelle für den innerdeutschen Reiseverkehr doch kein erheblicher Schaden für die Ratsuchenden entstanden ist.

Zuwendungsempfänger

Wie aus dem erwähnten „Informationsbedarf“ hervorgeht, hatte das MfS auch stets Interesse an der Zusammenarbeit der BfgA mit „anderen Feindorganisationen“, zum Beispiel allen Organisationen, die sich die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von Kontakten zwischen den Deut-

schen in Ost und West zum Ziel gesetzt hatten oder auch nur gemeinsame Interessen über die Zonengrenze hinweg pflegen wollten. Zu Letzteren gehörte die Anfang der 80er Jahre gegründete Fritz-Reuter-Gesellschaft e.V. in Lübeck, die sich satzungsgemäß der Pflege und Förderung des Gedankenguts des niederdeutschen Schriftstellers Fritz Reuter widmete. Da das Niederdeutsche auch im Norden der DDR gepflegt wurde, wofür der Kulturbund zuständig war, bemühten sich die Verantwortlichen der Fritz-Reuter-Gesellschaft um entsprechende Kontakte zu einzelnen Persönlichkeiten wie etwa Schriftstellern oder Museen und Verlagen. Das MfS witterte darin reflexartig Versuche eines „verstärkten Mißbrauchs des Niederdeutschen im Zusammenhang mit Teilbereichen des abgeschlossenen Kulturabkommens DDR-BRD sowie der Städtepartnerschaften“⁵⁵. Ziel sei es, „gesamtdeutsche Zielstellungen durchzusetzen“⁵⁶. Dies war gefährlich, obwohl – oder vielleicht gerade weil – die Fritz-Reuter-Gesellschaft nach den Feststellungen des MfS in ihren Mitteilungen“ versuchte, „den gesamten Bereich der Erbpflege, so wie er sich in der DDR vollzieht, zu entpolitisieren“⁵⁷. Eine direkte Bestätigung der von der Fritz-Reuter-Gesellschaft ausgehenden Gefahren war für die federführenden MfS-Abteilungen XX/7 in Rostock und XV in Neubrandenburg unter diesen Umständen die durch inoffizielle Quellen bekannt gewordene Tatsache, der stellvertretende Vorsitzende Hans-Joachim Griephan, der 1988 zum Vorsitzenden gewählt wurde, unterhalte „langjährige und freundschaftliche Kontakte“ zum Leiter der BfgA, Detlef Kühn. Griephan habe 1987 das Wirken der BfgA „auf niederdeutschem Gebiet im ‚gesamtdeutschen Sinne‘“ angeregt.⁵⁸ Als dann noch durchsickerte, dass die BfgA den Versand von Einzelexemplaren des Buches „Vom Reichtum des Erzählens“ durch den Verein in die DDR finanzierte, war die Einordnung der Fritz-Reuter-Gesellschaft in die Politisch-Ideologische Diversion für die MfS-Offiziere über jeden Zweifel erhaben. Die Fritz-Reuter-Gesellschaft und ihr Vorsitzender wurden bis zum Ende der DDR intensiv in einem eigenen Operativvorgang „Zentrum“ bearbeitet.

⁵⁵ MfS Rostock I 767/88, Bd. 1, Bl. 4.

⁵⁶ Ebd., Bd. 2, Bl. 225.

⁵⁷ Ebd., Bd. 1, Bl. 6.

⁵⁸ Ebd. (wie Anm. 57).

Die Durchsicht der BStU-Akten anderer Zuwendungsempfänger, die mit der BfgA in Verbindung standen, dürfte weitere Belege für diese Arbeitsweise des MfS erbringen.

Reisen in die DDR

Die Leitung der BfgA sah es gern, wenn die Mitarbeiter in den Ostsektor Berlins oder in die DDR reisten, sei es um dort Freunde oder Verwandte zu besuchen, sei es auch nur aus touristischem Interesse. Natürlich konnten solche Reisen nie dienstlich angeordnet werden. Sie galten in der Regel auch nicht als Dienstreisen (mit den entsprechenden finanziellen Folgen). Eine Ausnahme waren allenfalls Besuche in der Ständigen Vertretung (StäV) der Bundesrepublik in Ost-Berlin, da hier die BfgA ein generelles Interesse an einer Zusammenarbeit mit dieser nachgeordneten Behörde des Bundeskanzleramts hatte. Auf jeden Fall war erwünscht, dass die Mitarbeiter auf diese Weise eine eigene Anschauung von den Verhältnissen in der DDR und Einblicke in den Alltag der dort lebenden Deutschen gewinnen, statt nur auf die Medien angewiesen zu sein.

Das war jedoch manchmal leichter gesagt als getan. Einigen ehemaligen Mitarbeitern des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen, die jetzt zur BfgA gehörten, wurde von den Sicherheitsbeauftragten auch noch in den 70er und 80er Jahren dringend geraten, von Reisen in die DDR und sogar von der Benutzung der Transitstrecken zwischen West-Berlin und Westdeutschland im Interesse ihrer Sicherheit abzusehen. Dies betraf vor allem den früheren Leiter des UfJ, Walter Rosenthal, später Abteilungsleiter IV der BfgA, und seinen langjährigen Mitarbeiter Horst Hildebrand. Ihnen wurden auch bei privaten Flügen die Flugkosten ersetzt. – In anderen Fällen unterlagen Mitarbeiter der BfgA Einreiseverweigerungen seitens der DDR, die vom MfS veranlasst wurden. Dies betraf zum Beispiel den Referenten in der Berlin-Abteilung Edwin Bothor, dessen Sperre erst nach seinem Tode gelöscht wurde,⁵⁹ aber auch den wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Abteilung II in Bonn Thomas Ammer, der vom MfS als besonders gefährlich eingestuft wurde. Gegen Ammer wurde am 4.1.1973, noch vor Aufnahme seiner Tätigkeit in der BfgA,

⁵⁹ MfS AOP 8915/91, Bl. 261.

eine unbefristete Einreisesperre verfügt, die intern damit begründet wurde, er sei bis ca. 1958 Leiter einer staatsfeindlichen Gruppe von Studenten in Jena gewesen, die Verbindungen zu verschiedenen Feindzentralen unterhalten habe. In der BRD sei er ein enger Mitarbeiter von Professor Lades (in Erlangen) gewesen. Er habe dann ein „Hetzbuch“ über die Universität Rostock veröffentlicht und 1968 zu den aktiven Befürwortern der Konterrevolution in der CSSR gehört. Jetzt, 1973, sei Ammer Vorsitzender des westdeutschen Arbeitskreises Collegia Politica an den deutschen Hochschulen e.V.⁶⁰

Auch der Präsident der BfgA selbst reiste – meist in Begleitung seiner Familie – regelmäßig privat in die DDR. Ansonsten besuchte er dienstlich nur die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, da die DDR-Behörden jede Zusammenarbeit mit der BfgA schon wegen ihres Namens ablehnten. Waren Begegnungen gelegentlich doch nicht zu vermeiden, dann hieß es oft: „Herr Kühn, stehen Sie immer noch der Behörde mit dem unaussprechlichen Namen vor?“

Den DDR-Behörden war grundsätzlich bekannt, wer der Arbeitgeber von Personen war, die ein Visum für Einreisen in die DDR beantragten, da danach ausdrücklich gefragt wurde. Dies galt erst recht für Mitarbeiter der BfgA, die, wie bereits damals vermutet wurde und wie es sich später als richtig erwies, dem MfS zu einem großen Teil namentlich bekannt waren. Man musste also davon ausgehen, dass die Mitarbeiter entsprechend beachtet und gegebenenfalls auch beobachtet wurden. Sie erhielten Hinweise, wie sie sich „drüben“ verhalten sollten, und wurden insbesondere ermahnt, auf keinen Fall gegen die Gesetze der DDR zu verstoßen.

Es ist nicht bekannt, in welchem Umfang Mitarbeiter der BfgA bei Reisen nach Ost-Berlin oder in die DDR tatsächlich observiert wurden. Die Regel scheint es jedenfalls nicht gewesen zu sein.

Allerdings wurde Präsident Kühn als sogenannter „Prominenter“ oder Teilnehmer am „Polittourismus“ spätestens seit März 1983 bis zu seiner

⁶⁰ MfS – HA II/13, 1192, Bl. 116 f.; s. auch Patrik von zur Mühlen, Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953-1958, Bonn 1995.

letzten Reise vor dem Fall der Mauer im Juli 1989 regelmäßig und mit erheblichem Aufwand „beschattet“ (s. Exkurs I). Daran änderte sich auch nichts, als Kühn die Observation bemerkt hatte und diese Tatsache wiederum dem MfS durch seine Quellen bekannt geworden war. Über jeden Tag und jede Stunde, ja Minute wurde eingehend Bericht erstattet. Es galt „Treffs, Kontakte, Materialübergaben, Auftreten, Verhalten, Probleme der Sicherheit der Person, öffentlichkeitswirksame Erscheinungen“ bei Kühn und seiner Familie festzustellen. Dabei sollten insbesondere alle Kontakte identifiziert und auch fotografiert werden,⁶¹ was auch geschah. Vor allem galt es, den „Charakter“ der Verbindung Kühns zu einem verwandten Arzt-Ehepaar in Dresden aufzuklären, was aber bis zum Ende der DDR nicht zur vollen Zufriedenheit des MfS gelang. Offensichtlich fiel es ihm schwer zu glauben, hier liege nur eine rein verwandtschaftliche Beziehung vor. In den zusammenfassenden Ergebnissen der Beobachtungen wurde stets hervorgehoben, Kühn sei nicht „öffentlichkeitswirksam“ aufgetreten. Schließlich kam das MfS in einer nur bruchstückhaft vorliegenden Einschätzung der Person Kühn hinsichtlich der „Zielstellungen und Motive seiner Reisen in die DDR“ doch zu folgendem Ergebnis: „Es kann als gesichertes Erkenntnis gelten, daß das primäre Motiv seiner Einreisen die Fortsetzung seiner verwandtschaftlichen Beziehungen in die DDR ist. Mit den Verwandtenbesuchen verbindet er jedoch auch Zielstellungen, die sich aus seiner beruflichen Tätigkeit als Präsident der BfGA und aus seiner Haltung gegen das politische System der DDR ergeben. Er vertritt die Auffassung, daß alles getan werden müsse, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller ‚Deutschen‘ ständig zu entwickeln, gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR mit allen Mitteln vorzugehen und deshalb die politisch-ideologische Diversion wirksamer zu gestalten. Seine DDR-Aufenthalte bezeichnet er intern als ‚Studium an Ort und Stelle‘, ohne das er seine Tätigkeit nicht mit Effizienz weiter ausführen könnte. Dazu kämen ihm seine verwandtschaftlichen Beziehungen sehr gelegen.“⁶² Wenn dies auch die Diktion des MfS ist, dürften die Motive der Reisen Kühns doch im Wesentlichen richtig erkannt worden sein.

⁶¹ BStU B 110/86, Bl. 2 f.

⁶² AIM Halle 2904/87, Bd. 2, Bl. 619.

Zersetzung

Maßnahmen der Desinformation oder „Zersetzung“ verschmähte das MfS auch in der Bearbeitung der BfgA nicht. Knabe hat bereits auf die vom MfS gefälschte Hausmitteilung des Axel-Springer-Verlages aufmerksam gemacht, in der behauptet wurde, dem Leiter des Referates IV 4 der BfgA, Günther Buch, sei eine gute Stelle bei der „Welt“ in Aussicht gestellt worden, falls er aufgrund seines kooperativen Verhaltens gegenüber dem Verlag gezwungen sei, den Dienst in der BfgA zu quittieren.⁶³ Buchs Vorgesetzte hat diese angebliche Hausmitteilung damals keine Sekunde lang irritiert. Es war einfach ausgeschlossen, dem Axel-Springer-Verlag zu unterstellen, er sei so einfältig, derartige Absichten per Hausmitteilung bekannt zu machen. Abgesehen davon waren die Mitarbeiter nicht nur des Referates IV 4 sowieso gehalten, sich allen Journalisten, nicht nur denen des Springer-Verlages, gegenüber möglichst kooperativ zu verhalten.

Gefährlich wurden Zersetzungsmaßnahmen für die BfgA allenfalls dann, wenn es dem MfS gelungen wäre, eine glaubwürdige kompromittierende Mischung aus Dichtung und Wahrheit in die westdeutsche Presse zu lancieren. Dies ist sicherlich versucht worden. Ein Beispiel: Anfang 1978 wurde die DDR und mit ihr vor allem das MfS von der Veröffentlichung eines Manifests eines angeblichen Bundes der Kommunisten in der DDR im „Spiegel“ überrascht. Es hatte vor allem deshalb eine erhebliche Wirkung, weil es sozusagen von „links“ her argumentierte, aber dennoch eine nationale und auf Wiedervereinigung gerichtete Perspektive erkennen ließ. Die zuständigen DDR-Stellen reagierten jedenfalls sehr schnell und behaupteten schon am 31.12.1977 im „Neuen Deutschland“, das Ganze sei ein Machwerk des Bundesnachrichtendienstes in Pullach. Der DDR-Presse Dienst ADN zog dann nach mit der Behauptung, der BND wolle den Aufbau des Sozialismus in der DDR sabotieren, indem er Papiere verbreite, mit denen die angebliche Existenz oppositioneller Kräfte in der SED und der DDR nachgewiesen werden sollte. In seine gegen die DDR gerichteten Aktivitäten habe der BND auch das „Gesamtdeutsche Institut“ eingeschaltet, wusste ADN zu berichten.

⁶³ Knabe (wie Anm. 23), S. 400.

So weit, so falsch. Schön wurde die ganze Angelegenheit für die Desinformanten im MfS erst, als die westdeutsche Illustrierte „Stern“ in ihrer Nr. 4 vom 19.1.1978, offenbar inspiriert von der ADN-Meldung, eine Personalie über den BND-Präsidenten Gerhard Wessel veröffentlichte, in der es hieß: „Im Zusammenhang mit den umstrittenen ‚Spiegel‘-Enthüllungen über eine angebliche Widerstandsgruppe in der SED hatte die Ostberliner Regierung darauf hingewiesen, daß Westberliner BND-Außenstellen an der ‚Spiegel‘-Kampagne mitgewirkt hätten. Daraufhin gingen Wessels Agenten in den Frontstadt-Filialen Berlin-Tegel, Gabrielenstraße 51, beim Gesamtdeutschen Institut in der Bundesallee 216 und bei der Berliner Innenbehörde vorläufig auf Tauchstation. ...“ Diese Information einer „seriösen“ West-Publikation konnte nun das „Neue Deutschland“ erneut am 24.1.1978 aufgreifen, indem es unter der Überschrift „BND auf Tauchstation“ die Personalie aus dem „Stern“, unter Nennung der Quelle, nochmals wörtlich abdruckte. Damit sollte dann innerhalb und außerhalb der DDR eine hohe Glaubwürdigkeit für die behauptete enge Beziehung zwischen BND und BfgA erzielt werden. Dennoch war der Erfolg dieser Manipulation kaum messbar.

Der Streik der Honorar-Referenten

Der Präsident der BfgA hatte allerdings auch in einem anderen, wesentlich spektakuläreren Fall den Eindruck, hier habe das MfS seine Finger im Spiel. Es handelt sich um den sogenannten Streik einiger Honorar-Referenten des Berliner Besucherdienstes im Jahre 1980, eigentlich der untaugliche Versuch freier Mitarbeiter, mit den Mitteln des Streiks eine Erhöhung ihrer Honorare zu erzwingen. Einige von ihnen standen politisch eher „links“ und sowieso schon im Verdacht, Verfechter der systemimmanenten Methode auch in der deutschland-politischen Bildungsarbeit zu sein. Offenkundig waren sie von dem zuständigen Referatsleiter Eckart Kämpfer bei ihren Aktionen zumindest nicht gebremst worden. – Entgegen der Annahme der Leitung der BfgA scheint aber das MfS damals die Aktionen, die eine erhebliche Resonanz in der Öffentlichkeit fanden, nicht aktiv gefördert zu haben. Es hat sie aber genau verfolgt und mit Akribie dokumentiert. Zwei Jahre später, am 23.6.1983, stellte der Autor einer Abschlussarbeit im postgradualen Studium an der Juristischen Hochschule mit dem Titel „Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeut-

sche Aufgaben. Die Rolle und Bedeutung der dem BMB nachgeordneten oberen Bundesbehörde bei der Konzipierung und Durchsetzung der sogenannten Deutschlandpolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR“, Oberstleutnant Gerhard Poßkel von der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam, Abt. XV, fest: „Eine recht hohe innere Stabilität der BfgA wurde allein durch die Auswahl der Leitungskader erreicht. Eine Ausnahme hierbei bildete Kämpfer, der 1971 zur BfgA kam, nachdem er als politischer Berater bei der britischen Besatzungsmacht tätig war. Kämpfer betrieb innerhalb des Referates IV/6 und insbesondere hinsichtlich der Auswahl und Einstellung freier Mitarbeiter eine scheinbar innerhalb der Parteipolitik der SPD linksorientierte Kaderpolitik. Über mehrere Jahre hinweg war er dadurch den Anfeindungen CDU-orientierter Mitarbeiter bis hin zum Präsidenten Kühn, der innerhalb der FDP sehr weit rechts steht, ausgesetzt.

In den 70er Jahren kam es in der Berlin-Abteilung zur Herausbildung eines sogenannten Kegelclubs, in dem sich CDU-Mitglieder zusammenfanden und sich um die Gewinnung politischen Bodens bemühten. Dieser ‚Kegelclub‘ verlor in dem Maße seine Funktion wie es Kühn gelang, hauptsächlich im Besucherdienst eine ‚politische Säuberung‘ herbeizuführen.

Für öffentliche Schlagzeilen sorgte Kühn 1981, als er fünf freie Mitarbeiter von jeder weiteren Beschäftigung aussperrte. Nach Angaben Kämpfers zählten gerade diese freien Mitarbeiter eindeutig zur oberen Leistungsgruppe. Sie gehörten politisch zum linken bis radikal-demokratischen Flügel, so daß die Maßnahmen Kühns als Aktivität zur Stärkung depolitisch rechts orientierter Kräfte innerhalb des Referentenstabes gewertet werden muß.

Obwohl beispielsweise erfahrene Referenten vor scharfmacherischen und entspannungsfeindlichen Positionen gewarnt hatten, die der ‚deutschlandpolitischen‘ Vorstellung der sozialliberalen Regierung zuwiderlaufen, wurden auf ausdrücklicher Weisung Kühns solche Referenten wie der durch die ‚Initiative Nico Hübner‘ bekanntgewordene Mieszkowski (gemeint war Wolfgang Mleczkowski; D.K.) u.a. freiberuflich beschäftigt.“⁶⁴

⁶⁴ JHS MF VVS 001 – 1439/83.

Tatsächlich trat im Berliner Besucherdienst der BfgA erst wieder Ruhe ein, als es Kühn Anfang 1982 gelang, den Referatsleiter Kämpfer dort ab- und auf einen anderen Posten zu versetzen. Kämpfer war kein Inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Er wurde aber von mehreren freien Mitarbeitern, die dem MfS berichteten, intensiv „abgeschöpft“. Dazu gehörten die IM „Zady“ (= Günter Schmidt), „Rosenow“ (= Walter Völkel) und „Kleinert“ (= Rainer Klebba). Der Oberstleutnant Poßkel verkennt jedoch bei seiner politischen Bewertung der Ereignisse, dass Kühn den Referatsleiter Kämpfer ohne die Zustimmung des BMB, das damals noch sozialdemokratisch geleitet wurde, nicht hätte umsetzen können.

In einem weiteren Fall ist die „Zersetzungsarbeit“ des MfS aktenkundig geworden. 1988 und 1989 interessierte sich das MfS besonders für (ehemalige) DDR-Bürger, die als Dissidenten in West-Berlin lebten, aber ihre politischen Verbindungen in die DDR weiter pflegten. Einer dieser Bürgerrechtler, der dem MfS besonders gefährlich erschien, war der aus Jena stammende Roland Jahn, der seit 1983 in West-Berlin lebte und das MfS, wie es im Januar 1989 seinem IM „Dr. Lutter“ erläuterte, „seit Jahren beschäftigt“ hatte.⁶⁵ „Von dort unternimmt er viel, um oppositionelle Personen bei uns zu aktivieren. In den letzten Jahren waren Ende 1987 und Anfang 1988, wobei ja auch die Presse überschäumte. Naturgemäß hat er zu den verschiedenen Stellen und insbesondere zu Presse, Funk und Fernsehen engste Kontakte. Mit seinen 35 Jahren ist er also keinesfalls ein unbeschriebenes Blatt. Nun kam mir zu Ohren, daß Jahn auf irgendeine Weise Verbindung zu Günther Buch erhielt. Dem Vernehmen nach müssen sich beide ziemlich gut kennen, und Günther Buch hält eine ganze Menge von ihm. Jahn soll sich bei Buch für Erkenntnisse über den Mißbrauch von Drogen, Alkohol und Medikamenten in der DDR interessiert haben. Möglicherweise verwendet sich Buch auch für eine feste Anstellung des Jahn beim SFB. Soweit die Fakten und nun meine Bitten:

- a) Sehr wünschenswert wäre es, wenn Sie ein Dossier zu Buch ausarbeiten könnten, in welchem dessen Kontakte zu Nachrichten- und anderen dunklen Diensten belegt würden (beginnend in der UfJ-Zeit, Hauptagententätigkeit, Decknamen, persönliche Äußerungen von Buch aus der jüngsten Zeit zu derartigen Problemen und schließlich Ihre diesbezüglichen persönlichen Schlußfolgerungen und Vermutungen)

⁶⁵ MfS AOP 8915/91, Bl. 242.

- b) Ist ein Gespräch mit Buch möglich? Ich kann von hier aus selbstverständlich keinen zündenden Hinweis auf das Vorgehen geben. Ziel eines solchen Gespräches sollte es sein,
- den Kontakt Buch – Jahn aus dem Munde von Buch bestätigt zu erhalten und
 - den Charakter, die Intensität, die weitere Perspektive dieses Kontaktes näher aufzuhellen.
- c) Diese Dinge werden natürlich, wie Sie verstehen werden, umgehend benötigt. Was läßt sich da machen?“

„Dr. Lutter“ alias Götz Schlicht wusste Rat. Auf einem vorgezogenen Treff am 8.2.1989 übergab er einen schriftlichen Bericht über sein Wissen in Bezug auf seinen früheren Kollegen Günther Buch, den Leiter des Referats IV 4 der BfgA. Weiterhin berichtete er ausführlich mündlich über ein Gespräch, das er mit Buch über Roland Jahn geführt hatte. „Zu diesem Zweck“, heißt es in dem Treffbericht seines Führungsoffiziers, „benutzte der IMB den Vorwand, daß ihn ein guter Bekannter unlängst gefragt habe ob denn der Buch noch im gesamtdeutschen Institut arbeite, und daß dieser Bekannte seine Frage mit dem Hinweis begründet habe, wonach sich Jahn mit seiner guten Verbindung zu Buch brüste usw. Auf diese Weise kam ein ausführliches Gespräch mit Buch zum interessierenden Gegenstand zustande“⁶⁶. Das Interesse des MfS an Roland Jahn war damit aber noch nicht erloschen. Vielmehr wurden am 10.5.1989 mit dem IMB „Dr. Lutter“ erneut „einige Probleme zur Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen gegen Roland Jahn beraten. Dazu wurde insgesamt von „Dr. Lutter“ folgender Standpunkt vertreten:

- Es ist möglich, sich gelegentlich, also für Buch zufällig, auf das mit diesem bereits geführte Gespräch zu berufen und dabei mitzuteilen, daß sich Jahn nach wie vor mit dem Kontakt zu Buch und dessen Hilfe für Jahn bei der Verbindungsaufnahme zum SFB brüstet. Es ist anzunehmen, daß sich dadurch der Argwohn bei Buch gegenüber Jahn weiter verstärkt. Es ist aber weniger wahrscheinlich, daß Buch irgend welche konkreten Schritte gegen Jahn einleitet.
- Weitere Maßnahmen (Hinweise an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen oder den SFB) sind aus der Sicht des IMB nicht wirkungsvoll, besonders dann, wenn sie anonym erfolgen. Wenn über-

⁶⁶ Ebd., Bl. 251 f.

haupt eine Wirkung eintreten sollte, wird sie darin bestehen, daß sich Buch verantworten muß und Jahn unbehelligt bleibt.“

Damit hatte Schlicht sicherlich recht. Dennoch erhielt er den Auftrag, Buch gelegentlich anzusprechen und ihm zu sagen, dass sich Jahn nach wie vor mit dem Kontakt zu ihm brüste. Ziel müsse es sein, den Argwohn von Buch gegenüber Jahn weiter zu verstärken. Schlicht hat auch diesen Auftrag ausgeführt.⁶⁷ Buch blieb ein besonderes Ziel der Spitzeltätigkeit des IM „Dr. Lutter“. Noch bei seinem letzten Treffen mit seinem Führungsoffizier am 8.11.1989 berichtete er über Buchs Äußerungen über die Zukunft der DDR: „Er – Buch – gebe der DDR noch zwei Jahre, und würde die Einheit Deutschlands noch erleben. Als ihm heftig widersprochen wurde, begründete er seine Aussage wie folgt: Das Sicherheitsdenken der UdSSR habe sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Sie – die SU – gehe jetzt davon aus, sich nicht mehr an der Elbe verteidigen zu müssen. Mit der Aufgabe des früheren Standpunktes wäre einerseits der direkte territoriale strategische Rückzug und andererseits die Aufgabe des strategischen Interesses an der DDR verbunden. Im Ergebnis der Ausdehnung des gemeinsamen Marktes und von freien Wahlen würde die DDR in den nächsten Jahren ganz automatisch verschwinden. In diesem Sinne nehme Egon Krenz nur eine Zwischenrolle ein.“⁶⁸ Dies ist das letzte überlieferte Zeugnis der über dreißig Jahre währenden „Kundschaftertätigkeit“ des „Inoffiziellen Mitarbeiters mit Feindberührung Dr. Lutter“ alias Dr. Götz Schlicht gegen UfJ und BfgA. Am Tag darauf fiel die Mauer. Elf Monate später war Deutschland wieder vereint.

Besuche im Haus des Lehrers am Alexanderplatz

Die BfgA hatte in den 70er und 80er Jahren keinerlei Bedenken, die Besuchergruppen aus Westdeutschland und dem Ausland ausdrücklich zu ermutigen, den Ostsektor Berlins zu besuchen und dabei zum Beispiel auch das Haus des Lehrers am Alexanderplatz aufzusuchen, wo Vorträge über das Bildungswesen der DDR angeboten wurden. Das war nicht so selbstverständlich, wie es heute erscheinen mag. Bayern verbot seinen

⁶⁷ Ebd., Bl. 254 ff., 265.

⁶⁸ Ebd., Bl. 273.

Schulklassen, die nach Berlin reisten, den Besuch des Ostsektors und „ersparte“ ihnen damit eine für den Erfolg der politischen Bildung ganz wesentliche Erfahrung. – Für Lehrer, Pädagogikstudenten, aber auch ältere Schüler war zum Beispiel der Besuch im Haus des Lehrers durchaus attraktiv, obwohl – oder gerade weil – sie dabei natürlich durchaus „linien-treu“ informiert wurden. Sie konnten trotzdem ihre mehr oder weniger kritischen Fragen stellen und beobachten, wie die Vortragenden darauf reagierten, zumal sie von der BfgA meist entsprechend vorbereitet waren. Dem MfS blieb auf die Dauer nicht verborgen, dass hinter vielen Gruppen, die das Haus des Lehrers anliefen, letztlich das Gesamtdeutsche Institut stand. Im Herbst 1976 beauftragte der Leiter der Hauptabteilung XX des MfS die Bezirksverwaltung Groß-Berlin, den ganzen Komplex zu untersuchen. In dem Bericht der Abteilung XX der BV für Staatssicherheit Groß-Berlin vom 22.11.1976⁶⁹ heißt es dann, „die Diskussion dieser Gruppen geht von dem echten Interesse für die Politik der DDR über die Beschaffung eines wirklichen realen Bildes zur DDR bis zu Provokationen“. Weiterhin wird festgestellt, dass die Besuchergruppen von Veranstaltungen des Paul-Löbe-Instituts, einer Einrichtung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, und des Gesamtdeutschen Instituts stets von einzelnen Privatpersonen angemeldet werden, also „eine Anmeldung der Gruppen ... demzufolge nicht unter den im Schreiben“ – gemeint ist das des anfragenden Leiters der HAXX – „genannten Einrichtungen (erfolgte)“. Weiter: „Der größte Teil der westdeutschen und Westberliner Besucher will nach den von den Mitarbeitern der Pädagogischen Auslandsinformationen gegebenen Darlegungen zu Kontaktgesprächen an Schulen und anderen Einrichtungen der Volksbildung vermittelt werden. Solche Vermittlungen werden nicht durchgeführt, da es diesbezüglich verbindliche Festlegungen von Seiten des Ministeriums für Volksbildung und der Bezirksleitung der SED der Hauptstadt gibt.“ Welchen Eindruck diese ständigen Absagen auf die Besucher aus dem Westen machten, kann man sich vorstellen. Immerhin konnten die Besuche im Haus des Lehrers bis zum Untergang der DDR stattfinden.

Zu den im Bericht erwähnten „Mitarbeitern der Pädagogischen Auslandsinformation“ im Haus des Lehrers gehörte auch der Lehrer, stellvertr. Direktor und schließlich Direktor der EOS (Erweiterten Oberschule)

⁶⁹ MfS – HA XX Nr. 138, Bl. 175 ff.

„Heinrich Hertz“ in Ost-Berlin, Prof. Ernst Brumme, der im August 1979 die Leitung dieser Informationsstelle übernahm. Er war ein „langjähriges und zuverlässiges Mitglied“ der SED (seit 1946) und diente der HV A seit 1973 bis mindestens 1987 als Inoffizieller Mitarbeiter mit dem Decknamen „Konsul“. SIRA erwähnt sechs Berichte zum Thema Gesamtdeutsches Institut aus den Jahren 1980, 1983 und 1986. Seit 1982 war Brumme auch im Besitz einer „Dauerbestätigung für kurzfristige dienstliche Ausreisen ins NSW“ (Nicht-Sozialistische Wirtschaftsgebiet), konnte also ohne besonderen Aufwand jederzeit nach West-Berlin reisen. In der dieser Genehmigung zugrunde liegenden „Einschätzung“ vom 22.10.1982 durch den Stellvertretenden Leiter der HVA IV, Oberst Reckling, wird Brumme bescheinigt, er besitze „besondere Fähigkeiten – Verbindung von Parteilichkeit und Überzeugungskraft – im Auftreten, in der Vortragsweise gegenüber Gesprächspartnern, besonders auch gegenüber Gästen aus dem NSW.“ In der inoffiziellen Zusammenarbeit zeige sich Brumme als ein Genosse, „der sehr zuverlässig gegenüber und im Interesse des MfS handelt“. (HV A XV 877/73, HA XX/AKG Nr. 4807)

Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW)

In ihrem Buch „Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte“ berichten die beiden ehem. aligen Offiziere der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS Günter Bohnsack und Herbert Brehmer, ihre Abteilung X habe enge Beziehungen zu zahlreichen Presseabteilungen von DDR-Ministerien und anderen Behörden entwickelt, sofern diese Kontakte zum Westen pflegten. Zu den wissenschaftlichen „Dächern“ dieser Art habe auch das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) gehört, über das „Materialien lanciert beziehungsweise stabile, ständig genutzte Kanäle aufgebaut“ worden seien.⁷⁰

In der BfG hat man das IPW für eine Art DDR-Gegenstück zur eigenen Behörde gehalten. Unklar war allenfalls, wie „international“ die dort geleistete Arbeit angelegt war, das heißt, ob sich das IPW wirklich vor allem auf die Bundesrepublik konzentrierte. Letzteres lag nahe, wenn man sich

⁷⁰ Günter Bohnsack/Herbert Brehmer, Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 194.

die Geschichte des IPW vergegenwärtigte, das 1971 gegründet wurde, als in ihm das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, das Deutsche Institut für Zeitgeschichte und das Deutsche Wirtschaftsinstitut zusammengelegt wurden. Bestätigt wurde dieser Eindruck durch den Inhalt der beiden Publikationsreihen, der „IPW-Berichte“ und der „IPW-Forschungshefte“, die man auch im Westen abonnieren konnte, während der Wochendienst „Aktuelle Information aus Politik und Wirtschaft“ nur intern verfügbar war. Ansonsten war alles, was das IPW betraf, mit dem Schleier der Geheimhaltung überzogen. Im Westen traf man auf Seminaren und Kongressen vor allem die Mitglieder der 10-köpfigen Arbeitsgruppe, die Prof. Dr. Herbert Bertsch in der Hauptabteilung „Ideologie“ leitete. Bertsch und seine Mitarbeiter leisteten sich dabei manche Freiheiten in der Argumentation und Diktion – ein Spielraum, der eine Anbindung an das Ministerium für Staatssicherheit wahrscheinlich machte.⁷¹

Jedenfalls – die BfgA interessierte sich für das IPW, ein Interesse, das wiederum die Aufmerksamkeit des MfS erregte. Als der Präsident der BfgA, Detlef Kühn, im März 1979 den wissenschaftlichen Mitarbeiter Thomas Ammer beauftragte, Grundmaterialien zum Thema BRD-Forschung in der DDR zu erarbeiten und dabei besonders auf das IPW hinwies, war dies dem MfS eine „Information“ wert (0/1469/03/79).⁷² Allerdings hatte die BfgA bereits recht gute Informationen über das IPW aus erster Hand, was dem MfS ebenfalls durchaus bewusst war. Im Jahre 1974 waren nämlich innerhalb weniger Wochen gleich zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, Detlef Hermann und Dr. Werner Rossade, republikflüchtig geworden, von denen vor allem Hermann Kontakt zur BfgA suchte und mit Vorträgen und Gutachten für das Gesamtdeutsche Institut tätig wurde. Im Zentralkomitee der SED (und sicherlich auch im MfS) führten die beiden Fluchtfälle zu hektischen Aktivitäten und zu einer gründlichen Untersuchung der gesamten Parteiarbeit am IPW, deren Ergebnis in einem Bericht vom Mai 1975 zusammengefasst wurde.⁷³

⁷¹ Vgl. Hartmut Zimmermann u.a., DDR-Handbuch, Bd. 1, 3. Aufl., Köln 1985, S. 654. Aus der Sicht nach 1989 siehe auch die Studie von Michael B. Klein, Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR in seiner Gründungsphase 1971 bis 1974, Berlin 1999 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 70), hier insbesondere seine Ausführungen S. 123-125 „Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit“.

⁷² MfS – HA II/13 Nr. 1192, Bl. 74 ff.

⁷³ Bundesarchiv DY 30/IV B2/2.028, Bl. 197-208.

Zu dieser Zeit war das MfS schon von seinem IM „Walter Rosenow“ (= Walter Völkel) über einige Aktivitäten Detlef Hermanns in West-Berlin unterrichtet worden.⁷⁴ Völkel berichtete über eine der von Fall zu Fall in der BfgA stattfindenden Fortbildungsveranstaltungen für hauptamtliche und freie Mitarbeiter, bei denen oft auch ehemalige DDR-Bürger sprachen und anschließend befragt werden konnten. Am 8. November 1974 trat Detlef Hermann vor etwa 30 Personen auf, zu denen auch der Leiter der Abteilung IV der BfgA, Walter Rosenthal, sowie zwei Referatsleiter gehörten.

Hermann berichtete einleitend, dass er anlässlich seines ersten Auftrags als Reisekader in das NSW („Nicht-Sozialistisches Wirtschaftsgebiet“), bei dem er am 30. August 1974 eine Pressekonferenz einer FDP-Bürgerinitiative im Rathaus Schöneberg beobachten sollte, nicht in die DDR zurückgekehrt sei. Er gab dann eine kurze Darstellung seines Lebenslaufs bis zur Aufnahme seiner Tätigkeit beim IPW im April 1972, die er durch Protektion erhalten und von vornherein mit dem Ziel angestrebt habe, als Reisekader die DDR verlassen zu können. Über die Zeit zwischen dem Ende seines Studiums 1970 und April 1972 wollte Hermann dabei nicht sprechen (aus den Unterlagen des ZK der SED geht hervor, dass er von September 1970 bis März 1972 „Mitarbeiter im Ministerium für Nationale Verteidigung“ war; Information von Albert Norden an den Ersten Sekretär Gen. Honecker vom 4.11.1974 per Hausmitteilung „Republikverrat des ehemaligen Mitarbeiters des IPW, Detlef Hermann“; Anlass dieser Information waren Berichte im RIAS und in der „Welt am Sonntag“; Honecker verfügte „Umlauf PB“).⁷⁵

IM „Rosenow“ berichtete dann weiter, Hermann habe auf Fragen erklärt, er nehme an, „daß ca. 90% der IPW-Mitarbeiter ideologisch zwar ‚gebildet‘, aber nicht überzeugt wären“. Als Beispiel habe er genannt, „daß er am Vorabend seiner Reise nach Westberlin ‚einige Freunde‘ besuchte, die er auch von seinem Vorhaben, flüchtig zu werden, informierte“. Dabei sei nicht deutlich geworden, wer diese Personen seien. Es könnte sich möglicherweise auch um IPW-Mitarbeiter gehandelt haben.

⁷⁴ MfS – HA XX Nr. 138, Bl. 146 ff.

⁷⁵ Wie Anm. 73, Bl. 178 ff.

Hermann seien dann mehrere Fragen zur Organisation, Stellung des IPW als Institution in der Beziehung zum Partei- und Staatsapparat, Aufgabenstellung, Verwertung der Arbeitsergebnisse, zu Mitarbeitern des IPW selbst und Beziehungen zur BRD-DDR-Forschung gestellt worden. Dazu habe er ausgeführt, dass für die Beziehungen zur westlichen „DDR-Forschung“ eine spezielle Gruppe, die „Bertsch-Gruppe“, verantwortlich sei. Sie arbeite praktisch selbstständig ohne wesentlichen Zusammenhang zum übrigen IPW. Diese „Bertsch-Gruppe“ sei praktisch „ein gesonderter Bestandteil der Westabteilung des ZK und/oder ... eine im Auftrage einer Spezialabteilung der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS arbeitende Gruppe“. Rosenthal habe hier nach Indizien für die besonderen Beziehungen zur HV A gefragt. Die Antwort Hermanns habe gelautet, es gebe einige – „aber nicht in diesem Kreis“. Weiter habe Hermann gesagt, häufig würden Reden der Politbüro-Mitglieder ganz oder in Teilen von IPW-Mitarbeitern ausgearbeitet. Albert Norden leite das IPW; von ihm kämen auch die Aufträge. Schließlich habe Hermann sein Erstaunen darüber geäußert, dass sein Aufsatz über den Philosophen Toynbee noch nach seiner Republikflucht im September-Heft der „IPW-Berichte“ erschienen sei. „Rosenow“ Führungsoffizier Jaeckel zog dann folgendes Resümee aus dem Bericht seines IM: „Eindeutig konnte festgestellt werden, daß Hermann alle seine Kenntnisse, auch Interna, bei den ‚Befragungen‘ in den ‚Sichtungsstellen‘ preisgab. So u.a. informierte er auf dieser Zusammenkunft über Einzelheiten zur Person der Genossen Norden, Prof. Häber (jetzt ZK-Abteilungsleiter), Prof. Max Schmidt, Dr. Grasnick.“

Das MfS verfolgte auch weiterhin das Schicksal Detlef Hermanns im Westen, wobei IM „Rosenow“ ebenfalls hilfreich war. Im Oktober 1976 berichtete er, der Deutschlandfunk habe Hermann eine freie Stelle als Redakteur angeboten, die dieser jedoch aus unbekanntem Gründen abgelehnt habe. Im Übrigen arbeite Hermann für den Besucherdienst der BfgA.⁷⁶ Um 1980 wurde Detlef Hermann im MfS durch die HA VI/OPD Berlin (Gen. Schmidt) bearbeitet.⁷⁷

Was die Beziehungen zwischen dem IPW und der BfgA angeht, so waren diese nie „stabil“ im Sinne der Ausführungen von Bohnsack und

⁷⁶ MfS – HA XX Nr. 138, Bl. 174.

⁷⁷ MfS – HA II/13 Nr. 1192, Bl. 16.

Brehmer. Gelegentlich trafen Mitarbeiter der BfgA bei Veranstaltungen Mitglieder der Arbeitsgruppe Bertsch. Der Autor erinnert sich, Herbert Bertsch, der sich in der Rolle eines Zynikers von hohen Graden gefiel, ein- oder zweimal in der Theodor-Heuß-Akademie in Gummersbach begegnet zu sein, wobei es abends beim Wein durchaus zu interessanten Gesprächen kam. Etwa 1986 traf er bei einer privaten Einladung auch Dr. Heinz Kosin. Bei diesen Gelegenheiten wurde aber immer wieder deutlich, dass es den Repräsentanten des IPW nicht gestattet war, „stabile“ Beziehungen auch zu dem „Institut mit dem unaussprechlichen Namen“ (Bertsch) aufzunehmen.

Eine MfS-Handreichung zum Umgang mit der BfgA

Im April 1984 sah sich der Leiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS, Generalmajor Werner Irmeler, veranlasst, allen Dienststellen, d.h. den jeweiligen Leitern der Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) in den Bezirksverwaltungen bzw. Hauptabteilungen oder selbstständigen Abteilungen des MfS, eine „streng geheime“ Handreichung zur besseren Einschätzung der BfgA zukommen zu lassen: „Hinweise über die Stellung und Funktion des ‚Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben‘ (BfgA) im System der von der BRD ausgehenden subversiven Aktivitäten gegen die DDR“⁷⁸ In dem Anschreiben Irmelers vom 26.4.1984 heißt es: „Auf Grund der Rolle und Funktion der BfgA bei der Schaffung von Grundlagen vor allem für die Organisation der politisch-ideologischen Diversion, der Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit und politischen Untergrundtätigkeit erscheint die sorgfältige Auswertung des vorliegenden Materials auch unter dem Gesichtspunkt bedeutsam, die Orientierung der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung vorgenannter subversiver Aktivitäten zu unterstützen.“

Die Ausarbeitung umfasst 36 Seiten, wozu noch drei Anlagen kommen. Einer kurzen Schilderung der rechtlichen Stellung der BfgA im System der Bundesregierung folgt eine Aufstellung der „Feindorganisationen“, die in der BfgA aufgegangen sind. Der Gründungserlass der BfgA von 1969 wird referiert und ihre Struktur dargestellt. Die beiden Präsidenten,

⁷⁸ BStU Zentralarchiv MfS – HA IX Nr. 3412.

die im Laufe der Zeit drei Vizepräsidenten, die Abteilungsleiter und Referatsleiter werden mit Geburtsdaten (!) und – soweit bekannt – früheren Funktionen und Parteizugehörigkeit vorgestellt. Danach werden für alle vier Abteilungen und die einzelnen Referate eingehend die jeweiligen Aufgaben dargestellt und aus der Sicht des MfS bewertet. Der Ton der Darstellung ist gemäßigt; man bemüht sich um Sachlichkeit, macht aber aus der generellen Ablehnung natürlich kein Hehl. Ausgesprochene Fehler sind selten und dann umso erstaunlicher, etwa wenn behauptet wird, der Besucherdienst der Abteilung in Berlin, das Referat IV 6, habe 1984 seinen Sitz in der „Deutschland-Information Berlin“ in der Stresemannstraße, während er in Wahrheit schon seit Langem am Fehrbelliner Platz ansässig war.⁷⁹ Manches Detail der Arbeit der BfgA wird stark übertrieben. Zum Beispiel heißt es an einer Stelle, Vertreter der BfgA hätten „Sitz und Stimme in den Koordinierungsberatungen der Sender, in denen über wirkungsvollste Maßnahmen und Methoden bei der Umsetzung der subversiven Absichten gegen die DDR beraten wird“⁸⁰. Beide Fehler hat die ZAIG wörtlich aus der Diplomarbeit „Funktion, Arbeitsweise und Aktivitäten des Gesamtdutschen Instituts im Rahmen der Politik des BRD-Imperialismus gegenüber der DDR, insbesondere im subversiven Kampf“ von Oberleutnant Hartmut Schmidt vom September 1980 an der Juristischen Hochschule übernommen.⁸¹ Im Großen und Ganzen werden die Aktivitäten der BfgA jedoch zutreffend geschildert, was ja bei einer Behörde, die eben, im Gegensatz zu der Annahme des MfS, gerade nicht mit geheimdienstlichen Methoden arbeitete, auch nicht allzu schwer war.

Versuch einer Schadensbilanz

Jeder Versuch einer Bilanz der Schäden, die das MfS im Laufe seines jahrzehntelangen Kampfes gegen die BfgA angerichtet hat, muss unter einem mehrfachen Vorbehalt stehen. Der wichtigste Vorbehalt ist der, dass wir, von Ausnahmen abgesehen, die Akten der Hauptverwaltung Aufklärung nicht kennen, der ohne Zweifel die Hauptaufgabe in diesem Kampf zukam. Wir kennen daher auch nicht die Maßnahmepläne, die

⁷⁹ Ebd., Bl. 28 (S. 25).

⁸⁰ Ebd., Bl. 31 (S. 28).

⁸¹ JHS VVS 001-348/80, S. 103, 106.

erarbeitet wurden und zur Anwendung kamen oder was IM der HVA mündlich berichtet haben und was keine Erwähnung im SIRA fand. Somit können wir auch nicht beurteilen, welcher Schaden dadurch wem im Einzelnen zugefügt wurde.

Trotz dieses generellen Vorbehalts ist bereits darauf hingewiesen worden, dass in einigen Bereichen der durch das MfS angerichtete Schaden als nicht allzu gravierend angesehen werden kann. Dies gilt für den Verrat der freien Mitarbeiter, die sich manchmal mit Erfolg bemüht haben, den eigentlich unstillbaren Wissensdurst ihrer Führungsoffiziere wenigstens annähernd zu stillen. Echte Geheimnisse konnten sie selten oder nie berichten. Zusätzlich ist noch zu berücksichtigen, dass sie sich – um nicht aufzufallen – oft auch noch tarnen mussten und gelegentlich ein Übersoll an Anpassung erfüllt haben. Diese Verratsfälle sind in der Rückschau zwar bedauerlich, haben aber die Ziele der BfgA nie ernsthaft gefährden können.

Die eigentliche Achilles-Ferse der BfgA war ihre Auskunft- und Beratungstätigkeit. Hier, etwa in der Beratungsstelle für den innerdeutschen Reiseverkehr (BIR), die identisch war mit dem Referat I 4 in Bonn, oder in der Rechtsberatung des Referates IV 2, hatte die BfgA es mit Ratsuchenden zu tun, die manchmal, etwa als Rentner, direkt aus der DDR kamen oder, wenn sie Westdeutsche oder West-Berliner waren, oft im Auftrag von Freunden oder Verwandten in der DDR handelten und dabei Fakten mitteilten, die durchaus geeignet waren, diese zu gefährden. In diesen Fällen konnte durch Verrat ein erheblicher Schaden angerichtet werden, der weniger die BfgA als Behörde, aber um so mehr die private Existenz der vertrauensvoll Ratsuchenden betroffen hätte.

Berücksichtigt man, dass in der oben erwähnten Wunschliste des MfS Informationen über die Beratungsstelle für den innerdeutschen Reiseverkehr ziemlich oben an standen und dass es ihm, soweit wir wissen, nicht gelungen ist, einen hauptamtlichen Mitarbeiter nach 1972 (dem Zeitpunkt des Ausscheidens von Armin Hindrich) in den Bonner Abteilungen der BfgA zu gewinnen, so können wir wohl annehmen, dass dieser Bereich weitgehend „dicht“ war.

Der Fall Dr. Götz Schlicht

Wie ist demgegenüber der Verrat von Dr. Götz Schlicht in Berlin zu bewerten?

Über sein unheilvolles Wirken im Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen hat Siegfried Mampel eingehend anhand der Akten des MfS berichtet.⁸² Aus weiteren Akten geht hervor, dass Schlicht seine Tätigkeit für das MfS nahtlos auch nach seiner Übernahme in die Dienste der BfgA 1969 fortgesetzt hat. Dass der von ihm zu verantwortende Schaden hier quantitativ und qualitativ wohl nicht mehr ganz so groß war wie in den ersten Jahren seiner Tätigkeit für das MfS, liegt daran, dass er im März 1973 aus Altersgründen aus dem Kreis der hauptamtlichen Mitarbeiter der BfgA ausschied. Weil er danach aber als Rentner noch die Fachzeitschrift „Recht in Ost und West“ redaktionell betreute, hatte er auch weiterhin, bis zu seiner Enttarnung nach der Wende, die Möglichkeit, sich regelmäßig in der Abteilung IV der BfgA aufzuhalten. Das MfS war daher auch in all diesen Jahren an seinen Beobachtungen, Lagebeurteilungen und Hinweisen, die die BfgA und vor allem ihre Abteilung IV betrafen, interessiert. Es honorierte seinen Landesverrat weiterhin mit monatlich DM 800,- (West), die ihm bei den regelmäßigen Treffen ausgehändigt wurden, obwohl – wie Oberleutnant Güttler von der Hauptabteilung XX/5/IV es in einer „Einschätzung“ der Quelle „Dr. Lutter“ schon im Dezember 1979 formulierte – aufgrund des Alters der Quelle und des veränderten Arbeitsgebietes „der operative Wert der Informationen in den letzten Jahren etwas nachgelassen“ hatte. Dennoch: „Überwiegend berichtet er über Personalfragen aus diesem genannten Bereich. Desweiteren berichtet erauftragsgemäß über eine 1978 in Westberlin gegründete ‚Gesellschaft für Deutschlandforschung‘, auf entsprechende Bitte von uns er dessen Mitglied wurde (sic!) . Er berichtete über einen DDR Bürger, der gegenwärtig promoviert, und danach die DDR illegal verlassen will. Überprüfungsmaßnahmen bestätigten die Richtigkeit dieser Information. Die entsprechende Dienststelle nahm daraufhin die operative Bearbeitung dieser

⁸² Siegfried Mampel, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen in West-Berlin, 4. Aufl., Berlin 1999 (= Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 1), S. 89 ff.

Person auf (bei der es sich um einen Verwandten einer Angestellten der BfgA handelte, die Schlicht ausgehört hatte; D.K.). Neben den obengenannten Problemkreis (!) über die die Quelle berichtet, erhielt sie den Auftrag über Einrichtungen und Personen Informationen zu beschaffen, die DDR Exillanten unterstützen. Hierzu wurden noch keine nennenswerten operativen Fortschritte erzielt. ...Unter Berücksichtigung seines Alters und das mit der Quelle seit dem Obengenannten Termin (1961; D.K.) kein persönlicher Treff mit einem Mitarbeiter des MfS stattfand (Schlicht traf nur noch einen IM-Instrukteur, der ihm schriftliche Aufträge, Instruktionen und Anfragen der Führungsoffiziere überbrachte; D.K.) wird teilweise sichtbar, daß er nicht immer richtig einschätzt, was für das MfS von operativen Interesse ist. Aus demgleichen Grund können auch seine persönlichen Probleme nicht tiefgründig eingeschätzt werden.⁸³ An dieser Lage und ihrer Beurteilung von 1979 hatte sich auch 1982 und 1984 nichts geändert.⁸⁴ Im Jahre 1985 lernte er allerdings bei einem Treffen im Ostsektor seinen neuen Führungsoffizier im MfS, den Major, später Oberstleutnant Fleischhauer, persönlich kennen, mit dem er sich fortan regelmäßig im konspirativen Objekt „Spre“ traf. Der letzte Treff – mit Übergabe der DM 800,- für November – fand noch am 8. November 1989 statt.⁸⁵

Aus den Treffberichten des IM „Dr. Lutter“ für die Zeit vom November 1971 bis Januar 1973 geht hervor, dass Dr. Götz Schlicht, der damals im Referat IV 2 für Fragen des Zivilrechts zuständig war, bei dreizehn Treffen seinem Instrukteur die Namen und Anschriften von insgesamt 122 Ratsuchenden übermittelte, die er offenbar selbst beraten hatte. In jedem Einzelfall teilte er in kurzen Stichworten den Gegenstand der Rechtsberatung mit. Fünfzehn der Ratsuchenden kamen unmittelbar, fast immer als reiseberechtigte Rentner, aus der DDR und kehrten natürlich auch dorthin wieder zurück! In einem Falle, der im Treffbericht vom 2.5.1972 mitgeteilt wurde, handelte es sich um einen Bürger aus Eichenhüttenstadt, einen ehem. Volksrichter in Potsdam, benötigt Unterlagen für seine Westrente im Falle seines legalen Umzugs“. An dieser Stelle ist handschriftlich vermerkt „(BV inf.)“, das heißt also, die aktenführende Hauptabteilung XX in Berlin hat die örtlichzuständige MfS-Bezirksver-

⁸³ MfS /2392/60 „Agentenzentrale“ (8915/91), „Dr. Lutter“, 2. Band, Bl. 99 f.

⁸⁴ Ebd. (wie Anm. 83), Bl. 112 f., 128-132.

⁸⁵ Ebd. (wie Anm. 83), Bl. 149, 230.

waltung informiert.⁸⁶ Leider hat der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik in allen Fällen die Namen und Adressen der Ratsuchenden geschwärzt, so dass zurzeit nicht ermittelt werden kann, ob und ggf. welche Nachteile sie durch den Verrat Schlichts hatten. Man kann nur hoffen, dass das MfS, dessen Offiziere in einigen Fällen die Treffberichte mit dem Hinweis „streng vertraulich – nicht auswertbar!“ versehen haben, im Interesse des Schutzes ihrer Quelle von einer direkten Verfolgung der Ratsuchenden aus der DDR, die sich ja nach dortiger Rechtsauffassung strafbar gemacht hatten, absah. Nachteilig dürfte der Verrat ihres „Partners“ in der BfGA, den sie ja als Vertrauensperson angesehen hatten, für sie in jedem Falle gewesen sein.⁸⁷

Zusammenfassend muss man sagen, dass der Verrat des Dr. Götz Schlicht in der Geschichte des Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen ohne Zweifel den schwerwiegendsten Falldarstellt.

Versuch einer politischen Bewertung

Eine auch nur vorläufige Bewertung des über zwanzig Jahre andauernden Kampfes des MfS gegen das Gesamtdeutsche Institut wird getragen von der Erkenntnis, dass die gesamte Tätigkeit des MfS – trotz aller Anstrengungen und vieler einzelner geheimdienstlicher Erfolge – nicht das unrühmliche Ende der DDR verhindern konnte. Das System insgesamt, einschließlich seiner geheimdienstlichen Komponente, erwies sich als nicht überlebensfähig. Als die Sowjetunion, der die DDR allein ihre Existenz zu verdanken hatte, ihre schützende Hand abziehen musste, traf die Bevölkerung in der DDR ihre eigene Entscheidung auf der Grundlage ihrer nationalen Interessen und suchte ihre Zukunft zusammen mit den Westdeutschen in einem wiedervereinigten Deutschland. Das war genau das, was SED und MfS in den zurückliegenden Jahren verhindern wollen. Für beide war die Existenz des Gesamtdeutschen Instituts und der Einsatz seiner Mitarbeiter schon deswegen eine ständige Herausforderung, weil

⁸⁶ MfS – HA XX Nr. 138, Bl. 80-97.

⁸⁷ Wie Anm. 86 sowie Anm. 83, 2. Band, Bl. 8-11, 24-27, 49-52, 98-101, 112-114, 126-133, 147, 149, 230.

sie permanent daran erinnert wurden, dass die „nationale Frage“ – entgegen ihren Behauptungen – eben nicht erledigt war.

Vor diesem Hintergrund hatte das MfS von seinem Standpunkt aus alle Ursache, die BfgA als „Feindorganisation“ zu betrachten. Die BfgA war nicht gefährlich, weil sie – wie das MfS fälschlich annahm – mit nachrichtendienstlichen Methoden gearbeitet hätte. Die Art der Sammlung von Informationen durch die BfgA war die in einer freien Gesellschaft absolut übliche. Für die DDR war sie nur deshalb gefährlich, weil diese mit Recht annahm, dass sie sich mit ihrem Herrschaftssystem dieses Mindestmaß an Freiheit nicht leisten konnte. Schließlich war alles, was die BfgA tat, in den Augen des MfS falsch, einfach weil die Ziele nicht miteinander vereinbar waren. Die DDR wollte mit ihrem System von den westlichen Gesellschaften vor allem in Ruhe gelassen werden. Es genügte, wenn der „Westen“ ihr bei der Beschaffung der dringend benötigten Devisen behilflich war. Eigene Wünsche sollte er möglichst nicht äußern und auf keinen Fall die Bevölkerung der DDR zu Vergleichen der eigenen Lebensverhältnisse mit denen im Westen animieren. Im Übrigen wurde vom „Westen“ generell erwartet, dass er den Status quo schon um des lieben Friedens willen akzeptiert und wenigstens so lange nicht infrage stellt, bis, wie sich Erich Honecker ausdrückte, „der Sozialismus an die Tore der BRD klopft“. Diese von „Friedenspropaganda“ getragene Politik der DDR fand in der alten Bundesrepublik ab Mitte der 70er Jahre zunehmend Resonanz. Vor allem die „politische Klasse“ war geneigt, sich mit dem Zustand der Teilung schon deshalb abzufinden, weil er Realität war. Diese Kräfte galten in der DDR als „realistisch“; mit ihnen wollte man Politik machen. Die BfgA mit ihrem am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes orientierten Auftrag gehörte damit automatisch zu den unrealistischen, das heißt den Frieden gefährdenden Kräften, die es zu bekämpfen galt.

Letztlich sind dem MfS dabei durchschlagende Erfolge versagt geblieben. Es gelang ihm nicht, im Umfeld der BfgA Mitarbeiter in ausreichender Zahl zu gewinnen, die sich die politischen Ziele der SED zu eigen machten und sie entsprechend in ihrer täglichen Arbeit umsetzen konnten. Stattdessen erhielt es durch seine inoffiziellen Mitarbeiter und andere Quellen eine Fülle von Einzelinformationen über die Arbeit der BfgA, mit denen es aber kaum etwas anfangen konnte. Getreu der Devise des „Ge-

nossen Minister“ Mielke wollte man zwar „alles“ wissen, konnte aber dann diese Flut meist weniger wichtiger Nachrichten praktisch nicht mehr bewältigen. Da man von den Verhältnissen im eigenen Land auf die Verhältnisse beim „Klassenfeind“ schloss, konnte man die gewonnenen Informationen oft auch nicht richtig einordnen. Die Treffberichte der IM „Rosenow“ und „Dr. Lutter“ enthalten zahlreiche Anfragen der Führungsoffiziere, wie bestimmte Fakten zu bewerten seien.

Schließlich war das MfS im Falle der BfgA weit davon entfernt, „alles“ – nämlich alles Wichtige – zu wissen. Wie dargelegt wurde, war es sich seiner Defizite in Bezug auf den Bonner Bereich durchaus bewusst. Aus der Leitungsebene erfuhr es nur selten etwas Substantielles. Die zum Teil erheblichen Spannungen zwischen dem BMB und seiner nachgeordneten Behörde, die ganz unterschiedliche Ursachen hatten, blieben ihm – von Ausnahmen abgesehen – verborgen. Die Einflussnahme der BfgA auf den vor allem in den 80er Jahren sowohl quantitativ als auch qualitativ mächtig angewachsenen Reiseverkehr in west-östlicher Richtung wurde zwar vom MfS erkannt; zu einer wirksamen Störtätigkeit war es aber trotz großer Anstrengungen schon nicht mehr in der Lage. Eine fundierte deutschlandpolitische Bildungsarbeit war eben weniger im kommunistischen Sinne zu beeinflussen als etwa die Aktionen der „Friedensbewegung“, die scheinbar „spontaner“, jedenfalls weniger kontrolliert abliefen.

War die Tätigkeit des MfS also keine Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland? Diese Schlussfolgerung wäre wohl voreilig. Auf der politischen Entscheidungsebene, zu der die BfgA ja nicht gehörte, oder im Bereich der Massenmedien konnten auch Einzelerfolge des MfS unter Umständen erhebliche Auswirkungen haben. Hier bedarf es sicherlich noch weiterer Untersuchungen und der Erschließung neuer Quellen. Dass sich der „Zeitgeist“ auch im Bereich der Deutschlandpolitik in den 70er Jahren erheblich gedreht hatte, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Auch nicht, dass diese Entwicklung im Sinne der SED war. Der Anteil des MfS an ihr bedarf der Erörterung. Im Gesamtdeutschen Institut scheint es nicht übermäßig erfolgreich gewesen zu sein. Herauszufinden, warum dies so war, könnte weitere Untersuchungen wert sein.

Exkurs I: Die Bearbeitung meiner Person durch das MfS

Die Aufmerksamkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und auch des sowjetischen Geheimdienstes habe ich spätestens Anfang der 60er Jahre erregt. Von 1956 bis 1960 studierte ich an der Freien Universität in Berlin Jura; von 1961 bis 1965 war ich, ebenfalls in Berlin, als Rechtsreferendar tätig. Damit gehörte ich zu einem Personenkreis, der für beide Geheimdienste als möglicher „Werbekandidat“ von Interesse war.⁸⁸ Bei mir kam noch hinzu, dass ich seit 1958 in unterschiedlicher Intensität vor allem für das dem Senator für Verkehr unterstehende (West-) Berliner Verkehrsamt als Fremdenführer tätig war. Als solcher führte ich Reisegruppen, gelegentlich auch Einzelbesucher Berlins, durch beide Teile der geteilten Stadt. Es liegt nahe zu vermuten, dass das MfS auch diesen Teil des Tourismus unter Kontrolle haben wollte.

Die vom Verkehrsamt eingesetzten Fremdenführer waren freiberuflich tätig. Zu einem großen Teil handelte es sich, wie in meinem Fall, um Studenten. Einige arbeiteten aber auch hauptberuflich. Zu ihnen zählte das Ehepaar Karl-Heinz und Maria Schönwald, die – wie man damals sagte – aus der „Zone“ stammten, in Kreuzberg in der Nähe der Oberbaumbrücke eine Wohnung hatten und zahlreiche Stadtführungen für das Verkehrsamt oder auf eigene Rechnung organisierten. Zu diesem Zweck hielten sie engen Kontakt mit vielen Studenten. Auch ich war mehrfach bei ihnen zu Hause. Umso überraschter war ich, als ich etwa 1962/63, als ich kaum noch Führungen und wenn, dann – nach der Errichtung der Mauer – nur noch durch West-Berlin übernahm, von einem Kollegen erfuhr, das Ehepaar Schönwald habe Hals über Kopf seine Wohnung verlassen und sei in den Ostsektor geflüchtet – offenbar um in West-Berlin einer Verhaftung zu entgehen. Sollte der Verdacht begründet gewesen sein, dass die Schönwalds für das MfS arbeiteten, dürften sie auch über mich berichtet und Charakterisierungen abgegeben haben. Bislang haben sich dazu aber keine Akten finden lassen.

⁸⁸ Helmut Müller-Enbergs (Hg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 118 ff. (insbes. S. 123).

Aktenkundig ist die Bearbeitung meiner Person durch das MfS seit Januar 1964.⁸⁹ Im Herbst 1963 hatte ich zusammen mit einem Studienfreund und mit meiner späteren Frau an einer vom Asta in Heidelberg organisierten zehntägigen Studienreise nach Moskau teilgenommen. Das war damals ein ziemlich ungewöhnliches Unternehmen. In Moskau wurde die Gruppe unter anderem von dem Philosophie-Dozenten an der Lomonossow-Universität Jan Vogeler betreut, einem Sohn des bekannten Worpssweder Jugendstilmalers Heinrich Vogeler, der als Kommunist noch vor 1933 in die Sowjetunion ausgewandert war und dort eine Russin geheiratet hatte. Jan Vogeler war der erste wirklich gläubige Kommunist, dem ich in meinem Leben begegnet bin. Er schwärzte uns von den Erfolgen der sowjetischen Gesellschaft bei der Ausbildung des „neuen Menschen“ vor, der ohne Eigennutz, nur aus Verantwortung für die Zukunft der Menschheit am Aufbau des Kommunismus mitarbeite. Als ich ihm allerdings von einigen negativen Erfahrungen berichtete, die wir mit faulen Kellnern in Moskauer Hotels gemacht hatten, bezeichnete er diesen Berufsstand in der Sowjetunion als „Abschaum der Menschheit“.

Mit Jan Vogeler führte ich nach meiner Rückkehr noch einige Monate lang eine politische Korrespondenz, in der ich meinen sowjetischen Briefpartner mit Nachdruck auf die unmögliche Situation im geteilten Berlin nach Errichtung der Mauer hinwies und wenigstens eine Regelung anmahnte, die den West-Berlinern Besuche im Ostsektor gestattete. Darüber hinaus sandte ich Vogeler auf dessen Bitte hin ein Exemplar des Buches von Wolfgang Leonhard „Die Revolution entläßt ihre Kinder“. Vogeler hatte zusammen mit Leonhard eine Komintern-Schule besucht und erfahren, dass er in dem Buch, das er, wie er sagte, noch nicht besaß, erwähnt wird. Auf meine naheliegende Frage, ob ihm meine Sendung denn erreichen werde, antwortete er: „Ja, wenn Sie das Buch an meine Dienst-Adresse in der Universität senden.“

Zu Weihnachten 1963 kam bekanntlich zu einem ersten Passierscheinabkommen im geteilten Berlin. Auch ich fuhr wie Hunderttausende andere West-Berliner in den ersten Januartagen 1964 mehrfach zu einer Cousine meiner Mutter in den Ostsektor, wo ich mit Verwandten und Freunden aus der DDR zusammentraf. Später folgten ähnliche Fahrten zu Weihnachten

⁸⁹ BStU AIM Halle 2904/87 I, Bl. 50.

1964 und Ostern und Pfingsten sowie Weihnachten 1965. Das MfS ließ sich dabei erst mal im Januar 1964 durch einen Geheimen Informator über Äußerungen von mir zur politischen Lage berichten. Aus den vorliegenden Akten ergibt sich, dass das MfS bis 1970 die Hoffnung hegte, aus mir als einer „operativ interessanten Person“ einen „größtmöglichen Nutzen zu erzielen.“⁹⁰ Auch die sowjetischen „Freunde“ („Genosse Nikolai“ in Halle) schalteten sich zeitweilig aktiv in diese Berühungen ein.⁹¹ Man hatte inzwischen erfahren, dass ich seit Januar 1966 nach Bonn verzogen und dort als Mitarbeiter der FDP-Bundestagsfraktion im Bereich Außenpolitik, Deutschlandpolitik und Verteidigungspolitik tätig war. Nun galt es also, die Person Kühn möglichst umfangreich aufzuklären, seine politischen Ansichten zu erkunden und seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erforschen – immer mit dem Ziel, bei Wahrung der Konspiration eine möglichst enge Verbindung herzustellen.

Es traf sich für das MfS glücklich, dass ich nunmehr von Westdeutschland aus mit einem Bundespass leichter in die DDR einreisen konnte als vorher mit meinem West-Berliner Ausweis – und dies auch häufig tat. So beschloss man im Sommer 1966, als ich Verwandte in Potsdam besuchte, einen angeblichen Journalisten zu mir zu schicken, der das politische Gespräch über aktuelle Themen mit mir suchen sollte. Weil dieser Mann mit dem Namen „Jeschke“ aus mir nicht recht schlau wurde, kam bei einem nächsten Besuch zwei Jahre später sein „Vorgesetzter“ mit Namen „Brenner“, der mich danach regelmäßig bis 1970 bei Tagesbesuchen im Ostsektor von Berlin kontaktierte. Auch er war unzufrieden mit mir, vor allem weil ich nicht einsehen wollte, dass es in meinem eigenen Interesse liege, wenn ich niemandem in Bonn von unseren Gesprächen Mitteilung machte, weil ich sonst meine berufliche Zukunft durch die Ostkontakte ruinieren würde. Ich hatte aber von vornherein mit einem unmittelbaren Vorgesetzten in der FDP-Bundestagsfraktion, den Parlamentarischen Geschäftsführer Genscher, über alle Anbahnungsversuche unterrichtet. Er riet mir, den Gesprächspartnern seine Grüße auszurichten und mir mitzuteilen, dass auch er an dem Ergebnis unseres politischen Meinungsaustauschs interessiert sei, was bei „Brenner“ zu großer Enttäuschung führte.

⁹⁰ A.a.O., Bl. 80.

⁹¹ A.a.O., Bl. 116, 268.

Auch an ihrem eigenen Geheimen Mitarbeiter hatten die Genossen vom MfS nicht viel Freude. Man hatte den Eindruck, dass er bei den Treffs „das MfS nur über allgemeine Fragen berichtete“ (sic!). Nach Begegnungen mit mir „führte er allgemeine Probleme auf, ohne dabei sich an Details erinnern zu wollen“. Einmal legte er einen bereits vorgefertigten Bericht vor, „obwohl er bei der Instruierung extra darauf hingewiesen wurde, daß der Bericht im Beisein des zuständigen Mitarbeiters gefertigt wird“⁹². Es kam also nicht viel dabei heraus, zumal der IM nicht einmal mitteilen konnte, wie viel Geld ich in der Fraktion verdiente, stattdessen aber berichten musste, ich hätte mich im Freundeskreis amüsiert, weil der „Journalist“ mir seine Adresse nicht habe geben können, da er angeblich gerade umziehe, und vermutet, er sei sicherlich von der Stasi“ gewesen.⁹³

Meine letzte Begegnung mit „Brenner“ in Berlin war im Frühjahr 1970, also bereits nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition. Dabei versuchte er, etwas über meine weiteren beruflichen Pläne zu erfahren. Er klopfte auf den Busch und meinte, bei meinen vielen Ostkontakten hätte ich sicherlich keine Chance, in einem Ministerium beschäftigt zu werden. Als ich mich dazu nicht äußerte, stand er zur Verwunderung der anderen Gäste in dem Restaurant in der Karl-Marx-Allee vom Tisch auf, machte eine entsprechende Handbewegung und sagte „Wenn Sie in ein Ministerium kommen, ziehe ich den Hut vor Ihnen.“ Als ich nur wenige Wochen später meinen Dienst als Persönlicher Referent des Staatssekretärs Dr. Hartkopf im Bundesministerium des Innern antrat und die Bonner Zeitungen darüber berichteten, dachte ich, jetzt steht „Brenner“ an seinem Schreibtisch und zieht den Hut.

Zu diesem Zeitpunkt hatten offenbar die sowjetischen „Freunde“ des MfS in der DDR bereits weitgehend das Interesse an meiner Person verloren. Das fiel ihnen umso leichter, als sie seit Ende der 60er Jahre in Bonn einen direkteren Zugang zu mir über einen 3. Sekretär der Sowjetbotschaft, Jurij Nikolski, aufgebaut hatten, mit dem und seiner Familie sich ein persönlicher Kontakt entwickelt hatte, bei dem er versuchen konnte, meine Meinung zu politischen Ereignissen zu erfahren. Mir war dabei vor allem wichtig, dass er stets berichten musste, in Bonn gebe es noch mindestens

⁹² A.a.O., Bl. 69.

⁹³ A.a.O. II, Bl. 200, 317-320.

einen Politiker bzw. Beamten, der von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands überzeugt war und hoffte, dies Ziel mit und nicht gegen die Sowjetunion erreichen zu können.

Das MfS hat damals jedenfalls seine Hoffnungen, mich noch als Agenten anwerben zu können, begraben müssen. Dazu mag auch das Ergebnis einer Parallelbearbeitung meiner Person in Bonn beigetragen haben. In der FDP-Bundestagsfraktion betreute ich als Geschäftsführer den Arbeitskreis I, der für Außen- und Deutschlandpolitik, Verteidigungspolitik und Entwicklungshilfe zuständig war. Ein allseits geachtetes Mitglied dieses Arbeitskreises war der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der FDP und Bundestagsabgeordnete William Borm. Als Berliner und wegen seines schweren Schicksals als langjähriger politischer Häftling in der DDR genoss er in der Fraktion großes Ansehen und vor allem in deutschlandpolitischen Fragen eine erhebliche Autorität. Zu mir war er väterlich freundlich. Unser Verhältnis war unkompliziert. In der Beurteilung eines im Berliner FDP-Landesverband erarbeiteten Entwurfs eines Generalvertrags zwischen Bundesrepublik und DDR stimmten wir im Wesentlichen überein. Unser Arbeitskreis überarbeitete diesen Entwurf. Die Fraktion, damals zur Zeit der Großen Koalition in der Oppositionsrolle, wollte ihn im Bundestag einbringen, was im Januar 1969 auch geschah.

Ich war sehr erfreut und geschmeichelt, als mich William Borm im Frühjahr 1968 mit der Frage überraschte, ob meine Frau und ich nicht Lust hätten, ihn und seine Frau im Sommer in den Urlaub zu begleiten. In Plößberg, nahe der deutsch-tschechoslowakischen Grenze, hatte er im Hause des FDP-Kreisvorsitzenden von Tirschenreuth eine Ferienwohnung gemietet, die wir uns teilen könnten. Ich sagte gerne zu, und wir verbrachten dort in Ruhe und relativer Einsamkeit drei sehr erholsame Wochen mit Pilzsuchen und vielen interessanten meist politischen Gesprächen. An einem Morgen klopfte er früh ganz aufgeregt an unsere Tür und weckte mich mit den Worten: "Herr Kühn, stehen Sie schnell auf. Es ist etwas passiert. Die Russen sind in der CSSR einmarschiert." Wir verfolgten dann die weitere Entwicklung mit großer Spannung im Rundfunk, fuhren später auch an die Grenze, wo wir natürlich nicht viel sahen. William Borm war auch weiterhin ziemlich erregt, was mich etwas überraschte; denn, ehrlich gesagt, hatte ich irgendetwas Ähnliches nach der Entwick-

lung der vergangenen Wochen und Monate in unserem Nachbarland schon befürchtet.

Viel mehr überraschte und enttäuschte mich, dass Borm nach unserer Rückkehr nach Bonn offensichtlich keinen Wert mehr darauf legte, den engen Kontakt zu mir aufrechtzuerhalten. Im Gegenteil – er entzog sich den privaten Einladungen von uns mehrfach mit irgendwelchen Ausreden; auch politische Gespräche fanden nicht mehr statt, was ihm sicherlich auch dadurch erleichtert wurde, dass ich 1970 aus den Diensten der Fraktion ausschied. Dennoch konnte ich mir seine plötzliche Zurückhaltung mir gegenüber nach dem aus meiner Sicht sehr angenehm verlaufenen Urlaub in Plößberg nicht erklären. Erst später, nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahre 1972, als Bormals Vorsitzender des Bundesausschusses für Außen- und Deutschlandpolitik der FDP immer noch erheblichen Einfluss im deutschlandpolitischen Bereich ausübte, merkte ich, dass wir uns inzwischen auch politisch weit auseinanderentwickelt hatten. Borm trat nunmehr für eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ein, wollte von Wiedervereinigungspolitik nichts mehr wissen und hatte sich auch sonst der Politik der SED in der Deutschlandfrage sehr angenähert. In den Fachausschusssitzungen und sogar auf Bundesparteitage hatten wir nun auch offene politische Auseinandersetzungen, bis er nach dem Koalitionswechsel der FDP 1982 aus der Partei austrat. Erst nach seinem Tode wurde bekannt, dass William Borm schon seit vielen Jahren als Einflussagent des MfS in der FDP tätig war. Sein deutschlandpolitisches Wirken ist noch nicht historisch aufgearbeitet. In den derzeit vorliegenden einschlägigen zeitgeschichtlichen Arbeiten wird seine Anleitung durch das MfS meistens nicht zur Kenntnis genommen. Eine Ausnahme bildet immerhin die Dissertation von Michael Roik, der sich allerdings weitgehend auf die Darstellung der Rolle Borms bei den Auseinandersetzungen um den Nato-Doppelbeschluss beschränkt.⁹⁴ Mir persönlich wurde allerdings nachträglich klar, dass ich 1968 mit Borms Hilfe einem groß angelegten Test des MfS unterzogen worden war, den ich offensichtlich aus seiner und der Sicht seiner Auftraggeber nicht bestanden hatte.⁹⁵

⁹⁴ Michael Roik, *Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984*, Paderborn 2006, S. 229-231.

⁹⁵ Zu William Borm vgl. Hubertus Knabe, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999, S. 67-70; Georg Herbstritt, *Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage*, Göttingen 2007, S. 132-135, 142, 145, 384.

Als ich nach 1974 wieder regelmäßig in die DDR und den Ostsektor von Berlin reiste, war ich Präsident des Gesamtdeutschen Instituts und damit Leiter einer vom MfS bereits intensiv bearbeiteten „Feindorganisation“. Von nun an wurde ich als wesentlicher Teil dieser „feindlichen“ Behörde begriffen, für die im MfS in erster Linie die Hauptverwaltung A unter Markus Wolf zuständig war. Ihre Akten sind Ende 1989/Anfang 1990 vernichtet worden. Da das MfS aber bis zu seinem Ende das Gesamtdeutsche Institut verdächtigte, zumindest auch ein Geheimdienst zu sein, der Nachrichten aus der DDR sammelte, war für die Abwehr dieser „Spionagetätigkeit“ auch noch eine andere Hauptabteilung, die HA II, zuständig, deren Akten weniger rigoros vernichtet wurden.

Aus ihnen erfahren wir, dass, vor allem im Verkehr zwischen Bonn und Berlin, meine dienstlichen und privaten Telefongespräche abgehört wurden. Natürlich hatte man auch inoffizielle Mitarbeiter zur Verfügung, die berichteten, was ich so bei dieser oder jener Gelegenheit äußerte. Auch meine parteipolitischen Aktivitäten in der FDP interessierten, wobei ich als Vertreter des „rechten“ oder „konservativen“ Flügels der Partei angesehen wurde. Schließlich unterstellte man mir lange Zeit, mithilfe eines alten Freundes aus Kindertagen, der nun im Apparat der LDPD tätig war, diese Blockpartei ausforschen und für eine politische Infiltration reif machen zu wollen.⁹⁶ Als ich, um meinen Freund nicht zu kompromittieren, Ende der 70er Jahre meine Verbindungen zu ihm praktisch abbrach, half das gar nichts. Nunmehr verdächtigte man einen anderen Freund, in meinem Auftrag die Verbindung zu dem LDP-Funktionär aufrechtzuerhalten, obwohl die beiden als leidenschaftliche Philatelisten nur einfach Briefmarken tauschten.⁹⁷ Das MfS hat jedenfalls Jahre gebraucht, bis es unter großem Aufwand alle Details geklärt hatte und, widerwillig, sich selbst eingestehen musste, dass an dem Verdacht wohl wirklich nichts dran war. Zu dieser Zeit hatte das MfS aber schon einen anderen Verdacht in Bezug auf meine Person. Es verdächtigte mich nunmehr, den Ehemann einer Cousine in Dresden, Neurologe von Beruf, auszuforschen. Auch diesem Verdacht, aber auch etwaigen Möglichkeiten, mich „abzuschöpfen“, wurde in einem eigenen Operativvorgang „Forscher“ mit Akribie nachgegan-

⁹⁶ OPK-Akte „Sand“ MfS/XV 3814/84, ANS AOPK 16407/89.

⁹⁷ A.a.O., Bl. 328, MfS XX/4/743/83, Bl. 6.

gen.⁹⁸ Klarheit sollte dadurch erzielt werden, dass man eine „Maßnahme B“ durchführte, wenn ich, wie in Aussicht genommen, Dresden mit einer FDP-Reisegruppe im Jahre 1987 besuchen würde. Dabei sollte eine „Wanze“ zum Abhören unserer Gespräche in der Wohnung meiner Verwandten eingebaut werden; unsere Telefongespräche wurden sowieso schon überwacht. Da ich die vorgesehene Reise nicht trat, unterblieb die Maßnahme.⁹⁹ Das MfS (und meine Verwandten und ich natürlich auch) musste bis zu seinem Ende mit dem Verdacht leben.

Schließlich bin ich seit 1983 bei allen meinen Einreisen in den Ostsektor von Berlin und in die DDR in höchst aufwendiger Weise, aber getarnt, jeweils von etwa drei PKW mit rund zehn Personen begleitet und beobachtet worden. Dies geschah durch die für den Reiseverkehr zuständige Hauptabteilung VI des MfS, die in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung VIII (zuständig für die Observation von Personen, D.K.), den Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen ... und weiteren Dienststellen sowie durch den Einsatz inoffizieller Mitarbeiter in den Unterkunftsobjekten ... eine durchgehende Sicherung, Kontrolle und Überwachung“ meiner Person und meiner Familie gewährleistete. Grundlage für diese Maßnahmen war die „2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 3/75 des Genossen Minister“. Diese Dienstanweisung beschäftigte sich mit Reisen „politisch bedeutsamer Persönlichkeiten“ in die DDR. Worauf es dem MfS dabei besonders ankam, ergibt sich aus den jeweiligen Abschlussberichten. Zum Beispiel heißt es in dem Bericht des Stellvertreters des Leiters der HA VI, Oberst Wilke, an den Stellv. Minister Gen. Generalleutnant Neiber vom 10.4.1983:¹⁰⁰

„Die von KÜHN aufgesuchten und angelaufenen Bürger der DDR wurden sofort namentlich bekanntgemacht und weitgehendst aufgeklärt. Die Art und der Charakter der Verbindungen zu den Bürgern der DDR, bis auf das Zusammentreffen mit seinem ehemaligen Schulfreund ..., waren familiär bzw. verwandtschaftlich.

Das Verhalten in der Öffentlichkeit sowie in den Unterkunftsobjekten war korrekt. Von KÜHN, Detlef wurden keine Versuche der Kontaktaufnahme zu Beschäftigten der Serviceeinrichtungen unternommen. Er unterschied

⁹⁸ BStU HA VIII B 110/86.

⁹⁹ OPK „Forscher“ V, BStU Ast. Dresden 934/88, Bl. 35.

¹⁰⁰ BStU MfS – HA VI Nr. 1801, Bl. 28/29.

sich im Auftreten nicht von anderen Høelgästen. Seinen Aufenthalt in der DDR nutzte er nicht, um öffentlichkeitswirksam zu werden.

Die Ehefrau des KÜHN war in Gesprächen wortführend. Während des Besuches in musealen Einrichtungen zeigte sie Kunstinteresse.

Auffällig war, daß sich die Familie offensichtlich auf Beobachtungsmaßnahmen eingestellt hatte und versuchte, Observationen zu erkennen, indem sie den Nachfolgeverkehr aufmerksam verfolgte.

Von der Abteilung 26 in den Übernachtungsobjekten getroffene Feststellungen sind noch gesondert auszuwerten. (Die Abt. 26 war u.a. für die Raumüberwachung mittels Mikrofon zuständig, D.K.)

Außer den genannten Kontakten gab es keine weiteren operativ bedeutsamen Feststellungen.

Von den Abteilungen VI der Bezirksverwaltungen Dresden, Potsdam und Halle sind in enger Zusammenarbeit mit den territorial zuständigen Dienststeinheiten die bekanntgemachten Verbindungen des KÜHN, Detlef zielstrebig zu bearbeiten.

Aufgrund der operativen Bedeutsamkeit des KÜHN ist er bei erneuten Einreisen in die DDR wieder unter Kontrolle zu stellen.“

Dabei blieb es bis zu meiner letzten Reise in die kommunistische DDR im Juli 1989.¹⁰¹

¹⁰¹ Vgl. OV „Chor“, BStU Ast. Schwerin ZMA Abt. VI 1363.

Exkurs II: Der Fall Walther Rosenthal

Am 13. November 1991, nur wenige Wochen vor der Auflösung des Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA), erhielt ich einen Vermerk des Abteilungsleiters IV der BfgA, LtD. Regierungsdirektor Dr. Holzweißig, in dem dieser über einen Besuch in einem Archiv mit Unterlagen der im Aufbau befindlichen neuen Behörde „Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ berichtete. Dabei sei ihm zu seiner großen Bestürzung mitgeteilt worden, sein Vorgänger im Amt, der 1987 verstorbene LtD. Regierungsdirektor Walther Rosenthal sei vom MfS unter dem Decknamen „Schmidt“ als IM geführt worden. Später, zuerst im März 1992, sind diese Vorwürfe gegen Rosenthal auch in der Öffentlichkeit erhoben worden, insbesondere in einem Beitrag des Fernseh-Magazins „Panorama“ der ARD am 9.3.1992, danach in einem umfangreichen Bericht von Ralf Georg Reuth am 11.3.1992 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie in anderen Zeitungen und nochmals 1994 in dem Buch von Peter-Ferdinand Koch, *Die feindlichen Brüder. DDR contra BRD*¹⁰². Danach habe sich Rosenthal am 7.1.1950 gegenüber dem sowjetischen Geheimdienst zur Mitarbeit verpflichtet und sei später vom MfS übernommen worden.

Obwohl inzwischen auch Stimmen zugunsten von Walther Rosenthal in der Öffentlichkeit zu Wort kamen, gilt die Angelegenheit vielen als „nicht mit Sicherheit“ geklärt (so z.B. Frank Hagemann in seiner Dissertation über den UfJ¹⁰³). Der Restverdacht, der immer noch auf einem der wichtigsten Mitarbeiter der BfgA, der sich nicht mehr selbst wehren kann, lastet, rechtfertigt es, die Angelegenheit erneut kritisch zu betrachten.

Ich war 1991 beim Lesen des Holzweißigschen Vermerks genauso bestürzt wie dieser selbst. Ich hatte Rosenthal immer als über jeden Zweifel erhabenen, absolut integren und völlig loyalen Beamten erlebt. Deshalb war mein erster Gedanke, da ich ja Rosenthals Lebenslauf in groben Zü-

¹⁰² Peter-Ferdinand Koch, *Die feindlichen Brüder. DDR contra BRD. Eine Bilanz nach 50 Jahren Bruderkrieg*, Bern, München, Wien 1994, S. 97 ff.

¹⁰³ Frank Hagemann, *Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949-1969*, Frankfurt am Main 1994, S. 150.

gen kannte und wusste, dass er 1950 mit seiner Familie aus Potsdam nach West-Berlin geflüchtet war, er werde wohl damals unter Druck gesetzt worden sein, sich zum Schein verpflichtet und danach sofort in den Westen abgesetzt haben. Solche Fälle habe es häufig gegeben. Die Verpflichtung besagte dann gar nichts. Entscheidend war, ob und wem er im Westen von ihr Mitteilung gemacht hatte. Bei einem Beamten war dabei vor allem die Sicherheitsakte von Bedeutung, die bei allen Bediensteten der BfgA, unabhängig von den Personalakten, beim Sicherheitsbeauftragten des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (BMB) geführt wurde. Hier wurde immer auch nach früheren Anbahnungsversuchen von Geheimdiensten gefragt. Wenn, was ich für selbstverständlich hielt, Rosenthal seine „Verpflichtung“ seinem Arbeitgeber und später als Beamter seinem Dienstherrn offenbart hatte, musste sich dies aus seiner Sicherheitsakte ergeben.

Meine anfängliche Bestürzung schlug um in Verwirrung, als der Sicherheitsbeauftragte der BfgA, Regierungsdirektor Wolf, mir sagte, Mitarbeiter des Sicherheitsreferats des BMB, das ja bereits Anfang 1991 aufgelöst und vom Bundesministerium des Innern übernommen worden war, hätten ihm mitgeteilt, die Akte Rosenthal sei spätestens nach dessen Tod dem Bundesamt für Verfassungsschutz übergeben worden. Dort habe man ihm gesagt, sie sei inzwischen vernichtet worden. Eine Überprüfung sei nicht mehr möglich.

Ich kann bis heute nicht glauben, dass man in einem Sicherheitsdienst der Bundesrepublik Deutschland generell Akten über hochkarätige Persönlichkeiten bald nach ihrem Tod vernichtet. Meine diesbezüglichen diskreten Erkundigungen haben zumindest nicht zu einer Bestätigung einer solchen allgemeinen Praxis geführt. Wenn aber die Akte Rosenthal gesondert vernichtet worden sein sollte, muss man sich natürlich fragen, wer dies warum veranlasst haben könnte. Zuständig für das BMB und seine nachgeordnete Behörde BfgA war im Bundesamt für Verfassungsschutz seit Langem der Regierungsoberamtsrat Klaus Kuron. Ende 1990 wurde er als langjähriger Inoffizieller Mitarbeiter des MfS verhaftet und 1992 zu zwölf

Jahren Gefängnis verurteilt.¹⁰⁴ Vor diesem Hintergrund halte ich den Dienstherrn des Beamten Rosenthal zumindest moralisch, aber wohl auch rechtlich aus nachwirkender Fürsorgepflicht, im Hinblick auf die nach wie vor virulente Rufschädigung eines verstorbenen Beamten für verpflichtet, zu einer noch möglichen Klärung der Angelegenheit aktiv beizutragen. Dies bedeutet, dass unbedingt geklärt werden muss, ob die Akte Rosenthal wirklich vernichtet wurde und – wenn ja – wer dies warum und auf welcher Rechtsgrundlage veranlasst hat.

Der Deutsche Tennis-Bund (DTB), dessen langjähriger Präsident Walther Rosenthal war, hat 1992 im Zusammenhang mit der Panorama-Sendung ein Berliner Anwaltsbüro beauftragt, dem Wahrheitsgehalt der Sendung vom 9.3.1992 nachzugehen. Der von dem Rechtsanwalt Dr. Vincker statete Bericht vom 12.10.1992 ist nicht in toto veröffentlicht worden, liegt mir aber vor. Er hebt vor allem auf drei Gesichtspunkte ab:

- 1) Die von den Sowjets erzwungene Verpflichtungserklärung Rosenthals vom 7.1.1950 sei von diesem damals mehreren Personen offenbart worden, darunter seinem Vorgesetzten, den er bespitzeln sollte (gemeint ist der damalige brandenburgische Justizminister Ernst Stargardt).
- 2) Das gesamte jetzt (1992) vorliegende Material sei bereits 1955 in dem Berliner staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren 2 P Js 2703/55 gegen Walther Rosenthal bekannt und Gegenstand der strafrechtlichen Bewertung gewesen. Die Staatsanwaltschaft sei damals zu dem Ergebnis gekommen, das Material, das nach der Flucht Rosenthals entstand, sei „getürkt“ worden, um den damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses freier Juristen (UfJ) bei westlichen Strafverfolgungsbehörden zu denunzieren. Die Ermittlungsakten, die der Anwalt einsehen konnte, enthielten auch Vernehmungen von Beteiligten, die die Darstellung Rosenthals in vollem Umfang bestätigten.
- 3) Akten der Hauptabteilung V/5 des MfS in der Gauck-Behörde enthielten einen von Major Volpert abgezeichneten „Plan zur Wiederaufnahme der Kombination gegen den jetzigen Leiter des UfJ Rosenthal,

¹⁰⁴ Helmut Müller-Enbergs (Hg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 139.

Walter“ vom 16.9.1958 (MfS GH 100/57, Bd. 3). Daraus ergebe sich nochmals, dass das Rosenthal bestehende Material von 1955 nicht echt gewesen und nun, nach seinem Aufrücken zum Vorsitzenden des UfJ, eine erneute Bearbeitung seiner Person mit dem Ziel der Diskreditierung erwogen worden sei.

Die Hoffnung des Rechtsanwalts und wohl auch des DTB, mit der Veröffentlichung dieses Ergebnisses in Form einer Pressemitteilung sei die Angelegenheit erledigt und der gute Ruf Walther Rosenthals wieder hergestellt, erfüllte sich nicht. 1994 erschien das oben erwähnte Buch von Peter-Ferdinand Koch, in dem alle Vorwürfe gegen Rosenthal wiederholt und mit Einzelheiten aus dem nicht spezifizierten „Archiv des Verfassers“ angereichert werden.¹⁰⁵ Dabei behauptete Koch u.a., die Zeugen, denen Rosenthal von seiner „Verpflichtung“ erzählt haben wollte, seien alle 1955 bereits tot gewesen.¹⁰⁶ Dies stimmt offensichtlich nicht. Rosenthals langjährige Mitarbeiterin aus Potsdamer und Berliner Tagen (auch noch im Gesamtdeutschen Institut), Armgard von Rosenberg, hat mir gegenüber seine Version aus eigenem Wissen bestätigt.¹⁰⁷ Weiterhin haben in den 50er Jahren noch mindestens der frühere Justizminister von Brandenburg, Ernst Stargardt, Hanns-Botho Hildebrandt sowie nicht zuletzt Rosenthals Ehefrau Edith gelebt.

Koch bringt keine Beweise für die angebliche Schuld Rosenthals, die über die von dem Anwalt bereits überprüften Fakten hinausgehen. Stattdessen haben Fricke und Engelmann in einem 1998 veröffentlichten Buch einen weiteren Beleg aus dem März 1955 dafür geliefert, dass das aus den Jahren 1954 und 1955 datierende und Rosenthal belastende Material vom MfS gefälscht wurde.¹⁰⁸

Koch schildert im Übrigen im Zusammenhang mit dem „Fall“ Rosenthal auch die Entführung des UfJ-Mitarbeiters Erwin Neumann durch Volpert

¹⁰⁵ Peter-Ferdinand Koch, wie Anm. 102.

¹⁰⁶ A.a.O., S. 107.

¹⁰⁷ Telefongespräch am 9.11.1994.

¹⁰⁸ Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, „Konzentrierte Schläge“: Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998, S. 320 ff., insbesondere S. 324.

und seinen IM Wolfgang Waidhaas.¹⁰⁹ Da in diesem Falle die Entführung inzwischen ziemlich lückenlos zu dokumentieren ist,¹¹⁰ können seine Schilderungen mit der Aktenlage verglichen werden. Dabei ergeben sich im Detail durchaus wesentliche Abweichungen, die darauf hindeuten, dass Koch – neben einzelnen Akten – vor allem mündliche Berichte von ehemaligen MfS-Mitarbeitern zur Verfügung hatte. Diese Quellen können von den Lesern seines Buches fast nie überprüft werden, was natürlich die Glaubwürdigkeit seiner Angaben sehr einschränkt, zumal die Neigung mancher MfS-Mitarbeiter zur Desinformation offensichtlich über das Ende ihres „Organs“ hinaus andauert. Dies gilt nicht zuletzt für die Anschuldigungen gegen Walther Rosenthal, der auch nach seinem Tode Anspruch darauf hat, dass mit seiner Ehre sorgsam umgegangen wird. Sonst erweist sich die Sorge von Siegfried Mampel doch als berechtigt, im Falle Walther Rosenthal könnte dem MfS noch ein später Sieg gelingen.¹¹¹

¹⁰⁹ A.a.O. (wie Anm. 102), S. 108 f.

¹¹⁰ Detlef Kühn, „Ein eingefleischter Feind der DDR“. Die Entführung des UFJ-Mitarbeiters Erwin Neumann durch Angehörige des MfS 1958, in: Deutschland-Archiv 2000, H. 6, S. 914-922.

¹¹¹ Siegfried Mampel, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freihätlicher Juristen in West-Berlin, 4. Aufl., Berlin 1999, S. 76 ff. mit weiteren Einzelheiten.

Exkurs III: Der Fall Lothar Weirauch*

Dem Juristen, FDP-Funktionär und Bundesbeamten Lothar Weirauch (1908-1983) war nach dem Krieg eine bemerkenswerte Karriere beschieden: Von 1948 bis 1950 war er als Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen tätig, danach bis 1954 als quasi Bundesgeschäftsführer („Hauptgeschäftsführer“) für die Gesamtpartei. Anfang 1956 trat Weirauch in das Bundesministerium der Verteidigung ein, wo er ab 1960 im Range eines Ministerialdirigenten die Unterabteilung Unterbringung und Liegenschaftswesen leitete. Im August 1964 berief der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende, Weirauch als Ministerialdirektor zur Leitung der Zentralabteilung in sein Haus. In dieser Funktion war Weirauch auch unter Mendes Nachfolgern Herbert Wehner und Egon Franke bis zu seiner Pensionierung aus Altersgründen Ende 1973 tätig.¹¹² In all diesen Jahren wurde die Tätigkeit Weirauchs während des Krieges in der Regierung des Generalgouvernements als Leiter der Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ in Krakau mehrfach Gegenstand sowohl staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen wegen Beihilfe zum Mord, die mit Einstellung des Verfahrens endeten,¹¹³ als

* Überarbeitete Fassung meines Aufsatzes „Lothar Weirauch und der Nachrichtendienst der West-KPD“, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 11/2002, S. 56-61.

¹¹² Bogdan Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944, Wiesbaden 1999 (= Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien Bd. 10), S. 397 f.; Gisela Rüb, Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949-70, München 1973 (= Münchener Studien zur Politik, hg. vom Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München, 23. Band), S. 52.

¹¹³ Zum Ermittlungsverfahren Bundesarchiv ZStL 208 AR 1434/61 und Musial, wie Anm. 112, S. 368 f.; für die Zeit vor 1945 s. auch „Akten betr. Landesoberverwaltungsrat Lothar Weirauch“ des Reichsministeriums des Innern, Bd. W Nr. 894, im MfS-Zentralarchiv Z/A VI 120, Akte 1; aus Letzteren geht hervor, dass am 30.1.1945 im Führerhauptquartier die Ernennung Weirauchs zum Ministerialrat ausgefertigt wurde; wenn ihm diese Urkunde bis Kriegsende ausgehändigt wurde, hätte er aufgrund des Art. 131 Grundgesetz den Titel eines Ministerialrats z. W. in den 50er Jahren zu Recht geführt, was damals

auch publizistischer Auseinandersetzungen im „Kalten Krieg“ zwischen Ost und West.¹¹⁴ Nach der politischen Wende 1989 setzte sich Bogdan Musial in seiner Untersuchung „Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944“ erneut äußerst kritisch mit der Rolle, die Weirauch in dieser Zeit spielte, auseinander.¹¹⁵

Fast noch mehr Aufmerksamkeit erregte, dass Weirauch für die Nachkriegszeit auch als Inoffizieller Mitarbeiter erst des KPD-Nachrichtendienstes („Haid-Apparat“) und dann „bis ca. 1967“ der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und „Spitzenquelle“ bezeichnet wurde.¹¹⁶ In der ersten Auflage meiner Untersuchung über „Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit“ habe ich Zweifel an der Behauptung geäußert, Weirauch sei ein Agent des MfS gewesen.¹¹⁷ Mir danach zugänglich gewordene Unterlagen aus dem Hause des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erlaubten es 2002, die Verbindung Weirauchs zum „Haid-Apparat“ und ihre Folgen im Zusammenhang darzustellen.¹¹⁸ Leider hat Henry Leide meinen diesbezüglichen Aufsatz in der Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat auch in der 2., durchgesehenen Auflage seiner ansonsten verdienstvollen Untersuchung „NS-Verbrecher und Staatssicherheit“ vom Jahre 2006 nicht zur Kenntnis genommen, so dass von ihm zu Unrecht der Eindruck erweckt wird, Wei-

bezweifelt wurde (vgl. Notiz vom 16.9.1954 in den Akten der Bundesgeschäftsstelle der FDP).

¹¹⁴ Goguel, Rudi (Redaktion), Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze. Hg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historiker-Kommission, Berlin (Ost) 1959, S. 204-206; Das braune Bonn, Frankfurt 1969, S. 113.

¹¹⁵ Musial, wie Anm. 112, s. Personenregister.

¹¹⁶ Müller-Enbergs, Helmut (Hg.), Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, T. 2, Berlin 1998, S. 113, 187; Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 65 f.; Wolfgang Hartmann, Aufklärer in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1997 (Sept.), S. 1131.

¹¹⁷ Detlef Kühn, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit, Berlin 2001 (= Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 13), S. 71-78.

¹¹⁸ BStU HA II/6 Nr. 1158.

rauch habe nach seinem Kontakt mit dem KPD-Nachrichtendienst auch noch der HV A zugearbeitet. Diese Behauptung ist nichternsthaft zu belegen, wie im Folgenden dargelegt werden soll.

Markus Wolf, damals stellvertretender Leiter der Abteilung Abwehr des Außenpolitischen Nachrichtendienstes, des Vorläufers der HV A des MfS, erhielt 1952 den Auftrag, den Parteinachrichtendienst der KPD in Westdeutschland, der politisch der SED in Ost-Berlin unterstand, im Hinblick auf seine mögliche Verwendbarkeit für das MfS zu überprüfen.¹¹⁹ Der Bericht „Zur Untersuchung des Apparates der ehem. Parteiaufklärung“ vom 20.10.1952 bildet das Kernstück der erhalten gebliebenen Akten des MfS, die Lothar Weirauch betreffen.¹²⁰ Um ein Ergebnis des Aktenstudiums gleich vorwegzunehmen: Die Aussage Markus Wolfs in seinen Erinnerungen,¹²¹ „ein hoher Beamter im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, der uns noch viele Jahre mit Informationen versorgen sollte“, habe zu den „Quellen und Residenturen“ gehört, die „unbeschadet aus meinem Durchleuchten hervor(gingen)“, kann sich jedenfalls nicht auf Lothar Weirauch beziehen. Vielmehr beweist die Aktenlage, dass Weirauch von Wolf damals für einen Agenten des englischen Geheimdienstes mit engen Kontakten zum neu aufgebauten westdeutschen Verfassungsschutz gehalten wurde. Der Fall Weirauch hat 1952 entscheidend dazu beigetragen, dass SED und MfS fast alle Verbindungen der westdeutschen Parteiaufklärung abbrechen. Die Quelle „ck3“, der spätere Flick-Lobbyist Adolf Kanter, war eine der wenigen Ausnahmen, die die Überprüfung überstanden.¹²²

Aus der Sicht Markus Wolfs und seiner Mitarbeiter stellte sich der Fall Weirauch damals wie folgt dar:¹²³ Lothar Weirauch, der den Decknamen

¹¹⁹ Markus Wolf, *Spionagechef im geheimen Krieg*, 3. Aufl., München 1999, S. 65 ff.; vgl. auch Michael Kubina, *Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945-1949*, in: Manfred Wilke (Hg.), *Die Anatomie der Partei-zentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht*, Berlin 1998, S. 413 ff., bes. S. 471, 485, 489-491.

¹²⁰ Wie Anm. 118, Bl. 48 ff.

¹²¹ Wie Anm. 119, S. 68.

¹²² Wie Anm. 118, Bl. 208, 210; s. auch Knabe, wie Anm. 116, S. 54 ff.

¹²³ Wie Anm. 118, Bl. 30-36, 81, 109-120, 132-136, 223, 230, 238, 246-251, 284, 396-439.

„X“ führte, habe sich im Herbst 1948 an den Parteivorstand der KPD gewandt und Max Reimann sprechen wollen. Er soll sich dabei auf „engere Beziehungen zur VVN und KPD in Coburg“ berufen haben. Weirauch wurde an den nordrhein-westfälischen KPD-Funktionär Rudi Wascher verwiesen, der die Angelegenheit „zuständigkeitshalber“ an den damaligen Leiter der Personalpolitischen Abteilung („Kadersekretär“) im Landesverband Nordrhein-Westfalen der KPD, Ernst Haberland, weiterleitete. Haberland (1903-1992), Deckname „Bern“, war seit 1920 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands und seit 1928 der KPD. In der Weimarer Republik und im Dritten Reich hatte er insgesamt 18 Jahre wegen seiner politischen Tätigkeit im Gefängnis, Zuchthaus oder KZ verbracht, galt also als erfahrener und erprobter Genosse.¹²⁴ Haberland berichtete der Parteiführung über seine Gespräche mit Weirauch und wurde daraufhin im November 1948 auf Vorschlag der Genossen Walter Vesper, Bruno Haid und Willy Grünert aus der offiziellen Parteiarbeit herausgezogen und in den (geheimen) Parteinachrichtendienst übernommen. Hier erhielt er den Auftrag, vor allem Lothar Weirauch, Deckname „X“, zu führen und sich daneben noch um trotzkistische Gruppen zu kümmern.¹²⁵

Haberland misstraute Weirauch von Anfang an. Er hielt ihn für einen Agenten der Engländer und berichtete bereits am 2. Dezember 1948 entsprechend seinem unmittelbaren Vorgesetzten Walter Vesper.¹²⁶ Dazu heißt es in dem Bericht vom 18.9.1952 u.a.:¹²⁷ „Während seiner (Haberlands; D.K.) Zusammenarbeit mit X versuchte dieser wiederholt durch Provokationen von Bern den Nachweis zu bekommen, daß dieser Spionage-Arbeit im Auftrage der KP macht. Das ergibt sich aus folgenden Beispielen:

X erklärte, er würde gern eine höhere Stellung in einem sich neu bildenden Außenministerium annehmen. Er könne dort mehr verdienen und auch wichtige Dinge erfahren. Bern redete ihm dieses Vorhaben aus und erklärte, daß seine Tätigkeit in der FDP wichtiger sei.

X erzählte, daß er als Geschäftsführer gute Möglichkeiten habe, per Flugzeug nach Berlin zu reisen und großes Interesse hat, bei wichtigen Vor-

¹²⁴ Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgoß, Dieter Hoffmann (Hg.), *Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon*, 2. Aufl., Berlin 2001, S. 300.

¹²⁵ *Wie Anm.* 118, Bl. 133 ff., 283 f.

¹²⁶ *Ebd.*, Bl. 437-439.

¹²⁷ *Ebd.*, Bl. 134.

kommissionen mit den Russen Verbindung aufzunehmen. Er wollte hierdurch den Beweis haben, daß eine Verbindung über Bern besteht.

Bei einer Zusammenkunft erzählte X, daß er bei einem Saufgelage mit dem Offizier des englischen Geheimdienstes (Name geschwärzt; D.K.) erfahren habe, sie wüßten, daß bei der KPD bewaffnete Kadergruppen bestünden. Während einer Zusammenkunft im Herbst 1949 teilte ihm X mit, daß sich in Düsseldorf ein Amt für Verfassungsschutz bildet, mit dem früheren Oberst Gehrken als Leiter.

Auch hier wollte X bei Nennung dieses Namens feststellen, ob Bern irgendwie darauf reagiere, da ja Gehrken während der Nazizeit im Abwehrendienst des Kriegsministeriums tätig war und im Prozeß gegen Bern als Sachverständiger vor dem Volksgerichtshof im April 1936 aufgetreten war.“

Der Verdacht Haberlands gegen Weirauch und seine entsprechenden Berichte an seinen Vorgesetzten Vesper hatten ein – zumindest aus der Sicht von Markus Wolf – überraschendes Ergebnis: Haberland wurde seine Führungsaufgabe gegenüber Weirauch entzogen und dem ehemaligen Spanienkämpfer Willi Bürger (1907-1988), Deckname „Klaus“, übertragen. Haberland wurde ausdrücklich verboten, diesen über seinen Verdacht gegen Weirauch zu informieren. Seitdem galt Weirauch im Parteinachrichtendienst als völlig unverdächtige Quelle. Bürger war mit ihm und seiner Frau auch privat befreundet, was 1952 bei der Untersuchung der Vorgänge zu weitreichenden Verdächtigungen nicht nur gegenüber Bürger, sondern auch gegen Vesper und den Leiter des Dienstes selbst, Bruno Haid, führte.¹²⁸ Bürger wurde in dieser Zeit sogar kurzzeitig durch Richard Stahlmann, den stellvertretenden Leiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes, verhaftet.¹²⁹

Bürger wurden 1953 unter anderem folgende Weirauch betreffende Vorwürfe gemacht (Weirauch wurde dabei als „Informator I“ bezeichnet):¹³⁰ „Bei I behauptete Bürger, dass ihm niemals über irgendwelche Beziehungen zu Engländern etwas mitgeteilt worden sei. Er mußte dann zugeben, dass ihm die engeren Beziehungen des I zu einem englischen Major sehr

¹²⁸ Ebd., Bl. 49, 422-426.

¹²⁹ Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 124), S. 125.

¹³⁰ Wie Anm. 118, Bl. 250.

wohl bekannt waren, dass er die Verbindung des I zu den polnischen Emigranten-Kreisen in England kannte und wußte, dass I eine Bescheinigung über seine angeblichen Verbindungen zur Widerstandsbewegung in Polen durch einen englischen Offizier erhielt. Ebenso war Bürger über die Beziehungen von I zu einem englischen Agenten und AVS-Mann (= Amt für Verfassungsschutz; der Name ist geschwärzt, gemeint ist offenbar Hans-Joachim Pietsch, Weirauchs Vorgänger als Organisationsleiter der FDP-NRW; D.K.) orientiert. Bürger, der selbst einige Vorhaben dieses Agenten kannte, gab uns damals aus angeblichen Sicherheitsgründen nichts bekannt. Mit I und dessen Ehefrau unterhielt Bürger ein sehr gutes persönliches Verhältnis.“

Bei der hier erwähnten Bescheinigung, die Weirauch aus England erhalten haben soll, handelte es sich um die „Bescheinigung eines polnischen Bischofs über dessen (Weirauchs D.K.) angeblichen Widerstandskampf in Polen“. An anderer Stelle wurde der Aussteller der Bescheinigung als „polnischer Baron“ bezeichnet.¹³¹ In Bezug auf die Aushändigung der Bescheinigung an Weirauch durch einen englischen Offizier habe „Klaus“ lediglich erklärt, „X habe dies niemals verheimlicht.“¹³²

Die Bedenken der Untersuchungsführer am 7. August 1952 gegen Weirauch und damit auch gegen Bürger, Vesper und teilweise sogar gegen Haid, die alle Weirauch die Stange hielten, werden in den Akten ausführlich dargestellt.¹³³ Bürger, dem man sogar zutraute, Republikflucht zu begehen, wurde nach Zittau versetzt. Dort war er Angestellter im Planungsbüro des IFA-Fahrzeugwerkes „Phänomen“ und von 1954 bis 1957 Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung. In dieser Zeit hatte das MfS offenbar keine besondere Verbindung zu ihm. Erst am 12.5.1956 kamen in Berlin Heinz Wieland, Markus Wolf und Gerhard Heidenreich zusammen, um über einige aus dem ehemaligen Parteidienst stammende Genossen und ihre berufliche Zukunft zu beraten. Über Willi Bürger wurde dabei vereinbart:¹³⁴ „Es ist festzustellen, wie es diesem Genossen im Rahmen seiner Tätigkeit und in materieller Hinsicht geht. Den Genossen der Bezirksleitung ist ein Hinweis zu geben, dass Genosse B. auch auf

¹³¹ Ebd., Bl. 419.

¹³² Ebd., Bl. 397.

¹³³ Ebd., Bl. 418-426, 434-439.

¹³⁴ Ebd., Bl. 12 f.

höherer Ebene entsprechend seinen Fähigkeiten eingesetzt werden kann.“ Letzteres geschah dann auch durch eine entsprechende Eintragung in Bürgers Personalakte, die der Oberst Heidenreich am 30.6.1956 vornahm, der die noch aus dem Jahre 1952 stammende Beurteilung „Gen. Bürger war in der Aussprache unehrlich und verstrickte sich in Widersprüche. Eine Tätigkeit kann er nur in der Kreisebene ausüben.“ mit der handschriftlichen Ergänzung versah „Gen. Bürger verstrickte sich in Widersprüche, weil er eine Schweigeverpflichtung, die ihm ein leitender Genosse abgenommen hat, falsch verstanden hatte. Gegen eine Tätigkeit über den Kreisstab hinaus ist nichts einzuwenden.“¹³⁵ Der „leitende Genosse“, den Bürger falsch verstanden haben soll, dürfte Bruno Haid gewesen sein, der den Parteinachrichtendienst bis 1951 geleitet hatte, es danach im Justizdienst der DDR noch bis zum stellvertretenden Generalstaatsanwalt brachte und 1956 Mitglied der Kommission des ZK der SED zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern war.¹³⁶ Als Mitglied dieser Kommission hatte er sicherlich Gelegenheit, etwas für seinen einstigen Mitarbeiter Bürger zu tun, der nicht ohne sein Zutun in der Partei in Verruf geraten war. Bürger wurde daraufhin Offizier der NVA und mit dem Rang eines Oberst sogar Mitglied der SED-Kreisleitung der Hauptverwaltung der NVA. Aus dem Ruhestand heraus wurde Willi Bürger 1965 noch einmal durch die HV A für inoffizielle Aufgaben in der Bundesrepublik Deutschland reaktiviert.¹³⁷ Man wird wohl annehmen dürfen, dass es sich dabei um den vom MfS-Mitarbeiter Wolfgang Hartmann geschilderten Versuch handelte, Lothar Weirauch unter Nutzung des gegen ihn in Polen vorliegenden Materials aus der NS-Zeit für eine Mitarbeit in der HV A zu gewinnen. Dies ist allerdings an der ablehnenden Haltung Weirauchs gescheitert.¹³⁸

Willi Bürger war bereits im Sommer 1952 mit seiner Familie aus Westdeutschland in die DDR abgezogen worden. Vorher hatte er noch seine Quelle X, Lothar Weirauch, nach eigenen Angaben bis einschließlich August bezahlt und ihn mit Parole und Kennzeichen „konserviert“, das

¹³⁵ Ebd., Bl. 16.

¹³⁶ Wer war wer in der DDR? (wie Anm. 124), S. 307.

¹³⁷ Ebd., S. 125.

¹³⁸ Hartmann, wie Anm. 116; s. auch MfS AP 7663/79, Bd. 1, und Kühn, wie Anm. 117, S. 75 f.

heißt abgeschaltet.¹³⁹ Über das von Weirauch über Bürger bis 1952 gelieferte Material äußert sich der Verfasser des Berichts abfällig: Die Qualität seines Materials entsprach in keiner Weise seinen Möglichkeiten und seiner Funktion.“ Weirauch habe „immer nur soviel“ berichtet, „um für uns interessant zu bleiben.“ Im Übrigen habe er „immer auf der Linie der politischen Information, insbesondere über die Führung der FDP“ gearbeitet. „Von Zeit zu Zeit brachte er Materialien von Abwehrcharakter.“¹⁴⁰

Lothar Weirauch war nach dem Abbruch seiner Beziehungen zum KPD-Nachrichtendienst noch bis zum Sommer des Jahres 1954 als Hauptgeschäftsführer der Bundes-FDP tätig. Ganz freiwillig schied er dort nicht aus. Unter dem 18.9.1954 teilte der damalige Parteivorsitzende Thomas Dehler den Mitgliedern des Bundesvorstands mit: „In der gestrigen Sitzung des Organisationsausschusses ist mit Herrn Lothar Weirauch eine Vereinbarung getroffen worden, daß sein Dienstverhältnis als Hauptgeschäftsführer der Partei vertragsgemäß zum 30. Juni 1955 gelöst und daß er bis dahin beurlaubt wird.“¹⁴¹ Zu den Gründen für Weirauchs Ausscheiden äußerte sich der Bundesschatzmeister Hans-Wolfgang Rubin am 26.3.1955 vor dem FDP-Bundesparteitag. Es habe „an der überzeugenden Leitung und einer konstruktiven Koordinierung der gesamten Arbeit“ der Bundesgeschäftsstelle gemangelt. „Nachdem auch in anderen Fragen Meinungsverschiedenheiten auftraten“, habe sich der Vorstand entschlossen, das Verhältnis zu Weirauch zu lösen. An seine Stelle trat mit Wirkung vom 15.3.1955 Werner Stephan, ehemals Reichsgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).¹⁴² Zu den „anderen Fragen“, in denen „Meinungsverschiedenheiten“ mit Weirauch auftraten, gehörten nachrichtendienstliche Aktivitäten von ihm. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 8.1.1955, der beurlaubte Bundesgeschäftsführer Weirauch habe sein Amt abtreten müssen, „weil er Nachrichtenverbindungen zu anderen Parteien und Bundesdienststellen unterhielt“. Um welche Art von „Nachrichtenverbindungen“ es sich dabei gehandelt haben könnte, geht aus einem Schreiben des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Friedrich

¹³⁹ Wie Anm. 118, Bl. 223, 230, 238.

¹⁴⁰ Ebd., Bl. 118 f.

¹⁴¹ FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. Sitzungsprotokolle 1954-1960, bearbeitet von Udo Wengst, Düsseldorf 1991, S. 103.

¹⁴² Ebd., S. 112.

Middelhaue an Thomas Dehler von Oktober 1954 hervor, in dem Middelhaue mitteilt, Weirauch habe sich an einzelne Mitglieder des Bundesvorstands „gewandt mit dem Hinweis, ich hätte ihm für seinen Nachrichtendienst (sic! D.K.) einen Auftrag erteilt“. Zur Erläuterung dieses Hinweises fügt Middelhaue Abschriften eines Vorgangs vom Juli 1953 bei, in dem Weirauch „streng vertraulich“ über ihm bekannt gewordene Wahlpropaganda-Absichten der SPD berichtet, die die Finanzierung der Regierungsparteien betreffen. Middelhaue hat damals im Gegenzug Weirauch über gewisse Informationen unterrichtet, die er über die SPD und ihre finanzielle Unterstützung durch den DGB erhalten hatte, und es für notwendig erachtet, „daß die Bundesgeschäftsstelle mit allen ihr in Bonn zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, festzustellen, ob diese Dinge der Wahrheit entsprechen“¹⁴³. Darüber, wie weit diese „in Bonn zur Verfügung stehenden Mittel“ gehen durften, scheint es zu den von Rubin 1955 auf dem Parteitag erwähnten Meinungsverschiedenheiten gekommen zu sein. Laut einer Akten-Notiz vom 5.11.1954 der FDP-Bundesgeschäftsstelle soll Weirauch selbst jedenfalls gegenüber Mitarbeitern geäußert haben, der Grund seines Ausscheidens bestünde in der Übermittlung von SPD-Material an Vorstandsmitglieder.¹⁴⁴

Letztlich hat die Bundespartei wieder ihren Frieden mit Weirauch gemacht. Ein von Weirauch angestrebter Prozess über die Abgeltung von Urlaubsansprüchen fand seine Erledigung; der Ministerialrat z. W. Weirauch erhielt von Dehler 1956 ein gutes Zeugnis, in dem ihm bescheinigt wurde, er habe „in politisch schwieriger Zeit wertvolles zum Aufbau und Ausbau der Bundesgeschäftsstelle unserer Partei beigetragen“¹⁴⁵, und arbeitete weiter in Parteigremien mit, zum Beispiel im Fachausschuss Öffentlicher Dienst,¹⁴⁶ bis ihn der Parteivorsitzende Mende 1964 sogar als Abteilungsleiter in sein Bundesministerium holte.

¹⁴³ Friedrich-Naumann-Stiftung, Archiv des Deutschen Liberalismus, N 54-131, Bestand: Carl-Hubert Schwennicke.

¹⁴⁴ Mitteilung der Bundesgeschäftsstelle der FDP vom 31.10.2001 an den Verfasser.

¹⁴⁵ Entwurf in den Akten der Bundesgeschäftsstelle der FDP.

¹⁴⁶ FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967, bearbeitet von Reinhold Schiffers, Düsseldorf 1993, S. 499.

Fasst man das derzeit zugängliche Material über die nachrichtendienstlichen Aktivitäten Lothar Weirauchs in der Nachkriegszeit zusammen, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

- 1) Weirauch hat im Herbst 1948 gezielt den Kontakt zum KPD-Nachrichtendienst gesucht und dort bis zu seiner „Konservierung“ im Sommer 1952 mitgearbeitet.
- 2) Die Annahme des Autors des Berichts vom Oktober 1952 – d.h. wohl Markus Wolf –, bei Weirauch handele es sich um einen Agenten mit einem britischen nachrichtendienstlichen Hintergrund und guten Verbindungen zum westdeutschen Verfassungsschutz, erscheint plausibel und gut begründet. Sie steht zumindest nicht im Widerspruch zu zugänglichem westlichem Quellenmaterial.
- 3) Es spricht nichts dafür, dass Weirauch nach 1952 zu irgendeinem Zeitpunkt für die HVA des MfS tätig gewesen ist. Vielmehr wurde in dieser Zeit von der DDR immer wieder öffentlich und anklagend auf seine Tätigkeit während des Krieges im Generalgouvernement hingewiesen.
- 4) Ein Versuch der HVA des MfS, Weirauch im Jahre 1965 mit einschlägigem Material aus seiner Polen-Zeit unter Druck zu setzen und für eine Mitarbeit zu gewinnen, ist damals an der brüskten Ablehnung Weirauchs gescheitert.

Exkurs IV: Der Fall des „IM Konrad“

Die Quelle „Konrad“ des MfS mit der Registriernummer XV/1671/84 ist seit Langem in der Forschungsliteratur bekannt. Sie wurde von dem Referat I 5 der HV A geführt, das unter anderem für die Bearbeitung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (BMB) und des diesem nachgeordneten Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA) zuständig war. Aus SIRA, dem inzwischen wieder rekonstruierten Posteingangsbuch der Spionage-Abteilung des MfS („System der Informations-Recherche der HV A“), war bereits im Jahre 2001, als die erste Auflage dieser Studie erschien, bekannt, dass „Konrad“ vor allem sogenannte „graue Literatur“ aus der BfgA, aber auch andere Informationen aus dem Geschäftsbereich BMB geliefert hatte. Seitdem ist das SIRA-Material erheblich angewachsen. Eine Ermittlung des Klarnamens von „Konrad“ war 2001 noch nicht möglich.

Dies änderte sich, als die „Rosenholz“-Datei für die zeitgeschichtliche Forschung durch die BIRTHLER-Behörde aufbereitet worden war. Nunmehr gibt es (aus dem Statistikbogen/HV A) Angaben zur Person des IM: Er ist männlich und wurde 1951 geboren, die Nationalität deutsch. Er ist verheiratet, sein Beruf Beamter, seine Vermögenslage gekennzeichnet durch den Besitz eines PKW und den Status eines Wohnungsmieters. Er wohnte in den 80er Jahren in „WB-Charlottenburg“ und wies englische, französische und russische Fremdsprachen-Kenntnisse auf. Die HV A/I Ref. 5 stuft ihn in die Kategorie „O-Quelle“ (Objekt-Quelle) ein, worunter ein IM zu verstehen ist, der in eine „feindliche“ Einrichtung gelangt war. Diese Kategorie galt als „wichtigste“ IM-Kategorie. Objekt für seinen Einsatz war die „BFGA (Bundesanst. f. gesamtde. Aufgaben) / WSB.“ Er galt als zuverlässig, und was mögliche Sicherheitsprobleme anbelangte, wurde darauf hingewiesen, dass keine verwandtschaftlichen Verbindungen in die DDR und andere sozialistische Länder bestanden. – Interessant sind die Angaben „zur Operativen Entwicklung des Vorgangs“. Danach war der „Ursprung“ ein „DDR-IM der HV A“. Die „eigene Werbung“ fand bereits 1974 „im Op(erations)-Gebiet unter fremder Flagge durch Mitarbeiter des MfS“ statt. Der Vorgang hatte bis 1984 die Reg.-Nr. XV 2501/74, und der Deckname des IM war „Rothe.“ Der 23-Jährige dürfte 1974 noch studiert haben. „Unter fremder Flagge“ bedeutet, dass die Anwerbung im Westen damals unter Verschweigung des wahren Auftraggebers MfS und

Vortäuschung einer anderen (weniger kompromittierten) Institution erfolgte. Die nicht ganz einfache Methode wurde gern bei Perspektivagenten angewandt, nicht zuletzt bei jungen Juristen, die beruflich noch entwicklungsfähig waren. Dass sie im Fall „Konrad“ auch noch zehn Jahre später, bei der Umregistrierung des Vorgangs, zur Anwendung kam und von „Konrad“ nicht durchschaut wurde, ist wenig wahrscheinlich, aber nicht völlig auszuschließen. Letztlich kann über dieses Detail nur „Konrad“ selbst Auskunft geben.

Bei ihm heißt es in dem Statistikbogen zum Stichwort „Verbindungswesen“: „Situation I“. Diese Angabe bezieht sich auf die Verbindung zwischen MfS und IM im Spannungsfall und bedeutet, dass diese nur in der Vorspannungszeit aufrechterhalten werden soll und nicht auch in der Zeit erhöhter Spannung oder gar im Kriegsfall („Situation II“ und „Situation III“).

Als der Mitarbeiter Werner Weiß im Referat I 5 der HV A am 28.3.1984 die F 22-Karteikarte mit der Reg.-Nr. XV/1671/84 anlegte, übernahm er am 9.4.1984 in den Vorgang den Teil III/1-4 des älteren Vorgangs mit dem Aktenzeichen XV/ 2501/74 Übn. Die IM-Akte wuchs rasch weiter. Am 17.12.1987 wurde bereits Teil II/8 angelegt.

Aus der F 16-Karteikarte der HV A, die der Mitarbeiter Weiß am 27.3.1984 ausfüllte – ein Datum, das später unter Hinweis auf den Vorgang XV/2501/74 auf den 2.5.73. korrigiert wurde –, ergeben sich Klarname und damalige Berufstätigkeit der Person mit der Reg.-Nr. XV/1671/84: Hermann-Josef Rodenbach, Rechtsanwalt. Ein Jurist gleichen Namens wurde zu dieser Zeit als Referent im Gesamtdeutschen Institut eingestellt und kam dort in der in West-Berlin ansässigen Abteilung im Referat IV 2 zum Einsatz, das sich vor allem mit der Rechtsentwicklung in der DDR beschäftigte. Bald darauf wurde er verbeamtet und zum Regierungsrat ernannt. Für diese berufliche Entwicklung war sein wissenschaftlicher Hintergrund ausschlaggebend. Rodenbach hatte gerade bei dem renommierten Kölner Völkerrechtler Boris Meißner seine Dissertation abgeschlossen: „Planung im COMECON. Die rechtliche Regelung der internationalen Planungszusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“. Sie erschien ein Jahr später im Verlag Wissenschaft und Politik in Köln. Einen Juristen mit einem derartigen Hintergrund stellte

man im Gesamtdeutschen Institut gern ein. Der Eindruck drängt sich auf, dass dies auch der HVA bewusst war und dass die Umstrukturierung des IM-Vorgangs „Konrad“ im Jahre 1984 damit in einem unmittelbaren Zusammenhang stand.

SIRA weist für die Jahre 1984 bis Ende 1987 mindestens 114 „Konrad“ zugeschriebene Eingänge nach. Der erste erreichte das MfS am 23.5.1984, eine „Interne Erfassung der Aktivitäten der BFGA im Jahre 1983 für den Jahresbericht“. Sie wurde als von mittlerem Wert eingeschätzt, aber dennoch – wie auch die meisten späteren Eingänge – sofort an die sowjetischen „Freunde“ weitergegeben. Die vorhandenen Rechercheausdrucke der SIRA-Teildatenbanken 11, 12 und 14 lassen – trotz fehlender Arbeitsakten – eine teilweise Analyse der Arbeitsweise der HVA in der Bewertung des eingegangenen Materials und bei der Weitergabe, besonders an die Kollegen aus der UdSSR, zu.

Grundlage für eine quantitative Analyse des „Konrad“ zugeschriebenen Materials sind aus der Teildatenbank 12 insgesamt 115 Eingänge aus den Jahren 1984 bis 1987 sowie ein Eingang vom 22.5.1989 mit einer „Bewertung der bevorstehenden Unterzeichnung des Grenzvertrages zwischen der DDR und Polen durch die BfgA“.

Von diesen insgesamt 116 Eingängen betrafen etwa 65 Material aus allen Abteilungen der BfgA, also Gutachten und Analysen zum Geschehen in der DDR, die nur in kleiner Auflage für den Dienstgebrauch vervielfältigt wurden, aber nicht als Verschlussachen galten. „Konrad“, der sie routinemäßig, wie andere Mitarbeiter der BfgA auch, zur Kenntnis bekam, musste sie kopieren, wenn er andere damit erfreuen wollte. Die meisten Materialien wurden vom MfS als „von mittlerem Wert“ (III) eingeschätzt, immerhin 25 jedoch als wertvoll (II). Nur einmal wurde die Bestnote „sehr wertvoll“ (I) vergeben, erstaunlicherweise für eine „BfgA-Analyse der Rede des Generalsekretärs der SED vor den Kreissekretären“. – Vierzehnmal betraf das „Konrad“ zugeschriebene Material das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, darunter auch „Personalgänge“ mit den Personen-Hinweisen Priesnitz, Windelen, Diepgen (30.12.1986) oder „zur Nachfolgeregelung für Bräutigam als Leiter der Ständigen Vertretung“ mit Hinweisen auf Rehlinger und Priesnitz (28.11.1986), die „Konrad“ wohl selbst verfasst hatte. – Weitere 36 Eingänge betrafen ver-

schiedene andere Institutionen und Organisationen, darunter immerhin zwölfmal das Auswärtige Amt. Hier hatte „Konrad“ offenbar einen Freund, der ihn verschiedentlich mit dem Inhalt von Fernschreiben der (west-)deutschen Botschaften in Moskau, Warschau, Prag und Budapest an die Zentrale vertraut machte, die aktuelle politische Fragen behandelten. Auch diese erreichten die HVA. In diesen und einigen anderen Fällen wurde der MfS-interne Vertraulichkeitsgrad 1 (Geheime Verschlusssache, GVS) festgelegt, weil die Gefahr bestand, dass bei einem Bekanntwerden des Vorgangs die Sicherheitsbeauftragten in den West-Behörden die Spur bis zu der undichten Stelle hätten verfolgen können. Deswegen durften diese Informationen, unabhängig von ihrer sonstigen Bewertung, nur in einem verschlossenen Umschlag mit dem Vermerk „Quellenschutz“ an den Leiter der zuständigen „Informationsauswertenden Dienst Einheit“ weitergegeben werden. Ansonsten genügte meist die Einstufung 2 (Vertrauliche Verschlusssache, VVS).

Immerhin 71 der 116 untersuchten Eingänge von „Konrad“ wurden an die UdSSR weitergegeben, darunter fast alle aus der BfgA. Interessant sind einige wenige Vorgänge, bei denen das ausnahmsweise nicht der Fall war. Einer betrifft eine „BfgA-Analyse zur Entwicklung der DDR-Staatsfinanzen 85“ (3.12.1986), ein anderer einen „BfgA-Vergleich der DDR-Landwirtschaft mit der der anderen europäischen RGW-Länder“ (dito) oder eine „BfgA-Analyse der sowj. Handelssubventionen an die DDR 1971-1983“ (29.12.1986). In diesen Fällen wie auch bei dem 14-seitigen BfgA-Papier „Hartwährungseinbußen der DDR im Mineralölgeschäft“ (wertvoll, 2.9.1986) drängt sich der Eindruck auf, die sowjetischen „Freunde“ sollten durch die Lektüre dieser Informationen nicht auf aus Sicht der DDR unerwünschte Gedanken gebracht werden. Diese Gefahr war wohl auch in der DDR selbst gegeben. Als das zuletzt genannte BfgA-Papier vom MfS am 2.1.1987 an das „Zentralinstitut für Information und Dokumentation der Chemischen Industrie Berlin“ abgegeben wurde, versah man es vorsichtshalber mit folgender einschränkenden Bemerkung: „Die Position ist ein Material von mittlerem Wert und von spezieller Bedeutung für die Außenwirtschaftstätigkeit. Sie unterstützt analytische Arbeiten.“

Der letzte unter dem Decknamen „Konrad“ registrierte Vorgang ging in der HVA am 24. Mai 1989 ein und betraf „Untersuchungen zum Ver-

schwinden eines BMB-MA“ (MA = Mitarbeiter). Das MfS erleichterte „Konrad“ den Grenzübergang bei Treffs durch zwei Maßnahmen Nr. 960 und 986. Danach war seine Person vom verbindlichen Mindestumtausch zu befreien und jeweils eine telefonische Vollzugsmeldung über die erfolgte Realisierung (des Grenzübertritts) mit Angabe über die Zeitdauer der Abfertigung bei der Passkontroll-Einheit und beim Zoll vorzunehmen. Der Jurist Rodenbach blieb bis zum Ende der DDR in der BfgA. Dass er nicht befördert wurde, lag nicht an seiner Person und Leistung, sondern daran, dass die BfgA über nur wenige Beamtenstellen verfügte.

Nach der Wende wechselte Regierungsrat Dr. Rodenbach in das Bundesministerium der Finanzen, wo man seine spezifischen DDR-Kenntnisse zu schätzen weiß. Anfang der 90er Jahre wurde – wohl aufgrund von Hinweisen aus den USA – gegen ihn ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit eingeleitet, das schließlich vom Generalbundesanwalt gemäß § 170 Absatz 2 Strafprozessordnung eingestellt wurde, ebenso wie das parallel eingeleitete beamtenrechtliche Disziplinarverfahren. SIRA war damals noch nicht erschlossen. Im Jahre 2008 ist Dr. Rodenbach im BMF als Ministerialrat Leiter des Referats Offene Vermögensfragen/Altforderungen/ EALG. Für das BMF übt er die Rechtsaufsicht über die nachgeordnete Behörde aus, die für Offene Vermögensfragen zuständig ist. Als Fachmann für Rechtsfragen der Wiedergutmachung und Eigentumsfragen im Beitrittsgebiet ist er als Verfasser von Kommentaren und Fachaufsätzen auch schriftstellerisch tätig.

Zu seinen Kontakten mit der HVA erklärte Dr. Rodenbach dem Verfasser, er habe „lediglich über Jahre hinweg Kontakt mit einem vermeintlichen Mitarbeiter eines schwedischen Industrieverbands, der Stasi-Offizier war“, gehabt. Er werde sich „gegen jede Unterstellung, dass ich als IM für die ehemalige Stasi gearbeitet habe, mit allen rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen ...“ – Eine solche Unterstellung wird vom Verfasser nicht vorgenommen. Allerdings darf sich jeder Leser aus dem hier ausgebreiteten Material seine eigene Meinung bilden.

Nach der Veröffentlichung der 2. Auflage dieser Untersuchung im Jahre 2008 hat Herr Dr. Rodenbach doch noch eine eingehendere Darstellung seiner Erinnerungen an die Bekanntschaft mit den, wie sich später herausstellte, MfS-Mitarbeitern „Weber“ und „Dr. Michael Wallner“ niederge-

schrieben, die als Eidesstattliche Versicherung in einem Verfahren vor dem Landgericht Köln (28O 286/08) gegen Verantwortliche der Zeitung „Frankfurter Rundschau“ Verwendung fand. Dr. Rodenbachs Anwälte haben sie mit Schreiben vom 30.6.2008 dem Verfasser übersandt. Die drei DIN A4-Seiten umfassende Darstellung vom 23.5.2008 ist von wissenschaftlichem Interesse, da sie zeigt, wie das MfS im Einzelfall bei der Anwerbung von IM „unter fremder Flagge“ vorging.

Danach hat der damalige Student der Jurisprudenz und Slawistik Rodenbach den angeblichen Herrn „Weber“ 1974 an der Universität Köln kennengelernt. Dieser bezeichnete sich als Vertreter eines Wirtschaftsverbandes in Frankfurt, der sich mit innerdeutschem Handel und Osthandel beschäftigte. Er lobte einen Seminarvortrag des Studenten über das Thema „Wirtschaftliche Auswirkungen des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland“ als interessant und war an weiteren Kontakten interessiert. Rodenbach verfertigte in der folgenden Zeit für ihn Übersetzungen sowjetischer Gesetzestexte und Kopien von für ihn interessanten wissenschaftlichen Aufsätzen, für die „Weber“ „jeweils geringe Beträge (zahlte), mit denen ich mein Stipendium etwas aufbessern konnte“, wie es in der Eidesstattlichen Versicherung heißt.

1981 erklärte „Weber“, er habe eine neue Position beim Reichsverband der Schwedischen Industrie erhalten und sei jetzt in Stockholm. Er machte Rodenbach mit „Dr. Wallner“ bekannt, der ebenfalls in diesem Verband tätig sei. Mit diesem, sagt Rodenbach, habe er sich von 1981 bis 1989 „sechs bis sieben mal jährlich in unterschiedlichen Restaurants, zunächst noch in Köln und ab Ende 1983 in Westberlin“ getroffen. Einmal, 1986 oder 1987, habe er „Wallner“ „in der Zentralstelle des schwedischen Industrieverbandes in Stockholm besucht“. Bei diesem Gespräch sei auch „Weber“ zugegen gewesen, „dessen wahre Identität sich in dem Ermittlungsverfahren als Dr. Weiß herausstellte“. Der Klarname von „Wallner“ sei Dr. Martin Müller.

Martin Müller ist in dem Verzeichnis der Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS in Potsdam-Golm von Günter Förster nicht aufgeführt; Dr. Weiß könnte allerdings, falls es sich nicht um den aktenführenden Werner Weiß handelte, identisch sein mit dem Oberstleutnant Dr. Henri Weiße, der am 29.12.1976 magna cum laude an der Juristischen

Hochschule mit einer Dissertation „ Die Entlarvung der entspannungsfeindlichen antidemokratischen und sozialreaktionären Grundhaltung und Politik der CDU/CSU in der BRD durch eine aktive Maßnahme des MfS“ zum Dr. jur. promoviert wurde und am 29.4.1987, damals war er an der „Schule der HVA“ tätig, an dieser speziellen Ausbildungsstätte zusätzlich noch den Grad eines Dr. sc. jur. erlangte (zusammen mit Major Dr. Reinhard Rafalski). Der Titel der zweiten Arbeit war „Die Rolle und Stellung des Sozialismusbildes in der Vorgangsarbeit mit IM/OG“, also mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet. Leider sind beide Dissertationen im erschlossenen Bestand der BStU nicht vorhanden, sonst könnte man vielleicht erfahren, welche Rolle die Ideologie bei der Arbeit mit dem IM „Konrad“ gespielt hat.

In seiner Eidesstattlichen Erklärung weist Dr. Rodenbach darauf hin, er habe, was das Gesamtdeutsche Institut anbelangt, nur „ veröffentlichte Analysen“ dieser Behörde übergeben, nie irgendwelche Verschlussachen. Dazu ist zu bemerken, dass die Gutachten und Analysen der BfgA, selbst wenn sie keine Verschlussachen waren, immer nur in Kleinstauflagen für den Dienstgebrauch vervielfältigt wurden. Sie wurden zum Beispiel – im Gegensatz zu den echten Publikationen – nie an die Deutsche Bülerei in Leipzig gesandt, auch wenn sie von dort gelegentlich angefordert wurden. Ein Referent war jedenfalls nicht ermächtigt, ohne Genehmigung durch Vorgesetzte diese Arbeiten zu kopieren und zu verteilen, auch nicht an schwedische Einrichtungen.

Nach der Veröffentlichung der zweiten Auflage dieser Studie ist der Ministerialrat Dr. Rodenbach im Bundesministerium der Finanzen umgesetzt worden. Er verlor die Zuständigkeit für Offene Vermögensfragen und bearbeitet jetzt internationale Fragen des Besoldungsrechts.

Anhang

Vom MfS geführte Inoffizielle Mitarbeiter (IM), die (auch) gegen die BfgA eingesetzt wurden

Diese Liste kann noch immer keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Mit Sicherheit haben alle Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS, wenn es ihnen möglich war, auch über die BfgA berichtet.

- *Almoslino, Jan-Christoph* (IM „Johannes Erler“, „Erler“); in SIRA erfasst;
- *Angermann, Karl-Heinz* (IM „Aerolyth“); in SIRA erfasst;
- *Bress, Ludwig*, Prof. Dr. (IM „Berger“), Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Gesamthochschule Kassel;
- *Brumme, Ernst* (IM „Ingolf“, „Konsul“), Pädagoge, lebte in Ost-Berlin; in SIRA und HA XX erfasst;
- *Buchholtz, Hans-Christoph* (IM „Christoph“);
- „Claudia“, war auf den freien Mitarbeiter Weymar angesetzt;
- *Ebert, Doris*, verh. Meyer (IM „Smaragd“), Journalistin (Stiftung Warrentest); in SIRA erfasst;
- *Gericke, Fritz* (IM „Fritz“), Angestellter der FDP und der Bundeszentrale für politische Bildung; in SIRA erfasst;
- *Gröndahl, Knut* (IM „Töpfer“, „Hanson“), Regierungsdirektor im BMB
- *Günther, Eveline* (IM „Frosch“), in SIRA erfasst;
- „Handwerker“, 1985 in SIRA erfasst, lieferte „graue Literatur“ aus BfgA;
- „Hansen“, berichtete 1971 über Betreuung von DDR-Bürgern durch BfgA, vielleicht identisch mit „Hanson“ (s.o.); weniger wahrscheinlich ist Identität mit Günter Guillaume (= IM „Hansen“);
- *Hindrichs, Armin* (IM „Talar“), 1969-1972 Angestellter der BfgA, danach Mitarbeiter der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag für Deutschland- und Entwicklungspolitik;
- *Kanter, Adolf* (IM „Fichtel“), Lobbyist in Bonn, Herausgeber der „Europäischen Sicht“;
- „Karl“, an Forschungsstelle für gesamtwirtschaftliche und soziale Fragen der Universität Hannover tätig; in SIRA erfasst;

- *Klebba, Rainer* (IM „Kleinert“), Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Kreuzberg, Honorar-Referent der BfgA;
- „Konrad“, 1984-1989 in SIRA erfasst, lieferte vor allem „graue Literatur“, aber auch einige andere Vorgänge aus BfgA und BMB; s. Exkurs IV;
- *Kurjo, Andreas*, Dr. (IM „Thaer“, „Alexander“), Diplom-Landwirt, Honorar-Referent der BfgA;
- „Louis Aragon“, Bibliothekar am Bundesinstitut für Berufsbildung;
- *Maerker, Rudi* (IM „Max“), Journalist, langjähriger Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn; in SIRA erfasst;
- „Moritz“, 1970 für die Bezirksverwaltung Rostock, Abt. XX/5, tätig;
- *Pieper, Rüdiger* (1957-1993), Student und wissenschaftlicher Mitarbeiter der TU Berlin, Honorar-Referent der BfgA (IM „Radom“), für HVA ab 1977 tätig; berichtet auch über Paul-Loebe-Institut und FDP Berlin;
- *Räbel, Klaus* (IM „Ralf“), berichtet zu BfgA und BGS; in SIRA erfasst;
- „Rothe“, in SIRA erfasst, identisch mit IM „Konrad“;
- *Santner, Ehrenfried* (IM „Olaf“, „Reemt“); in SIRA erfasst, Honorar-Referent der BfgA;
- *Sauerbaum, Peter* (IM „Sänger“), Honorar-Referent der BfgA; in SIRA erfasst;
- *Scheer, Gerda* und *Günter* (IM „Gaston“), in SIRA erfasst;
- *Schenkel, Gerno* (IM „Rossomme“), in Berlin; in SIRA erfasst;
- *Schlicht, Götz*, Dr. (IM „Dr. Lutter“, „Dr. Luther“, „Dr.“), Jurist, Mitarbeiter im Referat IV 2 der BfgA, Schriftleiter von „Recht in Ost und West“ (ROW);
- *Schmidt, Günter* (IM „Zady“), Honorar-Referent der BfgA;
- *Schröder, Hartmut* (IM „Toenis“), aus Oberhausen, berichtet über BfgA; in SIRA erfasst;
- *Schroeter, Wolfgang* und *Ludwig* von (IM „Pinetzk“), berichten über BfgA und FDP; in SIRA erfasst;
- *Sinakowsky, Andreas*, sollte sich im Auftrag des MfS beim Besucherdienst der BfgA in Berlin bewerben;
- *Spiekermann, Erich* (IM „Stift“), Landesgeschäftsführer der FDP, Honorar-Referent der BfgA, tätig für HVA; berichtet über BfgA, FDP; dessen Ehefrau

- *Spiekermann, Doris*, geb. Soroka (IM „Balka“), Helferin auf Honorarbasis im Besucherdienst der BfgA; beide in SIRA erfasst;
- *Staritz, Dietrich*, Dr. (IM „Erich“), Politikwissenschaftler;
- „Stoltera“, in SIRA erfasst;
- *Teich, Gerhard*, Dr. (IM „See“), Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, in SIRA erfasst;
- *Thiele, Kurt* (IM „Nielsen“), Landesgeschäftsführer des Verbandes der Opfer des Stalinismus (VOS) in Berlin;
- *Thomas, Bodo* (IM „Hans“), Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (SPD), Honorar-Referent der BfgA;
- *Völkel, Walter* (IM „Walter Rosenow“, „Rosenow“), wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentralinstituts 6 (ZI 6) der Freien Universität Berlin, Honorar-Referent der BfgA;
- „Walter Krause“, Honorar-Referent der BfgA (Ref.III 4), wahrscheinlich im Raum Bonn ansässig;
- *Winckel, Karl-Detlev zum* (IM „Steinweg“); in SIRA erfasst.